ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Fichtner, Ferdinand et al.

Article

Frühjahrsgrundlinien 2014

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:
German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Fichtner, Ferdinand et al. (2014) : Frühjahrsgrundlinien 2014, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 81, Iss. 11, pp. 191-222

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/95231

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

DIW Wochenbericht

11 2014

WIRTSCHAFT. POLITIK. WISSENSCHAFT. Seit 1928

Frühjahrsgrundlinien 2014

DIW BERLIN

Bericht von Ferdinand Fichtner, Guido Baldi, Franziska Bremus, Karl Brenke, Christian Dreger, Hella Engerer, Christoph Große Steffen, Simon Junker, Claus Michelsen, Philip Müller, Maximilian Podstawski, Malte Rieth und Kristina van Deuverdenn

Konjunktur weiter klar aufwärts gerichtet 191

Europa und die Weltwirtschaft: Schwacher Aufschwung setzt sich fort 192

Deutsche Wirtschaft: Aufschwung, aber kein Boom 204

Interview mit Ferdinand Fichtner

»Robustes Wachstum in Deutschland – leichte Erholung im Euroraum« 223

Hauptaggregate der Sektoren 2014–2015 224

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland 226

Am aktuellen Rand Kommentar von Georg Erber

Bitcoin: Ein Zahlungsmittel mit Risiken und Nebenwirkungen 232

IMPRESSUM

DIW BERLIN

DIW Berlin – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
81. Jahrgang
13. März 2014

Herausgeber
Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Dr. Kati Schindler
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion
Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion
Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Claudia Lambert
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat
Karl Brenke

Textdokumentation
Manfred Schmidt

Pressestelle
Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb
DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung
Edenspiekermann

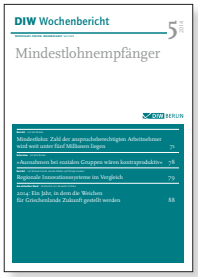
Satz
eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck
USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Serviceabteilung Kommunikation des DIW Berlin (kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.

DER WOCHENBERICHT IM ABO



Der DIW Wochenbericht wirft einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Er richtet sich an die Medien sowie an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

Standard-Abo: 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand).
Studenten-Abo: 49,90 Euro.
Probe-Abo: 14,90 Euro für sechs Hefte.

Bestellungen richten Sie bitte an leserservice@diw.de oder den DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg; Tel. (01806) 14 00 50 25,
20 Cent/Anruf aus dem dt. Festnetz, 60 Cent maximal/Anruf aus dem Mobilnetz.
Abbestellungen von Abonnements spätestens sechs Wochen vor Laufzeitende

NEWSLETTER DES DIW BERLIN

Der DIW Newsletter liefert Ihnen wöchentlich auf Ihre Interessen zugeschnittene Informationen zu Forschungsergebnissen, Publikationen, Nachrichten und Veranstaltungen des Instituts: Wählen Sie bei der Anmeldung die Themen und Formate aus, die Sie interessieren. Ihre Auswahl können Sie jederzeit ändern, oder den Newsletter abbestellen. Nutzen Sie hierfür bitte den entsprechenden Link am Ende des Newsletters.

>> Hier Newsletter des DIW Berlin abonnieren: **www.diw.de/newsletter**

RÜCKBLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 50 JAHREN

Frauenarbeit, Teilzeitbeschäftigung und Rentnerarbeit in Mitteldeutschland

Die negativen Auswirkungen der starken Wanderungsbewegung auf Zahl und Struktur der mitteldeutschen Bevölkerung hatten bis 1957 zu keiner nennenswerten Verringerung der Beschäftigung geführt. Durch Mobilisierung der noch vorhandenen Reserven konnte zunächst noch ein Ausgleich der Abgänge erzielt werden. Auch als nach 1958 das Beschäftigungsvolumen erstmals stärker zurückging, gelang es durch intensivierte Werbung erneut, so viel zusätzliche Kräfte aus der nichtarbeitenden Bevölkerung zu gewinnen, daß für 1959 wieder eine durchschnittliche Beschäftigung von 8,75 Millionen Personen erreicht werden konnte. Seitdem aber sinkt die Beschäftigtenzahl in Mitteldeutschland ständig, seit 1961 allerdings allein aufgrund der ungünstigen Altersstruktur der mitteldeutschen Bevölkerung. Bis 1975 wird sich – bei zunehmender Alterslast – der Anteil der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter von gegenwärtig 57 vH (Bundesrepublik 66 vH) auf 54 vH verringern. Die Erwerbsquote der mitteldeutschen Bevölkerung, die 1959 mit 50,5 vH ihren bisher höchsten Stand und – gemeinsam mit der Sowjetunion und anderen Ostblockstaaten – auch im internationalen Vergleich eine Spitzenstellung erreichte, wird deshalb weiter zurückgehen.

Daß sich trotz der von der Bevölkerungsstruktur ausgehenden negativen Einflüsse die Beschäftigtenzahl bisher nur leicht verringert hat, ist also auf die Heranziehung nahezu aller noch einsatzfähigen Menschen zurückzuführen. Die Beschäftigungsquote der im arbeitsfähigen Alter stehenden weiblichen Bevölkerung von 72,7 vH läßt z. B. erkennen, daß die Frauenarbeit in der mitteldeutschen Wirtschaft einen gegenüber der Bundesrepublik unvergleichlich stärkeren Umfang hat. Die Quote der männlichen Beschäftigten von 101,2 vH macht gleichzeitig deutlich, daß eine erhebliche Zahl von Altersrentnern beschäftigt wird.

aus dem Wochenbericht Nr. 11 vom 13. März 1964

Konjunktur weiter klar aufwärts gerichtet

Von Ferdinand Fichtner, Guido Baldi, Franziska Bremus, Karl Brenke, Christian Dreger, Hella Engerer, Christoph Große Steffen, Simon Junker, Claus Michelsen, Maximilian Podstawski, Philip Müller, Malte Rieth und Kristina van Deuverden

Im Jahr 2014 dürfte die deutsche Wirtschaft um 1,8 Prozent wachsen. Im kommenden Jahr wird das Bruttoinlandsprodukt mit 2,1 Prozent noch etwas stärker steigen. Dabei baut die Produktionslücke sich in diesem Jahr deutlich ab, ist jedoch erst im kommenden Jahr wieder geschlossen. In diesem Umfeld bleibt die Inflation niedrig.

Die weltwirtschaftliche Dynamik schwächte sich im Schlussquartal 2013 leicht ab. Dabei konnten die Industrieländer ihr Expansionstempo zwar halten; die Konjunktur wurde dort vor allem vom privaten Konsum, mehr und mehr aber auch von der Investitionstätigkeit getragen. Hingegen schwächte sich das Tempo des Aufschwungs in den Schwellenländern etwas ab. Belastend wirkten insbesondere verschlechterte externe Finanzierungsbedingungen infolge von Verunsicherung und Spannungen an den Finanzmärkten sowie in manchen Ländern eine weniger expansive Geldpolitik. Global bleibt die geldpolitische Ausrichtung aber weiterhin sehr expansiv. Außerdem wird die Finanzpolitik im weiteren Verlauf vielerorts etwas weniger restriktiv ausgerichtet sein. So dürfte sich das Wachstumstempo der weltwirtschaftlichen Entwicklung nach einem etwas schwächeren Winterhalbjahr wieder beschleunigen. Die weiterhin niedrige Teuerungsrate und die sich allmählich verbessernde Situation auf dem Arbeitsmarkt werden in den Industrieländern den privaten Verbrauch stützen; auch die Investitionstätigkeit der Unternehmen dürfte in der Folge weiter zunehmen. Über zulegende Importe der Industrieländer wird hiervon die Konjunktur der Schwellenländer profitieren. Alles in allem dürfte die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate der Weltwirtschaft in den Jahren 2014 und 2015 bei etwa vier Prozent liegen.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Aufschwung. Eine deutliche Beschleunigung wird jedoch ausbleiben. Einerseits erreicht die Weltwirtschaft nicht mehr das Wachstumstempo der Vorkrisenzeit, und die strukturellen Anpassungen innerhalb des Euroraums haben die Aussichten für die deutsche Exportwirtschaft nachhaltig getrübt; andererseits kommt die Konjunktur weltweit allmählich in Schwung und die Unsicherheit ebbt ab. Die Unternehmen in Deutschland setzen die zögerliche Ausweitung der Investitionen fort, und in den vergangenen Jahren zurückgestellte Investitionen werden nachgeholt. Der Aufwärtstrend in der Bauwirtschaft setzt sich fort, verliert aber langsam an Schwung. Der Beschäftigungsaufbau hält an und die Löhne steigen spürbar, im kommenden Jahr zusätzlich aufgrund der Einführung des Mindestlohns. Dies schiebt den privaten Verbrauch an, der zu Jahresbeginn wohl wieder Schwung aufgenommen hat. Die Exporte gewinnen im Umfeld der weltwirtschaftlichen Erholung etwas an Fahrt; im Zuge der steigenden Binnennachfrage legen die Importe jedoch etwas stärker zu. Der Außenhandel trägt per Saldo nicht zum Wachstum bei.

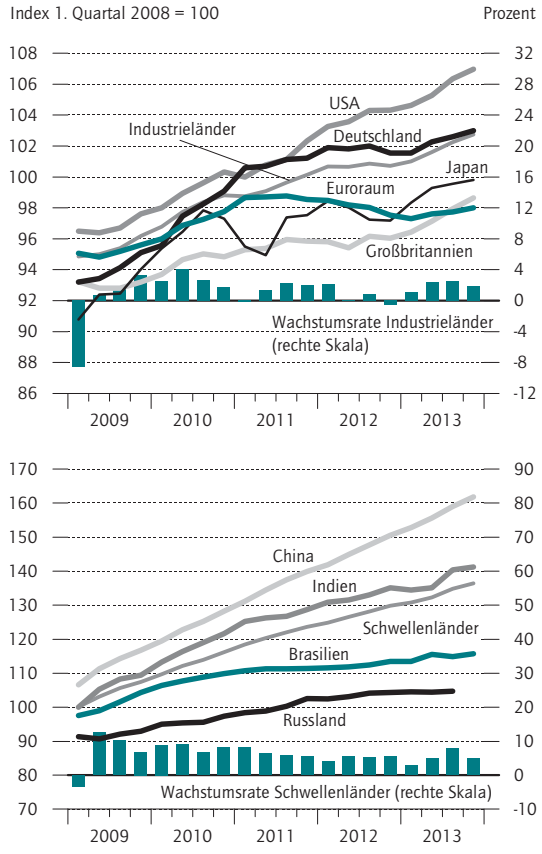
Der öffentliche Gesamthaushalt schließt in diesem Jahr mit einem leichten Defizit ab; hier schlägt sich der gelockerte Ausgabenkurs nieder. Im kommenden Jahr wird ein Überschuss erzielt. Um konjunkturelle Einflüsse bereinigt verschlechtert sich der Überschuss in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 0,3 Prozentpunkte, auf 0,2 Prozent. Im kommenden Jahr liegt die Überschussquote bei 0,5 Prozent.

Europa und die Weltwirtschaft: Expansive Phase setzt sich fort

Im vierten Quartal schwächte sich der weltwirtschaftliche Aufwärtstrend wieder etwas ab (Abbildung 1). Dabei konnten die Industrieländer ihr Expansionstempo nahezu halten. Im Euroraum zog die Produktion leicht an, während das Wachstumstempo in Japan stabil blieb. In den USA fiel das Wachstum etwas geringer als im Vorquartal aus; dies lag allerdings an Sondereffekten. Die Entwicklung in den Industrieländern wurde meist vom privaten Konsum getragen. Diesen stützten die weiterhin moderaten Inflationsraten und die allmähliche Stabilisierung der Arbeitsmärkte. Impulse kamen diesmal zudem von der Investitionstätigkeit der Unternehmen. Lediglich in Japan waren es vor allem die Staatsausgaben, die zur Erhöhung der Wirtschaftsleistung beitrugen.

Abbildung 1

Reales Bruttoinlandsprodukt
Index (1. Quartal 2008 = 100); Prozent



Quellen: Nationale statistische Ämter, Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Im vierten Quartal schwächte sich das Expansionstempo der Weltwirtschaft leicht ab. Während Industrieländer ihre Wachstumsraten nahezu halten konnten, reduzierte sie sich etwas in den Schwellenländern.

Im Gegensatz zu den Industrieländern hat der Aufschwung in den Schwellenländern an Dynamik verloren. In China, aber auch in Lateinamerika sowie in Indien fiel der Produktionszuwachs geringer aus. In China schwächte sich der Anstieg der privaten Konsumausgaben und der Investitionstätigkeit leicht ab. In der Türkei, Südafrika, oder Indien belasteten verschlechterte externe Finanzierungsbedingungen in Folge von Kapitalabflüssen das Wachstum. Die hierauf erfolgten Leitzinserhöhungen zur Eindämmung des Währungsverfalls, die teilweise aber auch eine Reaktion auf gestiegene Inflationsraten waren, wirkten ebenso dämpfend.

Im Prognosezeitraum wird die geldpolitische Ausrichtung global jedoch weiterhin sehr expansiv bleiben. Vor allem für die Eurozone, aber auch für Japan ist mit keiner restriktiveren Ausrichtung zu rechnen. In den USA und dem Vereinigten Königreich dürfte das Auslaufen der unkonventionellen Maßnahmen konjunkturschonend vorgenommen werden. Die kontraktiven Impulse der Finanzpolitik in den Industrieländern werden nachlassen, da die verbesserte konjunkturelle Lage zusammen mit der stabileren Situation an den Finanzmärkten, insbesondere im Euroraum, die Konsolidierung erleichtern.

Nach einem schwachen Jahresauftakt dürfte sich das Wachstumstempo der weltwirtschaftlichen Entwicklung beschleunigen (Abbildung 2, Tabelle 1). Der außergewöhnlich kalte Winter in den USA, erhöhte Unsicherheit an den Kapitalmärkten in Bezug auf die Entwicklungen in einigen Schwellenländern und die Abschwächung des chinesischen Wachstums werden allerdings zunächst noch leicht auf der Entwicklung lasten. Im Verlauf werden die weiterhin niedrige Teuerungsrate und die sich allmählich verbessernde Situation auf dem Arbeitsmarkt in den Industrieländern dann aber den dortigen Konsum stützen. Das wiederum stimuliert die Investitionstätigkeit der Unternehmen. Über gesteigerte Importe der Industrieländer werden davon auch die Schwellenländer profitieren.

Tabelle 1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft
In Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote in Prozent			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent											
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Euroraum	–0,6	–0,4	1,2	1,5	2,5	1,3	1,0	1,3	11,4	12,1	11,8	11,5
Frankreich	0,0	0,3	1,1	1,4	2,0	0,9	0,9	1,1	10,2	10,8	10,6	10,2
Italien	–2,6	–1,9	0,6	1,0	3,3	1,3	1,0	1,2	10,5	12,2	12,4	12,1
Spanien	–1,6	–1,2	1,1	1,5	2,4	1,4	0,1	0,7	25,0	26,4	25,6	24,7
Niederlande	–1,3	–0,8	0,6	1,6	2,8	2,6	1,0	1,7	5,3	6,7	7,5	7,3
Vereinigtes Königreich	0,3	1,8	2,1	1,9	2,8	2,7	2,1	2,1	8,0	7,7	7,2	6,8
USA	2,8	1,9	2,6	3,0	2,1	1,5	1,6	2,1	8,1	7,4	6,2	5,8
Japan	1,4	1,6	1,7	1,9	–0,1	0,4	1,0	0,4	4,4	4,0	3,8	3,8
Südkorea	2,0	2,8	4,4	4,7	2,2	1,3	1,8	2,0	3,2	3,1	3,0	3,0
Mittel- und Osteuropa	1,3	2,5	3,4	4,5	5,9	4,2	3,7	4,1	9,3	9,5	9,1	9,0
Russland	3,3	1,4	1,8	2,4	5,1	6,7	5,8	5,3	5,4	5,5	5,2	5,1
China	7,7	7,6	7,6	7,2	2,7	2,6	0,9	2,8	4,0	3,9	3,8	3,8
Indien	4,6	3,9	4,9	5,1	9,3	10,9	8,1	7,4	–	–	–	–
Brasilien	1,0	2,3	2,3	2,9	5,4	6,2	5,4	5,3	5,5	5,4	5,1	5,1
Mexiko	3,7	1,3	3,1	4,1	4,1	3,8	3,6	3,6	5,0	4,9	4,8	4,8
Industrieländer	1,3	1,2	2,1	2,4	2,0	1,4	1,4	1,6	8,4	8,2	7,6	7,3
Schwellenländer	5,1	4,9	5,4	5,6	4,7	5,0	3,6	4,4	5,1	5,1	4,9	4,8
Welt	3,2	3,0	3,8	4,0	3,3	3,2	2,5	3,0	6,8	6,7	6,2	6,1

Quelle: Nationale statistische Ämter, Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Alles in allem dürfte die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate der Weltwirtschaft in den Jahren 2014 und 2015 bei 3,8 Prozent beziehungsweise 4,0 Prozent liegen. Die Inflationsrate dürfte in diesem Jahr 2,5 Prozent betragen und im Jahr 2015 auf 3,0 Prozent steigen.

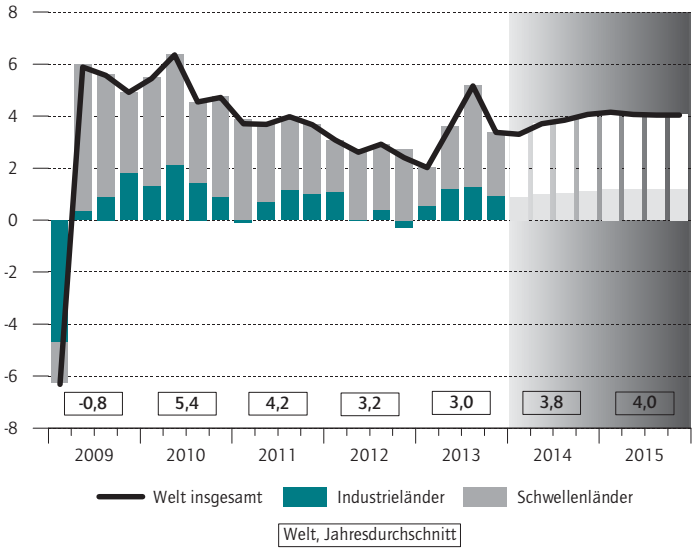
Ein Risiko für die Prognose besteht in einer Verschärfung der Turbulenzen auf den Kapitalmärkten für die Schwellenländer. Dies könnte zu einer weiteren Verschlechterung ihrer Finanzierungsbedingungen führen und zusätzliche, ungewollt kräftige Leitzinserhöhungen zur Stabilisierung der eigenen Währungen nach sich ziehen. Ein weiteres Risiko besteht darin, dass sich der politische Konflikt um die Ukraine zuspitzt, mit möglicherweise schwerwiegenden wirtschaftlichen Folgen – wie etwa ein Anstieg der Rohstoffpreise, Handelsbeschränkungen oder Anspannungen auf den Finanzmärkten.

Vereinigte Staaten

In den Vereinigten Staaten setzt sich die kräftige Erholung fort, wenngleich sich das Tempo aufgrund der rückläufigen öffentlichen Konsumausgaben im vierten Quartal mit annualisiert 2,4 Prozent etwas abgeschwächt hat (Abbildung 3). Hier schlug sich die vorübergehende Stilllegung der Verwaltung im Oktober nieder. Die privaten Konsumausgaben sind hingegen

Abbildung 2

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts
In Prozent, Prozentpunkten



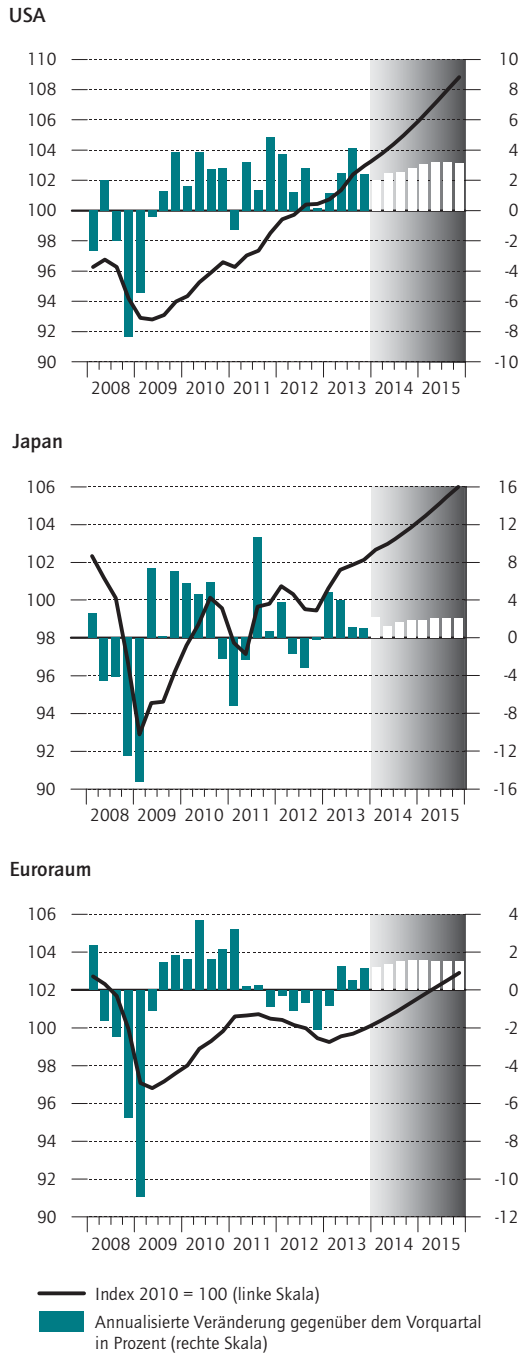
Quellen: Nationale statistische Ämter, Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Für die Weltwirtschaft ist in den Jahren 2014 und 2015 mit einer sich festigenden Wirtschaftsentwicklung zu rechnen.

Abbildung 3

Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA, in Japan und im Euroraum
In Prozent



Quellen: Nationale statistische Ämter, Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Die Konjunktur in der Eurozone überraschte positiv. In der USA und Japan fiel der Anstieg der Produktion etwas geringer als zuvor aus.

deutlich gestiegen. Die Unternehmensinvestitionen sind deutlich und stärker als im dritten Quartal angestiegen. Insgesamt haben sich die Investitionen aber aufgrund eines Rückgangs bei den Wohnungsbauinvestitionen dennoch verhalten entwickelt. Auch die Exporte stiegen merklich. Trotz der insgesamt kräftigen Entwicklung der Nachfrage legten die Importe nur wenig zu. Nach einem durch den außergewöhnlich harten Winter bedingten etwas niedrigeren Wirtschaftswachstum im ersten Quartal des laufenden Jahres wird das Wachstum im weiteren Verlauf wieder kräftiger ausfallen.

Die Unsicherheiten über die Ausrichtung der Finanzpolitik sind zurückgegangen und sind vorerst keine Belastung mehr für die Konjunktur. Nachdem für den Bundeshaushalt im Dezember des vergangenen Jahres eine Einigung gefunden werden konnte, haben sich die politischen Entscheidungsträger im Februar auch auf eine Anhebung der Schuldenobergrenze verständigt, die bis zum März 2015 tragen dürfte. Auch bei der geldpolitischen Ausrichtung haben sich die Unsicherheiten reduziert. Zum Ende des vergangenen Jahres hat die US-Notenbank damit begonnen, das Ausmaß der monatlichen Käufe von Staatsanleihen und Hypothekenpapieren von ursprünglich 85 Milliarden Dollar schrittweise um vorerst 10 Milliarden pro Monat zu reduzieren; im Februar wurden noch Wertpapiere im Umfang von 65 Milliarden US-Dollar gekauft. Es ist damit zu rechnen, dass das „quantitative easing" Programm der US-Notenbank gegen Ende dieses Jahres auslaufen wird.

Bei der Zinspolitik hingegen ist vorerst keine Änderung zu erwarten. Ursprünglich hatte die US-Notenbank bekanntgegeben, eine Erhöhung der Leitzinsen in Betracht zu ziehen, sobald die Arbeitslosenquote unter 6,5 Prozent fällt. Die US-Notenbank hat inzwischen verschiedentlich bekräftigt, die Leitzinsen auch dann noch nicht sofort anzuheben, wenn die Arbeitslosenquote unter diese Schwelle fällt. Angesichts der nach wie vor niedrigen Kapazitätsauslastung wird der Preisdruck im laufenden Jahr noch gering bleiben; die Inflation wird erst im Jahr 2015 über zwei Prozent steigen. Im Verlaufe des Jahres 2015 dürfte die Notenbank anfangen, ihre Leitzinsen schrittweise zu erhöhen, auch um möglichen Blasenbildungen an den Kapitalmärkten entgegenzuwirken. Alles in allem wird die Geldpolitik aber weiterhin expansiv ausgerichtet bleiben.

Der private Konsum wird in den Jahren 2014 und 2015 deutlich zulegen, gestützt durch die schrittweise Erholung am Arbeitsmarkt. Die Zahl der neugeschaffenen Stellen lag im vergangenen Jahr bei durchschnittlich 194000. Dies vermochte den Anstieg der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter mehr als auszugleichen. Im Januar und Februar wurden zwar durchschnittlich nur noch 152 000 neue Stellen geschaffen; dies dürfte

aber auf den in weiten Teilen der USA außergewöhnlich kalten Winter zurückzuführen sein. Im Zuge dieser Entwicklung ist die Arbeitslosenquote innerhalb eines Jahres um mehr als einen Prozentpunkt zurückgegangen und lag im Januar noch bei 6,6 Prozent (Abbildung 4). Allerdings ist die Zahl der Unterbeschäftigten – also jene in Teilzeit arbeitenden Personen, die ihre Arbeitszeit erhöhen möchten – und die Zahl jener, die sich zumindest vorübergehend aus dem Arbeitsmarkt zurückgezogen haben, weiterhin hoch. Im Zuge dieser allmählichen Verbesserung werden die real verfügbaren Einkommen weiter dem moderaten Aufwärtstrend in den vergangenen Quartalen folgen und den privaten Konsum stützen (Abbildung 5). Darauf deuten auch die steigenden Indizes für das Konsumentenvertrauen des Conference Boards und der Universität von Michigan hin.

Die Erholung des Wohnungsbaus hat sich seit dem Spätsommer abgeschwächt (Abbildung 6). So haben die Preise für Einfamilienhäuser im vierten Quartal stagniert. Auch die Anzahl der Baubeginne hat sich in der zweiten Hälfte des Jahres 2013 verhalten entwickelt und war in den vergangenen Monaten – bedingt durch den außergewöhnlich harten Winter – rückläufig. Nachholeffekte und die weitere Verbesserung der wirtschaftlichen Lage werden dem Wohnungsbau in den kommenden Quartalen aber wieder positive Impulse verleihen. Trotz der im vierten Quartal erheblichen Unsicherheiten über die wirtschaftspolitische Ausrichtung haben sich die Unternehmensinvestitionen zuletzt deutlich beschleunigt und dürften in den kommenden Quartalen vor dem Hintergrund einer kräftigen Konsumnachfrage und höheren Exportwachstums weiter deutlich zulegen. Auch die Importe werden stärker steigen als zuletzt; die Wachstumsraten bleiben aber unter jenen der Exporte. Das Handelsbilanzdefizit wird deshalb leicht rückläufig sein.

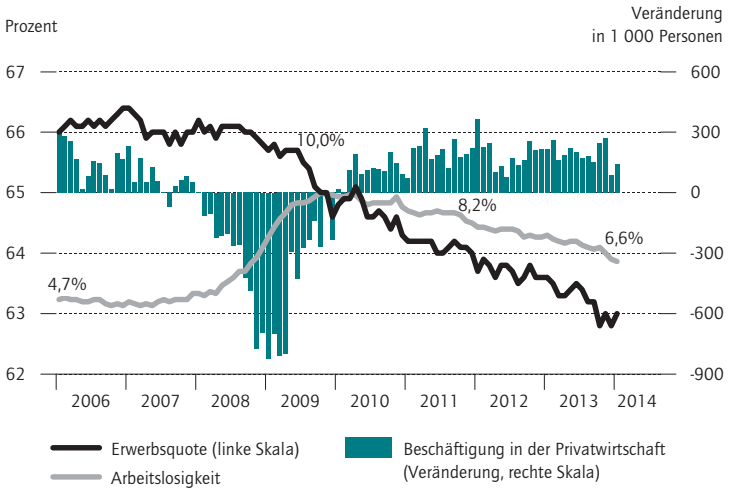
Alles in allem wird die US-Wirtschaft im laufenden Jahr um 2,6 Prozent wachsen. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt um mehr als einen Prozentpunkt auf 6,2 Prozent zurückgehen. Im Jahr 2015 wird die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts bei 3,0 Prozent liegen und die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt weiter - auf 5,8 Prozent - sinken.

Japan

Die Produktion in Japan legte im Schlussquartal 2013 um 0,3 Prozent zu – genauso viel, wie im Herbst. Die Steigerungen lagen in den ersten beiden Quartalen 2013 allerdings noch bei je rund ein Prozent. Die Konjunktur wird von den öffentlichen Konsum- und Investitionsausgaben sowie vom Wohnungsbau gestützt. Vor allem wegen Vorzieheffekten mit Blick auf die für April angekündigte Mehrwertsteuererhöhung haben die privaten Haushalte ihre Verbrauchsausgaben erhöht. Das Konsumentenvertrauen ist indes weiter eingetrübt. Die Unternehmensinvestitionen haben zuletzt wieder

Abbildung 4

Arbeitsmarktsituation in den USA
Monats- und Quartalsdaten, saisonbereinigt



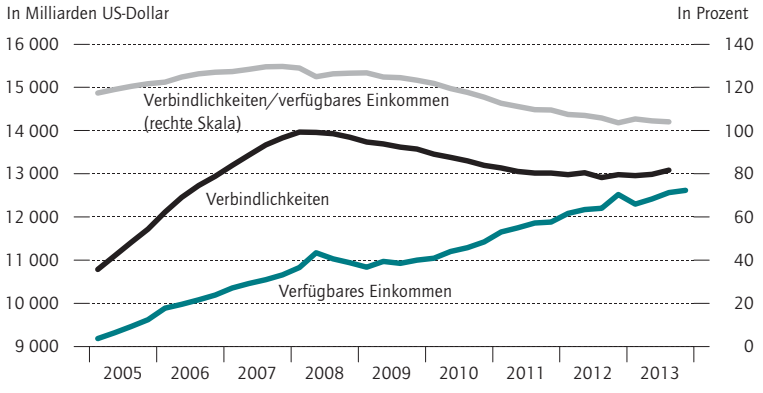
Quelle: Bureau of Labor Statistics.

© DIW Berlin 2014

Der Arbeitsmarkt hat sich zuletzt weiter erholt. Die Beschäftigungszuwächse waren kräftig und die Arbeitslosenquote ist deutlich zurück gegangen.

Abbildung 5

Haushaltseinkommen und -ausgaben in den USA
Index Januar 2008 = 100



Quellen: Federal Reserve; Bureau of Economic Analysis.

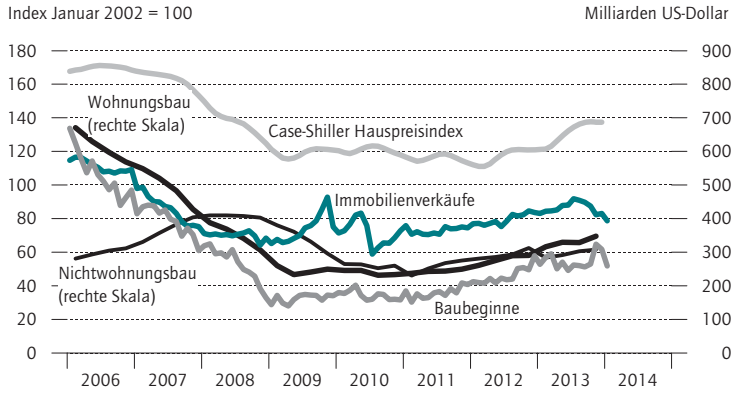
© DIW Berlin 2014

Die Einkommen der US-Haushalte steigen im Trend deutlich. Dies stützt die Konsumentwicklung.

Abbildung 6

Immobilienmarkt in den USA

Index Januar 2002=100; Mrd. US$



Quellen: Bureau of the Census; NAR; S&P; Bureau of Economic Analysis.

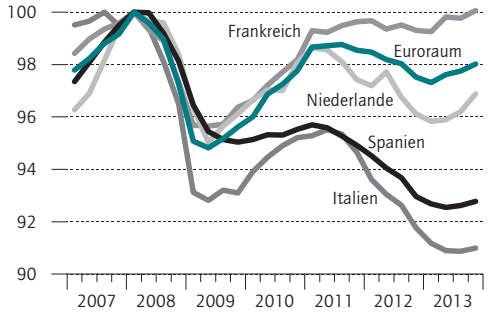
© DIW Berlin 2014

Die Erholung am Immobilienmarkt ist zuletzt zum Erliegen gekommen.

Abbildung 7

Reales Bruttoinlandsprodukt in Europa

Index 1. Quartal 2008 = 100



Quelle: Eurostat.

© DIW Berlin 2014

Im Euroraum hat die Produktion in der zweiten Jahreshälfte länderübergreifend zugenommen.

etwas dynamischer expandiert. Dämpfend auf die Entwicklung haben die Nettoexporte gewirkt. Obwohl der Yen abgewertet hat, sind die Ausfuhren nach ihrem Einbruch im Herbst nur um magere 0,4 Prozent gestiegen - auch wegen der im Schlussquartal schwachen Nachfrage aus China. Dagegen stiegen die Importe stärker als noch im Herbst, nämlich um 3,5 Prozent. Der Preisanstieg setzt sich fort, die Inflation der Konsumentenpreise lag zuletzt bei 1,3 Prozent.

In dieser Konstellation dürfte die Erhöhung der Mehrwertsteuer von fünf auf acht Prozent die Konjunktur zeitweise dämpfen. Mit der Steuererhöhung versucht die Regierung, den Anstieg der Staatsschulden zu begrenzen. Daher kommt den für das Frühjahr anstehenden Lohnverhandlungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften eine entscheidende Bedeutung zu, den Konsum zu stabilisieren. Aufgrund der drastischen Abwertung des Yen konnten Großunternehmen wie Toyota hohe Gewinne einfahren und dürften auch höhere Lohnzuwächse verkraften. In Folge der verbesserten preislichen Wettbewerbsfähigkeit der japanischen Unternehmen und der anziehenden Weltkonjunktur dürften die Exporte im Prognosezeitraum kräftig anziehen. Die Importe werden im Umfeld der nur moderat wachsenden Binnennachfrage nur wenig zulegen. Der Außenhandel trägt so per Saldo positiv zum Wachstum bei.

Insgesamt dürfte das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts in diesem Jahr bei 1,7 Prozent liegen, im nächsten Jahr dürften es bei einer weiteren Erholung der Weltkonjunktur 1,9 Prozent betragen.

China

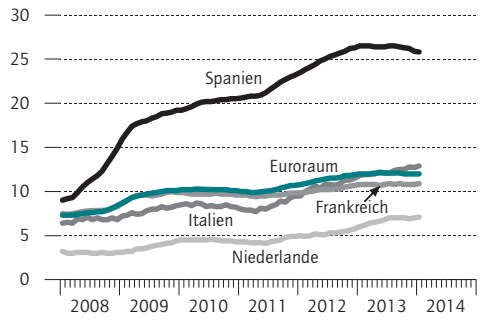
In China hat sich der Zuwachs der Produktion leicht abgeschwächt; im Schlussquartal wurde ein Wachstum von 1,8 Prozent gegenüber dem Vorquartal registriert, nach 2,2 Prozent im dritten Quartal. Dies liegt sowohl an den Konsumausgaben der privaten Haushalte als auch an den Investitionen der Unternehmen. Die Nettoexporte konnten diese Entwicklung nicht kompensieren. So bremste die verhaltene Konjunktur in den Industrieländern den Anstieg der Ausfuhren, der schon seit längerem geringer als der der Einfuhren ausfällt.

Derzeit deuten einige Indikatoren auf eine Abkühlung der wirtschaftlichen Entwicklung. Der Einkaufsmanagerindex des Bankhauses HSBC zeigt eindeutig eine Verlangsamung im Verarbeitenden Gewerbe an. Eine verhaltenere Gangart der Konjunktur wird zudem vom Index des Statistischen Amtes ausgewiesen, der allerdings noch oberhalb der Expansionsschwelle liegt. Die Geschäfte im Dienstleistungsbereich expandieren, wenngleich mit geringerem Tempo.

Allerdings dürfte das Wachstumstempo nicht allzu deutlich nachlassen. Zwar ist eine leichte Drosselung des Wachstums von der Regierung durchaus beabsichtigt, um auf einen nachhaltigen Expansionskurs einzuschwenken. Dabei soll der private Verbrauch gestärkt werden, der inzwischen nur noch ein Gewicht von einem Drittel am Bruttoinlandsprodukt ausmacht. Demgegenüber ging das hohe Wachstum in den vergangenen Jahren wesentlich auf einen Investitionsboom zurück, der durch eine politisch forcierte Kreditvergabe an-

Abbildung 8

Arbeitslosenquote im europäischen Vergleich
In Prozent



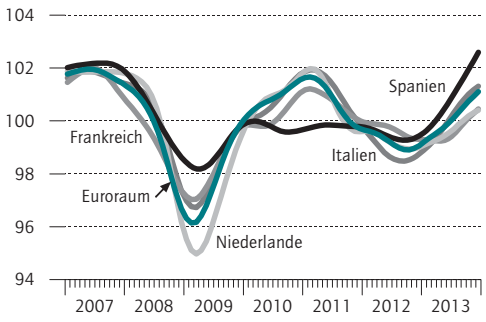
Quelle: Eurostat.

© DIW Berlin 2014

In vielen Ländern des Euroraums geht die Arbeitslosigkeit allmählich zurück.

Abbildung 9

Composite Leading Indicator
Punkte



Quelle: OECD.

© DIW Berlin 2014

Die Indikatoren weisen auf eine kräftig anziehende wirtschaftliche Entwicklung hin.

gefacht wurde. Dies hat den Anteil der uneinbringlichen Kredite bei den staatlich kontrollierten Banken spürbar erhöht, so dass ein Umsteuern erforderlich ist. Außerdem dürfte sich die Weltwirtschaft in den kommenden Monaten weiter erholen, so dass auch die chinesischen Exporte wieder stärker anziehen werden.

Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt in China in diesem Jahr um 7,6 Prozent steigen. Im nächsten Jahr steht eine etwas schwächere Rate von 7,2 Prozent an, weil der weitere Umbau der chinesischen Wirtschaft die Expansion bremst.

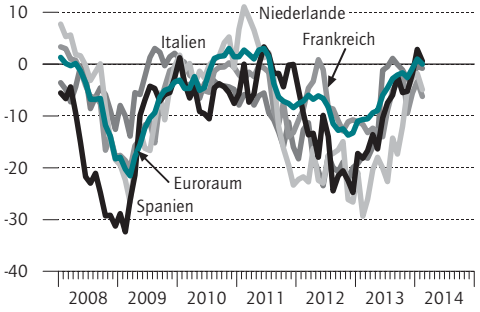
Euroraum

Seit Frühjahr 2013 folgt die Konjunktur in der Währungsunion einem verhaltenen Aufwärtstrend. Im Schlussquartal des vergangenen Jahres legte das Bruttoinlandsprodukt um 0,3 Prozent zu. In den meisten Mitgliedsländern hat die Produktion zum Jahresausgang zugenommen (Abbildung 7). Rückgänge des Produktionsniveaus waren lediglich in Zypern sowie in dem von strukturellen Problemen in der Industrie geprägten Finnland zu verzeichnen. Die Arbeitslosenquoten sind zuletzt kaum noch gestiegen und in manchen Ländern sogar zurückgegangen (Abbildung 8).

Im weiteren Verlauf dürfte sich die wirtschaftliche Entwicklung weiter erholen. So weisen die Composite Leading Indicators der OECD für die großen Mitgliedsländer ebenso wie für die Währungsunion im Ganzen auf eine kräftiger werdende Erholung hin (Abbildung 9). Dabei dürfte zunehmend auch die Konsumnachfrage

Abbildung 10

Konsumentenzuversicht in Europa
Indexpunkte, Abweichung vom langjährigen Durchschnitt



Quelle: Europäische Kommission.

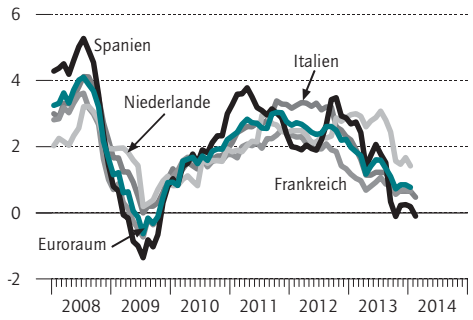
© DIW Berlin 2014

Die Stimmungsindikatoren haben sich im Verlauf des vergangenen Jahres merklich verbessert.

das Wachstum stützen; so lassen die Stimmungsindikatoren für die Konsumenten am aktuellen Rand trotz der immer noch hohen Unterbeschäftigung eine merkliche Verbesserung erkennen (Abbildung 10). Auch die Investitionstätigkeit dürfte sich im Zuge der anziehenden weltwirtschaftlichen Entwicklung und damit zunehmender Exportmöglichkeiten erholen, wenngleich vielerorts wegen der sehr niedrigen Kapazitätsauslastung und der schwierigen Marktbedingungen im Immobilienbereich weder für die Ausrüstungs- noch für

Abbildung 11

Inflation im europäischen Vergleich
In Prozent



Quelle: Eurostat.

© DIW Berlin 2014

Die Inflation im Euroraum ist deutlich gesunken; die Gefahr einer Deflation ist nicht von der Hand zu weisen.

die Bauinvestitionen mit hohen Zuwachsraten zu rechnen ist.

Alles in allem dürfte die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum weiter aufwärts gerichtet bleiben; kräftiges Wachstum ist aber für den Prognosezeitraum nicht zu erwarten. Die anhaltend schwierige Arbeitsmarktsituation, aber auch die hohe öffentliche und private Verschuldung wird insbesondere die Binnennachfrage vielerorts weiterhin belasten. So ist für das laufende und für das kommende Jahr lediglich mit einer Wachstumsrate von 1,2 beziehungsweise 1,5 Prozent zu rechnen.

Die Europäische Zentralbank (EZB) wird in diesem Umfeld an ihrem expansiven Kurs festhalten. Die Inflation im Euroraum liegt mit 0,8 Prozent im Januar erheblich unterhalb des von der Notenbank angestrebten Ziels von unter aber nahe zwei Prozent (Abbildung 11). Die im Vorjahresvergleich um 1,2 Prozent gesunkenen Preise für Energie wirken sich dämpfend auf die Preissteigerungsrate aus. Die Kerninflationsrate lag aber mit 1,0 Prozent nur wenig über der Gesamtinflation.

Die Gefahr einer Deflationsspirale ist insbesondere für die Krisenländer im Euroraum ernst zu nehmen, nicht zuletzt wegen der in realer Rechnung zunehmenden Schuldenbelastung der privaten und öffentlichen Haushalte. Es ist auch deshalb nicht davon auszugehen, dass die EZB im Prognosezeitraum von ihrem expansiven Kurs abweicht. Spielraum für Zinssenkungen besteht aber kaum noch; auch ansonsten hat die Geldpolitik angesichts des anhaltend gestörten geldpolitischen Transmissionskanals nur wenig Möglichkeiten, der anhaltend niedrigen Inflation zu begegnen.

In der vorliegenden Prognose wird angenommen, dass die EZB das Leitzinsniveau in diesem und im kommenden Jahr unverändert bei 0,25 Prozent belässt. Die Inflation im Euroraum wird merklich unter der Zielinflationsrate bleiben.

Frankreich

Die wirtschaftliche Entwicklung in Frankreich hat sich zum Ende des vergangenen Jahres etwas beschleunigt. Im vierten Quartal ist das Bruttoinlandsprodukt um 0,3 Prozent gestiegen. Die Binnennachfrage hat deutlich zugelegt, aber auch der Außenhandel trug zum Wachstum bei.

Zuletzt hat vor allem der private Verbrauch die wirtschaftliche Entwicklung gestützt – insbesondere die Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern wie etwa Fahrzeugen hat zugelegt, trotz der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit. Die Beschäftigung ist im vierten Quartal des vergangenen Jahres erstmals seit Anfang 2011 wieder leicht gestiegen. Die Arbeitslosenquote hat ihren Höhepunkt wohl durchlaufen und wird in den kommenden Quartalen allmählich zurückgehen. Im weiteren Verlauf dürften die sich verbessernde Stimmung sowie die geringen Preissteigerungsraten die Konsumnachfrage stützen. Vom privaten Verbrauch, der traditionellen Stütze der französischen Wirtschaft, ist so alles in allem eine zwar weiter aufwärtsgerichtete, aber nicht sehr dynamische Entwicklung zu erwarten.

Die Investitionen haben nach sieben Quartalen mit rückläufiger Aktivität zum Jahresende 2013 etwas Fahrt aufgenommen. Sowohl die Unternehmensinvestitionen als auch die öffentlichen Investitionen haben kräftig zugelegt; die Bauinvestitionen der privaten Haushalte sind hingegen seit Anfang 2012 rückläufig und haben seit ihrem Spitzenwert im Jahr 2007 etwa ein Viertel ihres Volumens verloren. Allerdings zeichnete sich bei den Bauinvestitionen zuletzt ein sich verlangsamender Rückgang ab; im kommenden Jahr dürfte die Bautätigkeit dann wieder ausgeweitet werden. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen dürfte in den kommenden Quartalen weiter Tritt fassen, da im Zuge der sich weiter aufhellenden Lage im Euroraum die Exporttätigkeit etwas an Dynamik gewinnen dürfte.

Die Exporte sind im vierten Quartal des vergangenen Jahres merklich gestiegen, so dass trotz der zuletzt recht kräftigen Importe ein positiver Wachstumsbeitrag aus dem Außenhandel zu verzeichnen war. In den kommenden Quartalen ist mit weiter steigenden Ausfuhren zu rechnen; in den vergangenen Monaten angekündigte Reformen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft – namentlich Steuererleichterungen für Unternehmen – dürften aber

allenfalls allmählich zu einer Rückführung des Außenhandelsdefizits beitragen. Da die Importe im Zuge der sich belebenden Binnennachfrage an Schwung gewinnen, ist im Prognosezeitraum nur mit sehr geringen positiven Wachstumsbeiträgen aus dem Außenhandel zu rechnen.

Die Finanzpolitik ist im Prognosezeitraum restriktiv ausgerichtet. Die öffentlichen Ausgaben steigen zwar; die Dynamik nimmt aber merklich ab. Angesichts der Tatsache, dass die französische Regierung weit davon entfernt ist, die im Stabilitäts- und Wachstumspakt verankerte Defizitregel zu erfüllen, stehen im Prognosezeitraum Ausgabenkürzungen an; der Spielraum für einnahmeerhöhende Maßnahmen ist angesichts einer ohnehin hohen Abgabenbelastung gering. Insbesondere bereits angekündigte Einschnitte im öffentlichen Dienst sowie Kürzungen im sozialen Bereich dürften die Konsumnachfrage der privaten Haushalte belasten.

Alles in allem dürfte sich die französische Wirtschaft nur allmählich erholen. Im Vergleich zum Jahr 2013, als die französische Wirtschaft im Durchschnitt nur um 0,3 Prozent gewachsen ist, beschleunigt sich die Entwicklung zwar spürbar. Mit jeweils etwa einem Prozent bleibt das Wachstum in diesem und im kommenden Jahr aber insgesamt verhalten.

Spanien

In Spanien setzt sich die allmähliche wirtschaftliche Erholung fort. Nach zwei Jahren in der Rezession folgt die spanische Wirtschaft seit der zweiten Jahreshälfte 2013 einem moderaten Aufwärtstrend. Im vierten Quartal stieg das Bruttoinlandsprodukt um 0,3 Prozent. Dabei waren vor allem die Exporte und der private Konsum konjunkturell stützend.

Die Arbeitslosigkeit ist im Vergleich zu anderen europäischen Ländern und im historischen Vergleich nach wie vor hoch. Im Januar 2014 lag die Arbeitslosenquote bei 26 Prozent. Insgesamt ist aber eine Stabilisierung auf dem Arbeitsmarkt erkennbar: So ist die Beschäftigung im vierten Quartal des vergangenen Jahres etwas gestiegen, nachdem sie bis ins dritte Quartal hinein leicht zurückgegangen ist. Die Zahl der Arbeitslosen lag im Januar 2014 um 170 000 niedriger als im Januar des Vorjahres. Allerdings ist ein Teil dieser Verbesserung auch darauf zurückzuführen, dass sich mehr und mehr Menschen dauerhaft vom Arbeitsmarkt zurückziehen; die Erwerbsquote ist im Verlauf des vergangenen Jahres leicht zurückgegangen.

Auch bedingt durch die sich allmählich stabilisierende Arbeitsmarktlage blicken die privaten Haushalte optimistischer in die Zukunft. Die Konsumentenstimmung liegt so hoch wie seit zwei Jahren nicht mehr. So hat auch der private Verbrauch in der zweiten Jahreshälfte 2013 zugelegt. Allerdings kämpfen die privaten Haushalte nach wie vor mit hohen Schuldenbelastungen als Folge der Immobilienkrise, so dass eine kräftige Entwicklung der Konsumnachfrage im Prognosezeitraum nicht zu erwarten ist.

Die Ausrüstungsinvestitionen haben im vierten Quartal 2013 ihr moderates Wachstum fortgesetzt; auch im weiteren Verlauf dürfte die Investitionstätigkeit der Unternehmen im Zuge der günstigen Exportmöglichkeiten leicht zulegen. Darauf lässt auch der Einkaufsmanagerindex in der Industrie schließen, der im Februar 2014 mit 52,5 Punkten auf den höchsten Wert seit vier Jahren gestiegen ist. Die Bauinvestitionen sind anhaltend rückläufig, wenngleich sich das Tempo zuletzt verlangsamt hat.

Die spanische Wirtschaft stützt sich immer mehr auf die Exportnachfrage. Der Anteil der Exporte am Bruttoinlandsprodukt stieg von 23 Prozent im Jahr 2008 auf über 34 Prozent 2013, wenngleich dies teilweise auch aus dem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes im Krisenzeitraum resultierte. Im Jahr 2013 sind die Exporte um fast fünf Prozent gestiegen, im vierten Quartal haben sie um knapp ein Prozent zugelegt. Insbesondere entwickelte sich die Tourismusbranche günstig und erzielte 2013 mit 59 Milliarden Euro – zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts – die höchsten Einnahmen ihrer Geschichte, ein Anstieg von knapp zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dabei dürfte aber auch eine Rolle gespielt haben, dass im vergangenen Jahr der Tourismus in anderen Regionen – insbesondere im nördlichen Afrika – durch politische Spannungen beeinträchtigt war. Im Prognosezeitraum dürften die Exporte auch durch die Liberalisierung des Arbeitsmarkts und die Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit spanischer Unternehmen gestützt werden. Mehr und mehr sind spanische Firmen auf Absatzmärkten außerhalb Europas aktiv; die Ausfuhren werden so auch von der wieder dynamischeren Entwicklung insbesondere in den Schwellenländern getragen. Spaniens Importe dagegen sind im vierten Quartal leicht zurückgegangen. Auch im Prognosezeitraum ist angesichts anhaltend schwacher Binnennachfrage und insbesondere einer gedämpften Investitionstätigkeit nicht mit einer kräftigen Entwicklung zu rechnen; der Außenhandel dürfte wie in den vergangenen Jahren per Saldo merklich positiv zum Wachstum beitragen.

Das Defizit der öffentlichen Haushalte lag im Jahr 2013 bei etwa sieben Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt und ist damit im Vergleich zum Vorjahr merklich zurückgegangen. Die Ratingagentur Moody's hat

die Kreditwürdigkeit Spaniens im Februar angehoben und die für Staatsanleihen zu zahlenden Zinsen sinken merklich. Die spanische Regierung wird diese Verbesserungen nicht aufs Spiel setzen; eine Lockerung des finanzpolitischen Kurses ist daher nicht zu erwarten.

Alles in allem dürfte die Wirtschaftsleistung Spaniens im Jahr 2014 um gut ein Prozent zunehmen, nach einem Rückgang von 1,2 Prozent im vergangenen Jahr. Im Jahr 2015 dürfte das Wachstum bei anderthalb Prozent liegen.

Italien

Die italienische Wirtschaft legte im Schlussquartal 2013 um 0,1 Prozent zu und beendete damit zumindest technisch eine mehr als zwei Jahre dauernde Rezession. Vorlaufende Indikatoren deuten auf eine allmähliche Erholung hin. Eine größere Dynamik verhindern derzeit jedoch noch eine Reihe belastender Faktoren, wie der Schuldenüberhang im öffentlichen Sektor und der verkrustete Arbeitsmarkt.

Der private Verbrauch war zuletzt noch leicht rückläufig. Dies liegt vor allem am nach wie vor schwachen Arbeitsmarkt. Die Zahl der Beschäftigten nahm im Dezember um 0,1 Prozent gegenüber dem Vormonat ab. Trotz eines Rückgangs der Arbeitslosenquote um ebenfalls 0,1 Prozent ist damit eine Kehrtwende am Arbeitsmarkt noch nicht erreicht; mehr und mehr Leute ziehen sich offenbar dauerhaft vom Arbeitsmarkt zurück, sodass die Erwerbsbeteiligung sinkt. Darüber hinaus ist die Jugendarbeitslosigkeit mit 41,6 Prozent anhaltend hoch. Das Konsumentenvertrauen stieg zu Jahresbeginn ausgehend von einem äußerst niedrigen Niveau an und weist damit auf eine Stabilisierung des privaten Konsums hin.

Die Investitionen dürften zum Jahresende leicht zugelegt haben. Im weiteren Verlauf dürften sie aber nur verhalten aufwärts gerichtet sein. So stiegen die Einkaufsmanagerindizes nur langsam an und deuten zusammen genommen im Januar in Richtung einer leichten Expansion. Hingegen setzte die Industrieproduktion das Wachstum der Vormonate im Dezember nicht fort. Allerdings dürften sich im kommenden Jahr die Investitionen leicht beschleunigen, bedingt durch eine weitere Belebung der Exporte.

Positive Impulse kommen derzeit vom Außenhandel. So legten die Exporte im Dezember um gut fünf Prozent im Vormonatsvergleich zu, mit deutlichen Zuwächsen der Ausfuhren sowohl in die EU (+3,5 Prozent) als auch in Nicht-EU Länder (+7,1 Prozent). Im Schlussquartal dürften die Importe leicht zurückgegangen sein, sodass zuletzt der Außenhandel der wesentliche Wachstumstreiber war. Im Zug der weiteren Erholung im Euroraum ist von steigenden Exporten auszugehen, die im laufenden Jahr den wesentlichen Wachstumsimpuls liefern. Mit einer Belebung der Investitionen 2015 dürften auch die Importe wieder verstärkt zulegen, sodass der Außenbeitrag gegen Ende des Prognosehorizonts zurückgeht.

Das Haushaltsdefizit lag im Jahr 2013 bei etwa drei Prozent; Spielräume für eine expansive Finanzpolitik bestehen so angesichts der Defizitregel des Maastricht-Vertrags keine. Privatisierungserlöse durch den Verkauf von Anteilen an acht staatlichen Unternehmen sollen den Schuldenberg von über 130 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt reduzieren. Allerdings ist durch den Wechsel der Regierung Ende Februar die Finanzpolitik durch Unsicherheit gekennzeichnet.

Insgesamt kommt die italienische Wirtschaft nur allmählich aus der langen und tiefen Rezession der Jahre 2011–13. So dürfte im Jahr 2014 ein Wachstum von gut einem halben Prozent erreicht werden, während die Wirtschaft im kommenden Jahr um etwa ein Prozent zulegt.

Niederlande

Im Schlussquartal 2013 hat die niederländische Wirtschaft mit 0,7 Prozent relativ deutlich zugelegt. Dies geht in erster Linie auf den Anstieg der Investitionen zurück, die aber durch Sondereffekte gegenüber dem Vorquartal um fünf Prozent anzogen. Der Ausblick bleibt durch eine schwache Binnenkonjunktur weiterhin getrübt.

Der Rückgang beim privaten Verbrauch kam im vierten Quartal 2013 zum Stillstand. Vor dem Hintergrund eines nach wie vor schwachen Arbeitsmarktes dürfte der private Konsum auch bis in die zweite Jahreshälfte 2014 allerdings kaum steigen. Danach wird sich der Konsum etwas erholen und 2015 moderat zulegen. Hierfür spricht eine Reihe von Indikatoren. Zum einen hat sich das Konsumentenvertrauen bereits deutlich aufgehellt und ist weiter aufwärts gerichtet. Zum anderen zeigt der Markt für Wohnimmobilien Anzeichen einer Stabilisierung: So nahm der Marktwert des Bestands der Wohnimmobilien im dritten und vierten Quartal 2013 erstmals seit dem Jahr 2010 nicht weiter ab. Dies stützt die Vermögenssituation der privaten Haushalte und damit die Konsumnachfrage. Darüber hinaus ist die Teuerungsrate deutlich gefallen und dürfte bis auf weiteres niedrig bleiben; dies stärkt die Kaufkraft im Prognosezeitraum. Belastend wirkt demgegenüber weiterhin die Lage am Arbeitsmarkt: So nimmt die Zahl der Beschäftigten seit Oktober vergangenen Jahres ab und die Arbeitslosenquote hat zuletzt nochmal leicht zugenommen.

Ein deutlich positiver Impuls kam zuletzt von den privaten Investitionen, der vor allem auf den Kauf von Maschinen und Pkw zurückging. Der starke Anstieg beim Absatz von Pkw ist durch Sondereffekte zu erklären. Die Änderung der steuerlichen Berücksichtigung des CO2-Ausstoßes zum 1. Januar veranlasste viele Unternehmen dazu, die Anschaffung von Pkw in das Schlussquartal 2013 vorzuziehen. Zum Jahresauftakt ist daher mit einer Gegenbewegung bei den Investitionen zu rechnen. Auftragseingänge und Indikatoren des Investitionsklimas sowie der Einkaufsmanagerindex für das verarbeitende Gewerbe deuten auf eine leichte Verbesserung hin, sodass ab dem zweiten Quartal wieder moderate Zuwachsraten zu verzeichnen sein sollten.

Der Beitrag des Außenhandels zum Wirtschaftswachstum war zuletzt, bedingt durch einen starken Rückgang der Exporte, negativ. Von der Erholung der Weltkonjunktur dürften im weiteren Verlauf auch die niederländischen Exporte profitieren. Bei zögerlich anziehenden Importen durch eine allmähliche Belebung der Binnenkonjunktur dürften die Beiträge des Außenhandels zum Wirtschaftswachstum jedoch im Prognosezeitraum gering ausfallen.

Die Finanzpolitik dürfte weiterhin leicht restriktiv ausgerichtet bleiben, um die Konsolidierungsvorgaben der EU zu erfüllen; das Defizit der öffentlichen Haushalte lag im vergangenen Jahr bei etwas über drei Prozent.

Insgesamt dürfte die niederländische Wirtschaft im Jahr 2014 um ein halbes Prozent zulegen. Dies deutet darauf hin, dass eine Trendwende am Arbeitsmarkt wohl erst gegen Ende des laufenden Jahres eintritt. Im kommenden Jahr ist durch eine allmähliche Belebung der Binnenkonjunktur mit einem Wachstum von gut einhalb Prozent zu rechnen.

Vereinigtes Königreich

Im Vereinigten Königreich stabilisiert sich der Aufschwung. Im Schlussquartal lag das Wirtschaftswachstum mit 0,7 Prozent. Im Gegensatz zum Vorquartal waren diesmal nicht der private Konsum verbunden mit einem Rückgang der Sparquote, sondern die Investitionen und der Außenhandel die Triebfedern des Wachstums.

Der private Verbrauch hat zuletzt nur noch geringfügig zugelegt, dürfte im weiteren Verlauf aber wieder etwas anziehen. Die fallende Arbeitslosigkeit trägt derzeit zu einer sich aufhellenden Konsumentenzuversicht bei; die Arbeitslosenquote lag im Schlussquartal bei 7,2 Prozent. Außerdem wird die Kaufkraft privater Haushalte durch die – auch im weiteren Verlauf – steigende Beschäftigung gestützt; die Zahl der Beschäftigten stieg schon im Schlussquartal um 193 000 gegenüber dem Vorquartal. Die realen Pro-Kopf-Löhne werden daher – wie schon seit 2010 – rückläufig sein und die Konsumentwicklung dämpfen.[1]

Die Unternehmensinvestitionen haben im Schlussquartal um knapp drei Prozent zugelegt. Die Kreditvergabebedingungen sind anhaltend günstig. Auch die Auftragseingänge sind zum Jahresauftakt gestiegen. Darüber hinaus liegen die Einkaufsmanagerindizes auch im Januar für die Sektoren verarbeitendes Gewerbe, Bauindustrie und Dienstleistungen deutlich im expansiven Bereich. Damit ist das Umfeld für Ausrüstungsinvestitionen derzeit äußerst positiv. Darüber hinaus setzt sich die Erholung der Preise für Wohnimmobilien weiter fort, die zuletzt wieder das Niveau von 2007 erreicht haben. So sind auch im Bereich der Bauinvestitionen neue Impulse im Prognosezeitraum zu erwarten.

Die Exporte legten im vierten Quartal leicht zu, während die Importe zurückgingen. Hinter dem positiven Außenbeitrag verbirgt sich eine Verbesserung der Bilanz im Handel mit Ölprodukten. Aufgrund der weltwirtschaftlichen Erholung dürften im weiteren Verlauf auch die sonstigen Waren- und Dienstleistungsexporte leicht zulegen. Darauf deuten bereits ansteigende Auftragseingänge aus dem Ausland hin. Insgesamt dürfte der Außenhandel bei ebenfalls anziehenden Importen vor dem Hintergrund der weiteren Erholung der Binnenkonjunktur jedoch nicht nennenswert zum Wachstum im Vereinigten Königreich beitragen.

Die Geldpolitik bleibt weiter expansiv ausgerichtet. Im Prognosezeitraum dürfte die Arbeitslosenquote unter die Schwelle von sieben Prozent sinken und damit die Selbstbindung der Bank of England im Rahmen der *forward guidance*-Politik aufgehoben werden.[2] Mit einer Anhebung der Leitzinsen ist jedoch erst gegen Ende 2015 zu rechnen, zumal die Inflationsrate im Prognosezeitraum etwa dem Inflationsziel von zwei Prozent entsprechen dürfte. Die Ausrichtung der Finanzpolitik dürfte im Prognosezeitraum dagegen weiterhin restriktiv bleiben. Ausgabenkürzungen dürften trotz wirtschaftlicher Erholung wie geplant umgesetzt werden, da die Defizitquote noch weit von der im Maastricht-Vertrag verankerten Drei-Prozent-Grenze entfernt liegt.

Insgesamt dürfte die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs ihren Wachstumskurs fortsetzen. Für dieses

---

1 Taylor, Jowett, Hardie (2014): An examination of falling real wages. Office for national Statistics, www.ons.gov.uk/ons/rel/elmr/an-examination-of-falling-real-wages/2010-to-2013/index.html.

2 Im Rahmen der forward guidance-Politik hat die Bank of England für die Anhebung des Zinssatzes unter anderem die Erreichung eines Zielwertes für die Arbeitslosigkeit zur Voraussetzung gemacht.

und das kommende Jahr ist mit einem Wachstum von jeweils rund zwei Prozent zu rechnen.

Mittel- und Osteuropa

In fast allen osteuropäischen Mitgliedsländern der EU lag das Wachstum im letzten Quartal 2013 über dem Durchschnitt der EU-28. Dies ist in den meisten Ländern auf eine steigende Auslandsnachfrage zurückzuführen. In Russland und der Türkei hat sich das Wachstum hingegen deutlich abgeschwächt. Beide Länder waren stark von den Turbulenzen auf dem internationalen Kapitalmarkt betroffen.

In Polen stieg das Bruttoinlandsprodukt im letzten Quartal 2013 um 0,6 Prozent. Dies ist vor allem auf die Außenhandelsaktivität zurückzuführen. Im Inland blieben der private Konsum und vor allem die Investitionstätigkeit schwach. Die mit 10 Prozent anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und die zuletzt geringe Steigerung der Realeinkommen dämpfen den Anstieg des Konsums; dies dürfte auch im weiteren Verlauf gelten. Die Investitionen dürften hingegen aufgrund niedriger Zinsen und hoher Zuweisungen von EU-Fonds im laufenden Jahr steigen.[3] Von den Turbulenzen auf den Devisenmärkten war Polen kaum betroffen; der Zloty wertete nur vorübergehend und geringfügig ab. Die polnische Volkswirtschaft wird im laufenden und nächsten Jahr in einem günstigen Umfeld wieder stärker wachsen.

Das Bruttoinlandsprodukt ist in Tschechien 2013 im Jahresvergleich um 0,9 Prozent geschrumpft, hat indes im Schlussquartal mit 1,9 Prozent im Vergleich zum Vorquartal stark zugenommen. Im Vorjahresvergleich haben im letzten Quartal die Investitionen angezogen, während der private Konsum kaum zum Wachstum beitrug. Die Exporte haben etwas stärker zugelegt als die Importe. Im Laufe des Novembers hatte die tschechische Krone gegenüber dem Euro spürbar abgewertet. Die Zentralbank erklärte Mitte Dezember, den Kurs nahe 27 Kronen/Euro zu stabilisieren, was in der Folgezeit auch gelungen ist. Dies dürfte die Ausfuhren stützen. Bei einer weiteren Belebung der Investitionstätigkeit wird die tschechische Wirtschaft im laufenden und kommenden Jahr wieder deutlich wachsen.

Die ungarische Wirtschaft ist um 0,6 Prozent im vierten Quartal und um 1,2 Prozent im Gesamtjahr 2013 gewachsen. Dazu beigetragen haben der Außenhandel sowie die Investitionen. Offenbar legte auch der Konsum leicht zu; hierauf deuten die im November gestiegenen Einzelhandelsumsätze hin. Zudem nimmt die Beschäftigung zu und die Arbeitslosigkeit sinkt. Nach der Ankündigung der US-Notenbank, das Aufkaufprogramm von Anleihen zurückzufahren, hat der Forint gegenüber dem Euro von Mitte Dezember bis Anfang Februar um 5 Prozent abgewertet. Dies hat unter anderem aufgrund der fallenden Energiepreise keine merkliche Steigerung der Verbraucherpreise zur Folge gehabt. Angesichts der geringen Teuerungsrate hat die Zentralbank den Leitzins im Februar um 15 Basispunkte auf 2,7 Prozent erneut gesenkt (Juni 2013: 4,25 Prozent). Die Zinssenkungen dürften zu einer Belebung der Investitionstätigkeit beigetragen. Die Abwertung wird die Exporte stützen. Damit wird die ungarische Wirtschaft im Prognosezeitraum wieder stärker wachsen.

Rumänien wies mit jeweils 1,7 Prozent in den letzten beiden Quartalen 2013 die höchste Wachstumsrate der EU-28 auf. Dies ist vor allem auf die gestiegene Auslandsnachfrage zurückzuführen. Der Konsum war schwach und die Investitionen gingen zurück. Vor diesem Hintergrund und angesichts einer rückläufigen Teuerungsrate hat die rumänische Zentralbank im November 2013 und im Januar 2014 die Refinanzierungsrate um jeweils 0,25 Prozentpunkte auf nunmehr 3,75 Prozent gesenkt. Bei niedrigen Zinsen und aufgrund der Mittelzuweisungen aus EU-Fonds wird sich in Rumänien die Investitionstätigkeit künftig beleben. Steigende Einzelumsätze weisen zudem auf ein Anziehen des privaten Konsums hin. Mit der zusätzlichen Belebung der inländischen Nachfrage kommt es 2014 und 2015 weiterhin zu kräftigem Wachstum.

Das Wachstum der russischen Wirtschaft hat sich 2013 mit 1,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr deutlich abgeschwächt. Der Außenhandel leistete einen nur geringen Beitrag zum Wachstum. Im Inland stagnierte die Investitionstätigkeit; steigende Einzelhandelsumsätze deuteten auf eine leichte Zunahme des Konsums hin. Dieser wurde durch gestiegene Realeinkommen gestützt. Allerdings ist die Arbeitslosigkeit zuletzt auf 5,6 Prozent gestiegen. Nach der Ankündigung der amerikanischen Notenbank zum Auslaufen des *quantitative easing*-Programms hat sich die Abwertung des Rubels gegenüber dem Dollar am Jahresanfang 2014 beschleunigt; der Wechselkurs fiel innerhalb von zwei Monaten um sieben Prozent (Stand: 20. Februar). Um den Wechselkurs im vorgegebenen Korridor zu halten, reagierte die russische Zentralbank mit Interventionen auf dem Devisenmarkt. Eine Anpassung des Leitsatzes wurde zunächst nicht vorgenommen, obwohl die Inflationsrate auf 6,8 Prozent zugelegt hatte. Noch Mitte Februar kündigte die Zentralbank an, erst bei einer Zunahme der Teuerungsrate restriktive Maßnahmen zu ergreifen. Infolge der Krimkrise wertete der Rubel Anfang März 2014 vorübergehend deutlich ab. Daraufhin

3 Im Zeitraum 2014 bis 2020 werden auch für die mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländer finanzielle Mittel aus EU-Fonds bereitgestellt. Das Fördervolumen wird im Vergleich zur vorherigen Förderphase insbesondere für Polen, Rumänien und die Slowakei deutlich ausgeweitet.

hat die Zentralbank den Leitzins von 5,5 auf sieben Prozent erhöht. Die russische Wirtschaft wird im laufenden Jahr nur leicht und im Folgejahr wieder etwas kräftiger wachsen – sofern sich die Krise nicht weiter verschärft.

Auch die türkische Lira ist nach Ankündigung der US-amerikanischen Notenbank massiv unter Druck geraten. Bis Ende Januar ist der Wechselkurs der Lira gegenüber dem Dollar um fast zwölf Prozent gefallen; nach einer starken Anhebung der kurzfristigen Zinsen und Interventionen am Devisenmarkt Ende Januar 2014 ist er wieder leicht gestiegen. Die Türkei hat nach wie vor erhebliche wirtschaftliche Probleme: Im Jahr 2013 hat sich das Leistungsbilanzdefizit wieder ausgeweitet, zuletzt im Dezember unter anderem aufgrund gestiegener Goldimporte. Das Inflationsziel von fünf Prozent wurde im vergangenen Jahr verfehlt und auch im Januar 2014 mit einer Teuerungsrate von 7,75 Prozent deutlich übertroffen. Die Arbeitslosenquote war bis Ende November 2013 auf fast zehn Prozent gestiegen. Zu den wirtschaftlichen Problemen kommt die instabile politische Lage. Im Prognosezeitraum werden die bestehenden Unsicherheiten dämpfend auf das Wachstum wirken.

Deutsche Wirtschaft: Aufschwung, aber kein Boom

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Aufschwung. Eine merkliche Beschleunigung wird jedoch ausbleiben. Einerseits erreicht die Weltwirtschaft nicht mehr das Wachstumstempo der Vorkrisenzeit, und die strukturellen Anpassungen innerhalb des Euroraums haben die Aussichten für die deutsche Exportwirtschaft für einen längeren Zeitraum getrübt; andererseits kommt die Konjunktur weltweit allmählich in Schwung und die Unsicherheit ebbt ab. Die Unternehmen in Deutschland setzen die zögerliche Ausweitung der Investitionen fort (Tabelle 2), und in den vergangenen Jahren zurückgestellte Investitionen werden nachgeholt, was vor allem um den Jahreswechsel 2014/15 die Dynamik steigen lässt (Abbildung 12); insgesamt bleiben die Zuwächse jedoch moderat. Der Aufwärtstrend in der Bauwirtschaft bleibt zwar bestehen, flacht aber ab – auch weil Investoren sich wieder vermehrt anderen Anlageformen zuwenden. Der Beschäftigungsaufbau hält an und die Löhne steigen weiter spürbar, im kommenden Jahr zusätzlich etwas aufgrund der Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns. Die zunehmenden Einkommen schieben den privaten Verbrauch an, der zu Jahresbeginn wohl wieder Schwung aufgenommen hat. Die Exporte gewinnen im Umfeld der weltwirtschaftlichen Erholung etwas an Fahrt; im Zuge der steigenden Binnennachfrage legen die Importe jedoch stärker zu. Insgesamt leistet der Außenhandel damit per Saldo keinen Beitrag zum Wachstum. Der Saldo der Leistungsbilanz wird mit 7,8 Prozent in Relation zur Wirtschaftsleistung in diesem Jahr erneut einen Rekordwert erreichen und im kommenden Jahr auf diesem Niveau verharren (Tabelle 3).

Die Produktionslücke (Abbildung 13), die sich im Zuge des geringeren Wachstums im vergangenen Jahr geweitet hatte, baut sich in diesem Jahr deutlich ab und schließt sich im kommenden Jahr. In diesem Umfeld bleibt die Inflation niedrig, die in diesem Jahr noch durch die gesunkenen Energiepreise gedämpft wird.

Der öffentliche Gesamthaushalt schließt in diesem Jahr mit einem – wenn auch geringen – Defizit ab. Hier schlägt sich der gelockerte Ausgabenkurs nieder. Im kommenden Jahr wird ein Überschuss erzielt. In struktureller – also um konjunkturelle Einflüsse bereinigter – Betrachtung ist der Finanzierungssaldo in beiden Jahren positiv. In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt liegt er in diesem Jahr bei 0,2 Prozent, nach 0,5 Prozent im vergangenen Jahr. Im kommenden Jahr steigt die Überschussquote wieder auf 0,5 Prozent.

Für die hier vorgelegte Prognose bestehen zusätzlich zu den weltwirtschaftlichen Risiken besondere binnenwirt-

Tabelle 2

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts
Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent, saison- und kalenderbereinigt

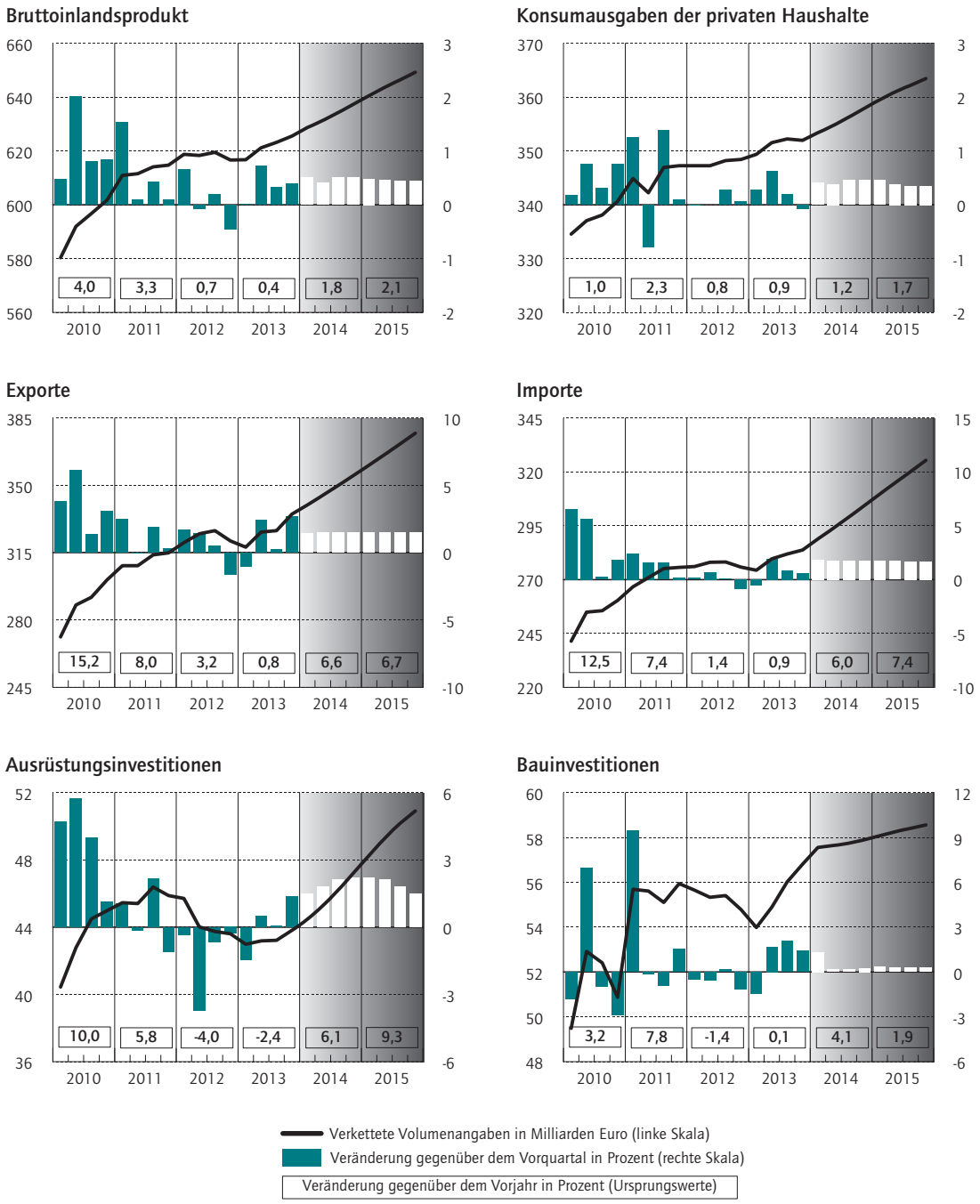
	2013				2014				2015			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Private Konsumausgaben	0,3	0,6	0,2	−0,1	0,5	0,4	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4
Öffentliche Konsumausgaben	0,2	−0,4	1,2	0,0	0,3	0,2	0,4	0,2	0,3	0,3	0,4	0,3
Ausrüstungen	−1,4	0,5	0,1	1,4	1,5	1,8	2,1	2,2	2,2	2,1	1,8	1,5
Bauten	−1,5	1,7	2,1	1,4	1,3	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Sonstige Investitionen	−0,9	1,6	1,4	1,2	1,5	1,6	1,7	1,7	1,7	1,7	1,6	1,6
Lagerveränderung[1]	0,3	−0,1	0,0	−0,8	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,3	0,4	0,6	−0,7	1,0	0,4	0,6	0,6	0,5	0,5	0,4	0,4
Außenbeitrag[1]	−0,3	0,3	−0,3	1,1	−0,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausfuhr	−1,0	2,4	0,2	2,6	1,0	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
Einfuhr	−0,5	1,9	0,8	0,6	2,1	1,8	1,8	1,7	1,8	1,7	1,7	1,6
Bruttoinlandsprodukt	**0,0**	**0,7**	**0,3**	**0,4**	**0,5**	**0,4**	**0,5**	**0,5**	**0,5**	**0,5**	**0,4**	**0,4**

1 Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin, Prognose ab dem vierten Quartal 2013.

© DIW Berlin 2014

Abbildung 12

Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin, Prognose ab dem ersten Quartal 2014.

© DIW Berlin 2014

Tabelle 3

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Reales Bruttoinlandsprodukt[1] (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	4,0	3,3	0,7	0,4	1,8	2,1
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	40 587	41 152	41 608	41 841	42 099	42 196
Erwerbslose, ILO (1 000 Personen)	2 947	2 501	2 315	2 264	2 117	2 085
Arbeitslose, BA (1 000 Personen)	3 238	2 976	2 897	2 950	2 892	2 834
Erwerbslosenquote, ILO[2]	7,1	5,9	5,5	5,3	5,0	4,9
Arbeitslosenquote, BA[2]	7,7	7,1	6,8	6,9	6,7	6,5
Verbraucherpreise[3] (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	1,1	2,1	2,0	1,5	1,5	1,7
Lohnstückkosten[4] (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	−1,5	0,8	2,8	2,0	0,9	1,2
Finanzierungssaldo des Staates[5]						
In Milliarden Euro	−104,3	−21,4	2,2	0,3	−3,0	13,3
In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (in Prozent)	−4,2	−0,8	0,1	0,0	−0,1	0,5
Leistungsbilanzsaldo in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (in Prozent)	6,3	6,2	7,0	7,3	7,8	7,8

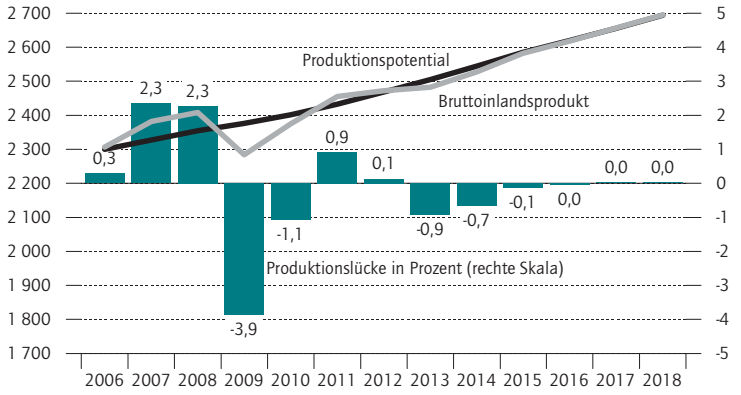
1 In Preisen des Vorjahres.
2 Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) beziehungsweise die zivilen Erwerbspersonen (BA).
3 Verbraucherpreisindex.
4 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigenstunde.
5 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen des DIW Berlin; 2013 bis 2015: Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Abbildung 13

Bruttoinlandsprodukt und Produktionspotential
In Milliarden Euro



Quellen: Statistisches Bundesamt; EU Kommission; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Die Produktionslücke schließt 2015.

schaftliche Unsicherheiten. Zum einen sind die durch die Einführung des flächendeckenden Mindestlohns hervorgerufenen Anpassungsreaktionen, insbesondere die Beschäftigungseffekte, nur schwer vorherzusagen. Für die Prognose sind nur geringe Effekte unterstellt. Denkbar ist aber auch, dass es zu einem spürbaren Beschäftigungsabbau kommt. Da dieser zu Lasten geringqualifizierter Arbeitnehmer ginge, fiele der damit verbundene Produktionsrückgang moderat aus.[4] Zum anderen sind die Folgen der Einführung der Rente ab 63 schwer zu quantifizieren.

Teuerung bleibt moderat

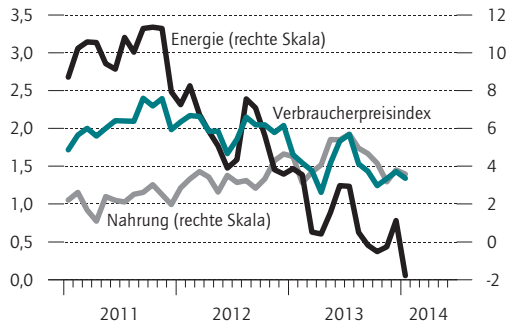
Die Teuerung ist auch im Februar mit einer Rate von 1,2 Prozent moderat geblieben (Abbildung 14). Während die Preise für Nahrungsmittel auch zu Jahresbeginn weiter deutlich stiegen, bremsten vor allem die rückläufigen Energiepreise die Inflation. Die Teuerungsrate ohne Berücksichtigung der Energiepreise dürfte jedoch bei 1,7 Prozent gelegen haben.

Im Prognosezeitraum werden sich vor allem die Nahrungsmittel weiter verteuern, wenngleich nicht mehr so deutlich wie im Vorjahr, als vor allem höhere Erzeugerkosten in der energieintensiven Landwirtschaft und Produktionsengpässe die Nahrungsmittelpreise getrieben haben. Auf der Basis der unterstellten Ölpreisentwicklung (Kasten 1) entwickeln sich die Energiepreise im Jahr 2014 rückläufig und ziehen erst zum Jahreswechsel wieder an. Während Preissteigerungen beim Strom im Januar zunächst ausbleiben, zeichnet sich bereits ab, dass die Erhöhung der EEG-Umlage zum Jahreswechsel mit leichter Verzögerung im ersten und zweiten Quartal 2014 an die Verbraucher weitergereicht wird.

4 Für die Auswirkungen etwaiger Beschäftigungsverluste bis zu einer Größenordnung von einer halben Million, vgl. Fichtner et al.: Wintergrundlinien 2013/14, DIW Wochenbericht Nr. 51+52/2013.

Abbildung 14

Teuerungsraten nach dem Verbraucherpreisindex
In Prozent gegenüber dem Vorjahr



Quelle: Destatis.

© DIW Berlin 2014

Die Entwicklung der Energiepreise dämpfte zuletzt die Inflation.

Vor dem Hintergrund des starken Euro und günstiger Einfuhrpreise aus dem Euroraum wird die Kerninflation ohne Energie und Nahrung mit 1,5 Prozent im Jahr 2014 noch verhalten bleiben. Zudem dämpfen die Energiepreise die Produktionskosten; dies spiegelt sich zeitverzögert auch in den Verbraucherpreisen wider. Im Jahr 2015 wird die Kernrate mit 1,6 Prozent leicht höher liegen. Preistreibend wirkt im kommenden Jahr vor allem die inländische Entwicklung: die Konsumnachfrage zieht an und die Kapazitätsauslastung nimmt zu, so dass sich die – auch wegen des Mindestlohns – steigenden Löhne auch in den Preisen niederschlagen.

Insgesamt wird die Teuerungsrate mit 1,4 Prozent in diesem Jahr und 1,6 Prozent im kommenden Jahr moderat ausfallen. Unter der alternativen Annahme real konstanter Ölpreise läge die Teuerungsrate mit 1,6 Prozent im Jahr 2014 und 1,9 Prozent im Jahr 2015 höher.

Steigende Beschäftigung führt nun auch zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich weiter aufgehellt: Die Beschäftigung zieht seit dem Herbst leicht beschleunigt an, und die Zahl der Arbeitslosen sinkt nunmehr etwas. Die Arbeitskräftenachfrage reicht – anders als noch im Herbst – inzwischen aus, die Arbeitslosigkeit zu verringern, obwohl das Erwerbspersonenpotential zunimmt. Allerdings wird die jüngste Entwicklung stark vom außerordentlich milden Winter begünstigt; Produktions- und Beschäftigungseinschränkungen fielen deshalb viel geringer als saisonal üblich aus.

Das Erwerbspersonenpotenzial nimmt vor allem wanderungsbedingt zu. Nach ersten amtlichen Schätzungen dürfte der Wanderungsgewinn nochmals zugelegt haben – auf reichlich 400 000.[5] Der weitaus größte Teil davon sind Erwerbspersonen.[6] Im Dezember 2013 war die Zahl der Arbeitnehmer (sozialversicherungspflichtig sowie geringfügig Beschäftigte) aus den 2004 zur EU beigetretenen Staaten um 71 000 höher als ein Jahr zuvor, bei den Südeuropäern betrug der Zuwachs 38 000, bei Bulgaren und Rumänen 26 000. Insgesamt stieg bei diesen Gruppen die Zahl der Arbeitssuchenden um 48 000 und die der Arbeitslosen um 22 000.[7] Die Unterbeschäftigung der Zuwanderer schlägt sich also nur teilweise in der Arbeitslosenstatistik nieder. Zudem nahm das Erwerbspersonenpotential zu, weil sich der Trend zur verstärkten Erwerbsbeteiligung fortgesetzt hat. Im dritten Quartal belief sich die Erwerbsquote der deutschen Staatsbürger (Erwerbstätige und Erwerbslose bezogen auf die Bevölkerung im Alter von 16 bis 74 Jahren) auf 68,3 Prozent; ein Jahr zuvor waren es 67,9 Prozent.

Zugenommen hat allein die abhängige Beschäftigung, während die Zahl der Selbständigen weiter gesunken ist (Tabelle 4). Das mag mit der günstigen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zusammenhängen. Dadurch verlieren Existenzgründungen, die nicht selten aufgrund mangelnder Beschäftigungsalternativen erfolgen, an Attraktivität.[8] Die abhängige sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat in allen Wirtschaftsbereichen angezogen. Besonders stark waren zum Ende des letzten Jahres hin die Zuwächse bei der Leiharbeit sowie – wohl auch witterungsbedingt – im Baugewerbe, kaum zusätzliche Arbeitsplätze gab es dagegen bei der öffentlichen Verwaltung. Die Zahl der Personen, die ausschließlich einen Minijob ausüben, stagniert indes. Allerdings wächst die Zahl derjenigen Arbeitnehmer, die neben ihrer ersten Tätigkeit einen Minijob ausüben.[9]

Trotz des außergewöhnlich milden Wetters war die je Kopf geleistete Arbeitszeit im vierten Quartal 2013 kaum höher als ein Jahr zuvor. Saisonbereinigt ist die je Arbeitnehmer erbrachte Arbeitszeit sogar gesunken. Dabei machte sich bemerkbar, dass viele Feier-

5 Vgl. Statistisches Bundesamt: Erneuter Anstieg der Bevölkerung für 2014 erwartet. Pressemitteilung vom 8. Januar 2014.

6 Brenke, K., Neubecker, N.: Struktur der Zuwanderungen verändert sich deutlich. DIW Wochenbericht Nr. 49/2013.

7 Bundesagentur für Arbeit, Statistik: Hintergrundinformation. Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit und der EU-Schuldenkrise auf den deutschen Arbeitsmarkt. Berichtsmonat: Dezember 2013. Nürnberg, Februar 2014.

8 Zum antizyklischen Verlauf von Existenzgründungen vgl. Fritsch, M., Kritikos, A., Pijnenburg; K.: Unternehmensgründungen nehmen zu, wenn die Konjunktur abflaut. DIW Wochenbericht Nr. 12/2013.

9 Dabei kann es sich auch um die Zusammenlegung mehrerer Minijobs handeln; in diesem Falle zählen die Beschäftigten in der Regel dann als Sozialversicherungspflichtige.

Kasten 1

Annahmen

Die vorliegende Prognose stützt sich auf folgende Annahmen (Tabelle 1). Die EZB-Geldpolitik bleibt expansiv ausgerichtet. Die Renditen zehnjähriger deutscher Staatsanleihen steigen weiter moderat an, da deren Bedeutung als sichere Anlageform leicht zurückgeht. Unter dem Strich bleiben die Unternehmenszinsen niedrig und wirken weiterhin stimulierend. Der nominale Wechselkurs zwischen US-Dollar und Euro wird gemäß der üblichen Konvention über den Prognosezeitraum als konstant angenommen; in dieser Prognose wird der durchschnittliche Wechselkurs der vergangenen 30 Tage unterstellt. Der Stichtag, der allen Annahmen zugrunde liegt, ist der 3. März. Für die Ölpreisentwicklung werden die Futures auf Brentöl herangezogen, die einen leichten Rückgang im Prognosezeitraum anzeigen. Die Tariflöhne auf Stundenbasis legen im laufenden Jahr um 2,6 Prozent zu, im kommenden Jahr um 2,7 Prozent.

Tabelle 1

Annahmen dieser Prognose

		2013	2014	2015
EZB-Leitzins	Prozent	0,54	0,25	0,25
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	0,2	0,3	0,3
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit 10-jähriger Restlaufzeit	2,7	2,4	2,3
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit 10-jähriger Restlaufzeit	1,6	1,8	1,9
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,33	1,36	1,36
Tariflöhne (in % geg. Vorjahr)	Änderung gegenüber Vorjahr	2,4	2,5	2,3
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	108,9	109,1	106,7
Erdölpreis	Euro/Barrel	81,9	80,2	78,4

© DIW Berlin 2014

Tabelle 2

Finanzpolitische Maßnahmen[1]

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–) in Mrd. Euro gegenüber 2013

	2014	2015
Alterseinkünftegesetz	–0,9	–1,9
Erhöhung des Grundfreibetrags	–1,6	–1,8
Schrittweise Abschaffung der Eigenheimzulage	–0,3	–0,4
Erhöhung der Tabaksteuer	0,2	0,4
Jahressteuergesetz 2013	–0,0	–0,8
Sonstige steuerliche Maßnahmen[2]	–0,5	–0,5
zusätzliche Ausgaben des Bundes für Verkehrsinfrastrukturinvestitionen	–0,5	–1,2
Ausgaben zur Beseitigung von Flutschäden	–1,0	2,0
Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung[3]	0,1	0,1
Zusätzliche Ausgaben des Bundes für Kitas[4]	0,9	1,6
Betreuungsgeld	–0,6	–0,6
Anhebung des Rgelsatzes bei Hartz IV zum 01.01.2014	–0,5	–0,5
Einsparungen bei disponiblen Ausgaben bei der Bundesagentur	0,1	0,2
Diskretionäre Maßnahmen von Ländern und Gemeinden	0,1	0,2
Verzicht auf Gewinn- und Zinseinnahmen zugunsten Griechenlands	–0,1	–0,1
Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung zum 01.01.2013 um 0,6 Prozentpunkte	–0,1	–0,2
Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 01.01.2015 um 0,3 Prozentpunkte		3,6
Senkung des Zusatzbeitrag zur Gesetzlichen Krankenversicherung zum 01.01.2015 um 0,2 Prozentpunkte		–2,4
Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung[5]	–4,4	–8,8
Gesetz zur Neuausrichtung der Sozialen Pflegeversicherung	–0,2	–1,0
Honorarerhöhung bei niedergelassenen Ärzten	–0,7	–0,8
Insgesamt	**–10,1**	**–12,9**
In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in Prozent	**–0,4**	**–0,4**

1 Ohne makroökonomische Rückwirkungen, ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit der Banken- und EU-Schuldenkrise.
2 Urteil zum Ehegattensplitting bei eingtragenen Lebensgemeinschaften, Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz, Einführung einer Brennelementesteuer, Gesetz zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts, Strompreiskompensation.
3 Zusätzliche Ausgaben des Bundes zur energetischen Sanierung von Bundesgebäuden, Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden.
4 Aufstockung der Kita-Ausgaben im Zuge der Verhandlungen über den Fiskalpakt, Aufstockung der Kita-Ausgaben aufgrund des Koalitionsvertrages.
5 Mütterrente, abschlagsfreier Rentenzugang mit 63 Jahren für Versicherte mit 45 Beitragsjahren, Lebensleistungsrente, Änderungen bei der Rente wegen Erwerbsunfähigkeit, Änderungen bei den Leistungen für Rehabilitation.

Quellen: BMF; Berechnungen und Schätzungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

tage in Arbeitswochen fielen und nicht wenige Beschäftigte die entstehenden Brückentage genutzt haben, um Urlaub zu nehmen. Dem Trend nach nimmt aber die individuell geleistete Arbeitszeit etwas zu. Das liegt neben der vermehrten Aufnahme einer Nebentätigkeit wohl auch daran, dass bei den Teilzeit- und bei den Vollzeitstellen länger gearbeitet wird. Hinzu kommt aktuell ein konjunktureller Effekt: Betriebliche Arbeitszeitverkürzungen, die wegen einer unsicheren Auftragslage im letzten Jahr genutzt wurden, sind in Anbetracht der verbesserten wirtschaftlichen Aussichten von den Unternehmen mehr und mehr zurückgenommen worden.

Die Löhne sind zuletzt gemächlicher gestiegen. Die Bruttolöhne je Arbeitnehmer waren im letzten Quartal 2013 um zwei Prozent höher als im entsprechenden Zeitraum des vorhergehenden Jahres; bei den Stundenlöhnen fiel der Anstieg kaum geringer aus. Die Zuwächse liegen unter den tariflich vereinbarten Lohnanhebun-

Die Finanzpolitik wird im Prognosezeitraum expansiv ausgerichtet sein (Tabelle 2). So dürften in diesem Jahr verstärkt Mittel aus dem Fluthilfefonds abgerufen und verbaut werden. Zudem ist im Zuge der Koalitionsverhandlungen beschlossen worden, dass zusätzliche Mittel für den Ausbau von Kitas bereitgestellt werden, die zeitnah abgerufen werden dürften, da einige Kommunen noch immer nicht in der Lage sind, den gesetzlichen Anspruch auf die Bereitstellung eines Betreuungsplatzes für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr zu gewährleisten. Auch will der Bund seine Ausgaben für Verkehrsinfrastrukturinvestitionen erhöhen, was im späteren Prognosezeitraum zu Mehrausgaben führen dürfte.

Vor allem aber wirken die Maßnahmen im Bereich der Sozialversicherungen expansiv. So kommt es bei der gesetzlichen Rentenversicherung zu deutlichen Leistungsausweitungen. Neben der sogenannten „Mütterrente", die nunmehr auch Mütter von vor 1992 geborenen Kindern beim Rentenbezug besser stellt und einer Lebensleistungsrente ist dies vor allem die „Rente mit 63", nach der Versicherte mit mindestens 45 Beitragsjahren ohne Abschläge vorgezogen Rente beantragen können.

Die Finanzpolitik beabsichtigt zudem, die Höhe des allein von den Arbeitnehmern zu tragenden Zusatzbeitrags zur Krankenversicherung künftig von den Krankenkassen festlegen zu lassen. Damit werden Zusatzbeiträge in Zukunft von der Finanzlage der jeweiligen Kasse abhängen. Diese ist bei einigen zurzeit gut und es ist davon auszugehen, dass der durchschnittliche Zusatzbeitrag im kommenden Jahr sinken wird; in dieser Prognose ist unterstellt, dass er um 0,2 Prozentpunkte zurückgeführt wird.

Alles in allem wird von der Finanzpolitik in beiden Jahren ein expansiver Impuls von 0,4 Prozentpunkten ausgehen.

Tabelle 4

Arbeitsmarktbilanz
In Millionen Personen

	2011	2012	2013	2014	2015
Erwerbstätige im Inland	**41,15**	**41,61**	**41,84**	**42,10**	**42,20**
Selbständige und mithelf. Familienangehörige	4,55	4,55	4,48	4,46	4,47
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte[1]	28,47	29,01	29,39	29,57	29,79
Beamte, Richter, Zeit- und Berufssoldaten	1,88	1,89	1,89	1,90	1,90
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte (Minijobber)	4,86	4,80	4,80	4,80	4,77
Sonstige	1,39	1,36	1,28	1,37	1,27
+/– Pendler, Beschäftigtigte in staatlichen Einrichtungen des Auslandes bzw. im Ausland etc.	–0,05	–0,06	–0,06	–0,06	–0,06
Erwerbstätige Inländer	**41,10**	**41,54**	**41,78**	**42,04**	**42,13**
Erwerbslose	**2,50**	**2,32**	**2,26**	**2,12**	**2,09**
Erwerbspersonen	**43,60**	**43,86**	**44,04**	**44,16**	**44,22**
Nachrichtlich:					
Arbeitslose	2,97	2,90	2,95	2,89	2,83
Arbeitslosenquote BA[2] – in Prozent	7,1	6,8	6,9	6,7	6,5
Arbeitslosenquote SGB[3] – in Prozent	9,4	9,1	9,1	8,9	8,7
Erwerbslosenquote VGR[4] – in Prozent	5,7	5,3	5,1	4,8	4,7
Erwerbslosenquote ILO-Statistik – in Prozent	5,9	5,5	5,3	5,0	4,9
Erwerbstätige am Wohnort nach ILO – 1 000	39,64	39,95	40,33	40,60	40,69

1 Bis 2011 einschl. Personen im Freiwilligendienst.
2 Registriete Arbeitslose bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.
3 Registrierte Arbeitslose bezogen auf die Summe von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und registrierten Arbeitslosen.
4 Erwerbslose bezogen auf die Summe der Erwerbstätigen nach VGR und der Erwerbslosen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Schätzungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

gen von 2,3 Prozent. Dies dürfte wie bereits im dritten Quartal daran gelegen haben, dass die Sonderzahlungen weniger als im Vorjahr zulegten. Offenbar hinken die nicht tarifgebundenen Arbeitsplätze bei den Lohnzuwächsen hinterher.

Das Arbeitsmarktgeschehen wird in diesem und im nächsten Jahr auch von politischen Interventionen beeinflusst. Zum einen ist vorgesehen, ab Anfang 2015 einen allgemeinen, gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro brutto je Stunde einzuführen. Bis Ende 2016 werden solche Tarifbereiche von der generellen Regelung ausgenommen, in denen tarifvertraglich ein Mindestlohn vereinbart wurde. Nach bisherigen Berechnungen müssten ohne diese Ausnahme bei etwa 4,5 Millionen Arbeitnehmern die Entgelte angehoben werden.[10] Unklar ist allerdings, wie viele davon in den ausgeklammerten Wirtschaftszweigen tätig sind. Überdies stehen noch Entscheidungen über weitere mögliche Ausnahmetatbestände aus; in der Diskussion ist, dass für bestimmte Gruppen von Arbeitnehmern (Rentner, Schüler und Studenten) sowie für bestimmte Tätigkeiten (Saisonarbeit) eine gesetzliche Lohnuntergrenze nicht gelten soll. Zudem ist es sehr wahrscheinlich, dass die Mindestlohnregelungen unterlaufen werden – etwa durch unbezahlte Mehrarbeit oder die Umwandlung von abhängiger Beschäftigung in Arbeit auf Werkvertragsbasis. Die Zahl der Arbeitnehmer, die faktisch unter die Mindestlohnregelung fallen wird, dürfte daher viel geringer sein als bisher geschätzt; eine Zahl in der Größenordnung von drei Millionen ist durchaus realistisch.

10 Vgl. Brenke, K.: Mindestlohn: Zahl der anspruchsberechtigten Arbeitnehmer wird weit unter fünf Millionen liegen. DIW Wochenbericht Nr. 5/2014.

Wenn ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt wird, besteht die Gefahr, dass Arbeitsplätze abgebaut werden. Wie hoch deren Zahl sein könnte, lässt sich kaum abschätzen. In der hier vorgelegten Prognose wird unterstellt, dass sich die negativen Beschäftigungswirkungen im Laufe des Jahres 2015 auf 100 000 Jobs belaufen werden.[11] Einzelwirtschaftlich kann es zu Beschäftigungsverlusten kommen, gesamtwirtschaftlich macht sich der Effekt vor allem dadurch bemerkbar, dass ansonsten mögliches Beschäftigungswachstum nicht realisiert wird. Anzunehmen ist zudem, dass in Folge einer Mindestlohnregelung die gesamtwirtschaftliche Produktivität, die je Kopf sowie je Arbeitsstunde gezahlten Löhne und die durchschnittliche individuelle Arbeitszeit ansteigen – aber nur geringfügig.[12]

Zum Zweiten soll für Personen mit 45 Beitragsjahren bei der gesetzlichen Rentenversicherung der Zugang zum Bezug der gesetzlichen Altersrente ohne Abschlagszahlungen ab dem 63. Lebensjahr ermöglicht werden. Hier wird angenommen, dass die Regelung wie geplant ab Mitte 2014 wirksam wird.[13]

Die Reform wird sich mindernd auf die Zahl der Erwerbspersonen auswirken. Für eine Quantifizierung ist eine Reihe von Annahmen erforderlich. Vergleichsweise einfach abschätzen lässt sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die Mitte dieses Jahres das Alter von 63 Jahren erreichen werden: Sie beläuft sich auf etwas mehr als 400 000 (2015: reichlich 300 000). Hinzuzuzählen sind 65 000 Arbeitslose (2015: 55 000) im entsprechenden Alter.[14] Von beiden Gruppen werden aber viele keine 45 Beitragsjahre vorweisen können. Angenommen wird, dass das nur für reichlich ein Viertel der Beschäftigten und ein Sechstel der Arbeitslosen zutrifft – also in diesem Jahr für 108 000 Beschäftigte und 11 000 Arbeitslose. Im nächsten Jahr werden es unter derselben Annahme 81 000 beziehungsweise 9 000 Anspruchsberechtigte sein. Weil sich die Gruppe der älteren Erwerbstätigen zu einem großen Teil aus gut qualifizierten Personen zusammensetzt,[15] die daher oft nicht nur eine monetäre, sondern auch eine intrinsische Motivation mit ihrem Job verbindet, dürften überdies längst nicht alle Begünstigten aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Manche werden an ihrem Arbeitsverhältnis festhalten. Denkbar ist auch, dass andere zwar die gesetzliche Rente in Anspruch nehmen, aber trotzdem erwerbstätig bleiben. Eine entsprechende Möglichkeit wäre, das Beschäftigungsverhältnis so zu verändern, dass aus einem abhängigen Job eine Arbeit auf Werksvertragsbasis wird. Unterstellt wird, dass 2014 etwas mehr als die Hälfte der beschäftigten Begünstigten – 60 000 – infolge der früheren Verrentung den Arbeitsmarkt verlassen. Anders sieht es dagegen wohl bei den begünstigten Arbeitslosen aus: Von ihnen wird der allergrößte Teil – 9 000 – aus dem Erwerbsleben ausscheiden; nur wenige dürften – etwa in Form eines Minijobs – trotz Rentenbezugs erwerbstätig sein. Unter identischen Annahmen ergibt sich für das nächste Jahr eine Minderung des Erwerbspersonenpotentials aufgrund der „Rente mit 63“ in Höhe von insgesamt reichlich 50 000 Personen (gut 43 000 Beschäftigte und mehr als 7 000 Arbeitslose).

Dem Effekt dieser Reform wirken Wanderungsgewinne entgegen. Zudem dürfte die Erwerbsbeteiligung bei den Personen unter 63 Jahren sowie den Personen ab 65 Jahren weiter zunehmen. Unter dem Strich übertrifft die Zahl der Erwerbspersonen in diesem Jahr das Vorjahresergebnis um 110 000 und 2015 um 70 000.

Wegen der anziehenden Produktion setzt sich der zuletzt starke Beschäftigungsaufbau fort. Im nächsten Jahr nimmt die Beschäftigung dann mit geringerem Tempo zu. Dies liegt daran, dass sich das Wachstum der Wertschöpfung nicht weiter beschleunigt und die Produktivität anzieht. Zudem wirkt die Mindestlohnregelung, insbesondere bei konsumnahen und manchen unternehmensnahen Diensten, bremsend auf den Beschäftigungsaufbau. Die Zahl der Erwerbstätigen wird 2014 um 260 000 oder 0,6 Prozent höher sein als im vorhergehenden Jahr; 2015 beläuft sich der Zuwachs auf 100 000 oder 0,2 Prozent. Das Arbeitsvolumen legt etwas stärker zu – um 0,7 beziehungsweise 0,3 Prozent. Weil in jahresdurchschnittlicher Betrachtung die Zahl der Erwerbspersonen auch in diesem Jahr noch deutlich anzieht, baut sich die Zahl der Arbeitslosen langsamer – um 60 000 – auf knapp 2,9 Millionen ab. Im nächsten Jahr, wenn sich der vorgezogene Rentenzugang stärker bemerkbar macht, wird sich der Rückgang

11 Das entspricht drei Prozent derjenigen Arbeitsplätze, bei denen die Mindestlohnregelung unmittelbar greifen wird. In einer gerade veröffentlichten Studie für den US-Kongress wurde ermittelt, welche Beschäftigungseffekte sich ergeben, wenn in den USA der Mindestlohn von derzeit 7,25 auf 10,10 US-Dollar – also um 40 Prozent – angehoben wird. Bei 16,5 Millionen Beziehern von Mindestlöhnen käme es zu einem Verlust von 0,5 Millionen oder drei Prozent der Jobs. Vgl.: Congress of the United States, Congressional Budget Office: The Effects of a Minimum-Wage Increase on Employment and Family Income. Washington D.C. 2014. Der Lohnanstieg von 7,25 auf 10,10 US-Dollar entspricht der Anhebung der Löhne bei den Geringverdienern, die infolge der Einführung gesetzlicher Mindestlöhne in Deutschland nötig ist.

12 Vgl. Fichtner, F. et al.: Konjunktur nimmt Fahrt auf. DIW Wochenbericht Nr. 51+52/2013, 22 f.

13 Wegen noch ungeklärter Detailfragen hinsichtlich der Berücksichtigung von Zeiten der Arbeitslosigkeit könnte sich der Termin aber um einige Monate verschieben.

14 Geschätzt anhand einer Sonderrechnung der Bundesagentur für Arbeit, bei der Beschäftigten per 30. Juni 2013 und die Arbeitslosen per Februar 2014 nach Altersjahren ermittelt wurden. An dieser Stelle danken die Autoren Jochen Kiewitt und Gabriele Bytom vom Statistik-Datenzentrum der Bundesagentur für Arbeit für ihre freundliche Unterstützung.

15 Vgl. Brenke, K., Zimmermann, K. F.: Ältere auf dem Arbeitsmarkt. IZA-Standpunkte Nr. 43 (2011).

trotz des verringerten Beschäftigungswachstums ebenfalls auf 60 000 belaufen.

Die Löhne werden etwas stärker als im vergangenen Jahr zulegen; darauf deuten jüngste Tarifabschlüsse wie der für die Chemieindustrie und die Lohnforderungen der Gewerkschaften – etwa für den öffentlichen Dienst (Bund, Kommunen) – hin. In diesem Jahr werden die Bruttolöhne je Arbeitnehmer um knapp 2,3 Prozent höher als im vergangenen Jahr sein, bei den Stundenlöhnen ergibt sich wegen der längeren Arbeitszeiten ein Zuwachs von lediglich 1,5 Prozent. Im nächsten Jahr beträgt das Plus bei den Pro-Kopf-Löhnen 3,0 Prozent und bei den Stundenentgelten 2,4 Prozent.

Privater Verbrauch kurbelt Wirtschaftswachstum an

Im Schlussquartal 2013 hat der Konsum der privaten Haushalte leicht nachgegeben. Dies lag vor allem am schwachen Zuwachs der verfügbaren Einkommen, die der Rückgang der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen belastet hat. Aber auch die Abzüge haben erneut merklich gedämpft: vom Anstieg der Lohnsumme blieb den Verbrauchern netto kaum mehr als im Vorquartal.

Die privaten Haushalte profitieren von der anhaltend guten Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und den spürbaren Lohnsteigerungen. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte in diesem Jahr ebenso deutlich steigen, wie im vergangenen Jahr. Im kommenden Jahr wird der Beschäftigungsaufbau etwas Schwung verlieren. Die Lohnentwicklung bleibt jedoch kräftig. Im kommenden Jahr verstärkt der Mindestlohn den Lohnanstieg etwas. In der Summe übersteigen die Löhne in beiden Jahren mit Raten von knapp über drei Prozent das Vorjahresniveau merklich. Netto fällt die Lohnsumme im laufenden Jahr jedoch geringer aus, da die Abgaben deutlich stärker zulegen als die Bruttolöhne und -gehälter. Im kommenden Jahr zeigt sich diese Diskrepanz nicht mehr: Zwar kommt es im nächsten Jahr nicht nochmal zu einer Anhebung des Grundfreibetrages, dafür legen aber die von den Arbeitnehmern zu entrichtenden Sozialbeiträge nur wenig zu. Die monetären Sozialleistungen steigen in beiden Jahren spürbar, auch wegen der Leistungsausweitungen für Rentenbezieher. Im kommenden Jahr nehmen sie wegen der sinkenden Arbeitslosenzahlen weniger stark zu. Unter dem Strich steigen die Masseneinkommmen in beiden Jahren um etwa drei Prozent. Zudem legen die Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit sowie aus Vermögen, die den privaten Haushalten zufließen, in diesem Jahr um gut zwei Prozent zu; dabei unterzeichnet der jahresdurchschnittliche Zuwachs, der durch die rückläufige Entwicklung im Schlussquartal des vergangenen Jahres verzerrt wird, die im Verlauf merkliche Belebung. Im kommenden Jahr beträgt der Zuwachs im Durchschnitt sogar viereinhalb Prozent. Alles in allem liegen die verfügbaren Einkommen im Jahr 2014 um 2,7 Prozent höher als im vergangenen Jahr, im kommenden Jahr steigen sie um 3,4 Prozent.

Die Sparquote dürfte auf ihrem Niveau verharren: Zwar kommen aufgrund der kräftigen Lohnsteigerungen die Einkommen zunehmend in der Breite der Bevölkerung an – und damit auch bei Haushalten mit einer im Vergleich zu den Empfängern von Gewinn- und Vermögenseinkommen niedrigen Sparquote.[16] Allerdings werden im Zuge der weltweiten konjunkturellen Erholung Vermögensanlagen attraktiver, was für sich genommen die Spartätigkeit anregen dürfte.

Bei anhaltend niedrigen Teuerungsraten führen die Einkommenszuwächse zu einer merklichen Ausweitung der privaten Konsumausgaben. Bereits im laufenden Vierteljahr dürfte der private Konsums kräftig zulegen; darauf deuten die Einzelhandelsumsätze hin, die im Januar knapp anderthalb Prozent höher lagen als im Durchschnitt des vierten Quartals. Auch das hohe und zuletzt weiter gestiegene Konsumentenvertrauen spricht für spürbare Zuwächse beim privaten Verbrauch. Dieser dürfte, auch aufgrund des niedrigen Ausgangsniveaus zu Jahresbeginn, im Durchschnitt des Jahres 2014 zwar nur bei 1,2 Prozent liegen, im kommenden Jahr dann aber mit 1,7 Prozent höher ausfallen.

Allmähliche Erholung der Ausrüstungsinvestitionen

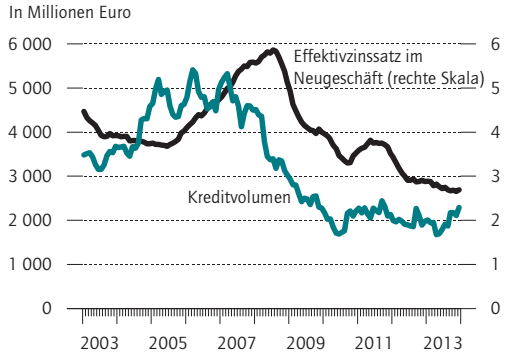
Die Ausrüstungsinvestitionen gingen im vergangen Jahr um 2,4 Prozent zurück, nachdem sie bereits 2012 mit vier Prozent deutlich nachgegeben hatten. Es zeichnet sich allerdings eine allmähliche Erholung ab. Bereits seit Mitte des vergangenen Jahres werden die Investitionen moderat ausgeweitet.

In der ersten Jahreshälfte 2014 wird sich das Investitionstempo weiterhin nur langsam beschleunigen. Die Auftragseingänge aus dem Inland, die heimischen Umsätze der Investitionsgüterproduzenten und die Importe von Investitionsgütern folgten zum Jahresende einer Seitwärtsbewegung; die Investitionsgüterproduktion wurde nur langsam ausgeweitet. Seit dem Jahreswechsel wirkt sich zudem die Verschärfung der EU-Abgasnorm auf die Erneuerung des Lkw-Fuhrparks aus: Die

16 Vgl. Fichtner, F., Junker, S., Schwäbe, C. (2012): Die Einkommensverteilung – eine wichtige Größe für die Konjunkturprognose. DIW Wochenbericht Nr. 22/2012.

Abbildung 15

Zinsniveau und Neugeschäftsvolumen von Unternehmenskrediten über einer Million Euro
Gleitende 6-Monats-Durchschnitte



Quellen: Bundesbank; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Trotz des niedrigen Zinsniveaus steigt das Kreditvolumen kaum.

vorgezogenen Käufe schwerer Lkw im vierten Quartal 2013 schlagen sich derzeit in einer Absatzflaute nieder.[17]

Allerdings sind die Rahmenbedingungen für Investitionen weiter günstig: Die Wachstumserwartungen in Deutschland sind positiv. Die Rezession im Euroraum scheint überwunden und die Unsicherheit der Unternehmen flaut weiter ab. Von einem niedrigen Niveau ausgehend ziehen die Kreditzinsen, bei kaum veränderten Vergabestandards, weiterhin nur leicht an (Abbildung 15). Die Unternehmen verfügen zudem über ein solides Eigenkapitalpolster. Laut ifo Investitionstest haben die Industrieunternehmen ihre Investitionsabsichten für das laufende Jahr deutlich erhöht. Der positive Ausblick schlägt sich in einer merklichen Stimmungsverbesserung der Investitionsgüterhersteller nieder: seit rund einem Jahr ist der ifo Geschäftsklimaindex der Investitionsgüterhersteller sowohl in der Lagebeurteilung als auch bei den Geschäftsaussichten im Trend aufwärtsgerichtet. Der Boden für eine merkliche Steigerung der Investitionstätigkeit im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums ist somit bereitet.

Nach einem verhaltenen Jahresbeginn wird die Investitionstätigkeit ab der zweiten Jahreshälfte 2014 mit Quartalsraten über zwei Prozent deutlicher anziehen; insgesamt werden die Ausrüstungsinvestitionen im laufenden Jahr um rund sechs Prozent zulegen. Diese Dynamik setzt sich 2015 fort. Im Vorjahresvergleich werden die Ausrüstungsinvestitionen dann um gut neun Prozent ausgeweitet. Allerdings liegt die Investitionsquote zum Ende des Prognosezeitraums noch immer unter dem Niveau des Vorkrisenzeitraums.

Der Bau bleibt Stützpfeiler der Konjunktur

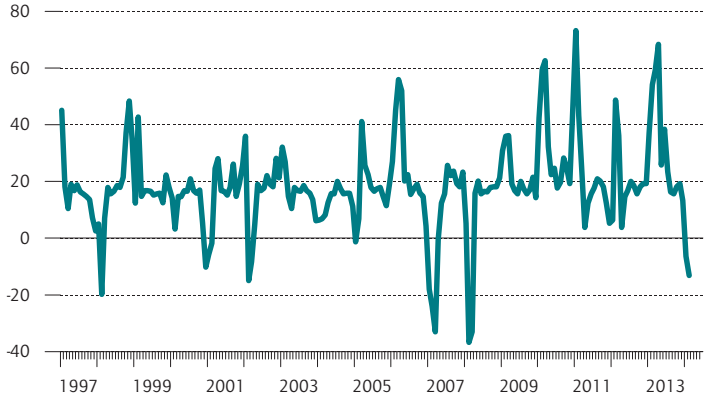
Die Bauinvestitionen wurden im Jahresdurchschnitt 2013 um knapp 0,1 Prozent ausgeweitet. Das insgesamt schwache Ergebnis täuscht aber darüber hinweg, dass sowohl der Wohnungsbau als auch die öffentlichen Bauinvestitionen im Jahresverlauf kräftige Zuwächse verzeichneten. Hingegen blieb der Wirtschaftsbau auch in der zweiten Jahreshälfte 2013 schwach. Dies ändert sich allerdings im Prognosezeitraum: sowohl 2014 als auch 2015 werden alle Bausparten den konjunkturellen Aufschwung stützen (Tabelle 5).

Maßgeblicher Treiber bleibt zunächst der Wohnungsbau. Die Zahl der zum Bau genehmigten Wohnungen hat im Jahr 2013 ein Zehnjahreshoch erreicht. Die nach wie vor sehr guten Rahmenbedingungen motivieren Bauherren und Investoren aktuell noch, Bauvorhaben umzusetzen: die Erwartungen zur Einkommensentwicklung und die Aussichten am Arbeitsmarkt bleiben positiv; der seit Mitte des vergangenen Jahres zu beobachtende Hypothekenzinsauftrieb hat sich zuletzt deutlich verlangsamt. Der äußerst milde Winter lässt zudem einen starken Jahresbeginn erwarten (Abbildung 16). Allerdings sprechen einige Faktoren für ein Abflauen der Wohnungsbaukonjunktur im späteren Verlauf des Prognosezeitraums. Die derzeitige Dynamik geht

17 Der Verband der Automobilhersteller (VDA) rechnet damit, dass die zweistelligen Absatzzugewinne zum Ende des vergangenen Jahres mit entsprechenden Einbrüchen im laufenden Jahr einhergehen. Angesichts der Nachfrageschwäche reduzieren die Nutzfahrzeuge-Hersteller derzeit vor allem durch den Abbau von Leiharbeit ihre Produktionskapazitäten.

Abbildung 16

Witterungsbedingte Behinderungen der Bautätigkeit
Saldo der Antworten der Bauunternehmen insgesamt



Quelle: ifo Institut.

© DIW Berlin 2014

Die Witterung hat die Bautätigkeit im Winterhalbjahr bisher kaum eingeschränkt.

Tabelle 5

Veränderung der realen Bauinvestitionen
In Prozent gegenüber dem Vorjahr

	Anteile 2013	2011	2012	2013	2014	2015
Wohnungsbau	58,7	8,9	1,1	0,8	4,3	1,8
Nichtwohnungsbau	41,3	6,4	−4,6	−0,8	3,9	2,0
Gewerblicher Bau	29,7	8,7	−1,9	−1,8	0,8	2,5
Öffentlicher Bau	11,6	1,4	−10,8	1,7	11,2	0,9
Bauinvestitionen	100,0	7,8	−1,4	0,1	4,1	1,9

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

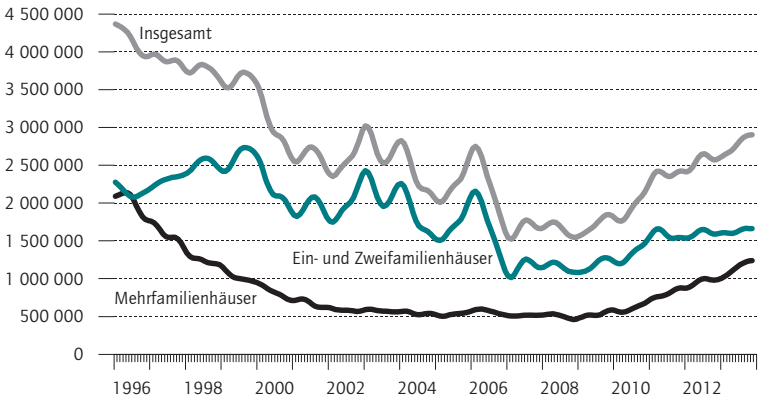
maßgeblich vom Geschosswohnungsbau aus (Abbildung 17), bei dem Renditemotive die Investitionstätigkeit treiben. Für Anleger verlieren diese Investitionen jedoch an Attraktivität. So ist die Unsicherheit im Zusammenhang mit der Krise im Euroraum abgeebbt und die Funktion von Immobilien als „sicherer Hafen" in den Hintergrund getreten. In diesem Zusammenhang verliert auch die Sorge vor Inflation als Investitionsmotiv an Bedeutung. Außerdem haben Immobilien- und Bodenpreise in der jüngeren Vergangenheit vor allem in den attraktiven Lagen der Metropolen deutlich zugelegt; dies schmälert die erwartete Renditen. Teilweise wird in diesem Zusammenhang bereits von erheblichen Überbewertungen berichtet.[18] Zudem trüben politische Weichenstellungen die Aussichten: sowohl die angekündigte Einführung einer „Mietpreisbremse" als auch die Beschneidung der Modernisierungsumlage dürften die Investitionsneigung dämpfen.

Der Wirtschaftsbau wird leicht zulegen. Hier spielt angesichts der konjunkturellen Belebung und der zunehmenden Auslastung der Unternehmen vor allem der Erweiterungsbedarf eine Rolle. Für eine anziehende Bautätigkeit sprechen auch die relativ gut gefüllten Auftragsbücher und die im Trend weiter aufwärtsgerichteten Baugenehmigungen bei Büro- und Verwaltungsgebäuden.

Die öffentlichen Bauinvestitionen entwickelten sich auch im zweiten Halbjahr 2013 äußerst kräftig. Dies reflektiert vor allem die verbesserte Finanzlage der Kommunen und die dort offenbar zunehmende Investitionsbereitschaft. Auch scheinen öffentliche Bauherren die derzeit milden Witterungsbedingungen zu nutzen, um Bauprojekte zu beginnen. Das erreichte Investitionsniveau wird im Prognosezeitraum nur noch leicht ausgeweitet. Im laufenden Jahr werden die im Fluthilfefonds bereitgestellten Mittel die Investitionstätigkeit beleben. Zudem hat die Bundesregierung zusätzliche Gelder zur Erneuerung der Infrastruktur in Aussicht gestellt, die die Bautätigkeit aber erst ab dem Jahr 2015 merklich stützen. Der öffentliche Bau legt in diesem Jahr vor allem aufgrund des hohen Ausgangsniveaus äußerst kräftig zu.

Abbildung 17

Genehmigtes Neubauvolumen (Trend)
Summe veranschlagter Baukosten; 1 000 Euro in jeweiligen Preisen



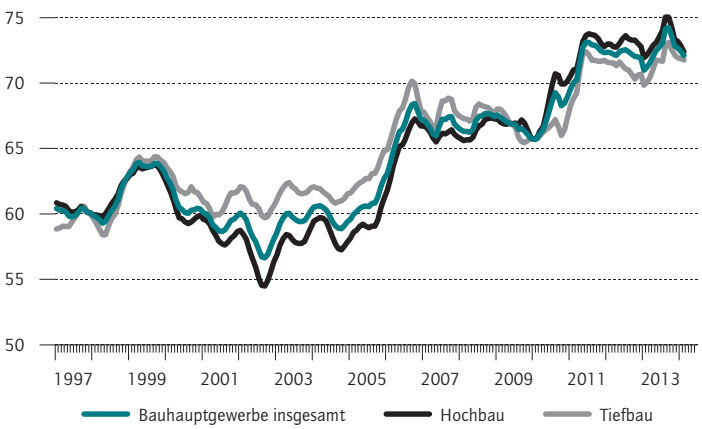
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Die Dynamik in den Baugenehmigungen wurde in den vergangenen beiden Jahren verstärkt durch den Geschosswohnungsbau getrieben.

Abbildung 18

Maschinenauslastung im Baugewerbe
Gleitende 6-Monats-Durchschnitte (saisonbereinigt)



Quellen: ifo Institut; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Am aktuellen Rand sinkt die Auslastung der Betriebe des Baugewerbes merklich.

18 Von einer erheblichen Überbewertung, gerade in den großen Zentren, spricht die Bundesbank in ihren Monatsberichten Oktober/2013 und Februar/2014. Auch der Sachverständigenrat betont in seinem Gutachten die starken Preissteigerungen in der jüngeren Vergangenheit und sieht das Potential für Überbewertungen.

Trotz der insgesamt robusten Baukonjunktur und einer hohen Auslastung der Betriebe war der Preisauftrieb zuletzt vergleichsweise schwach. Dies ist vor allem auf die Ölpreisentwicklung zurückzuführen, die auch im Prognosezeitraum annahmegemäß leicht rückläufig ist. Ferner haben die Bauunternehmen ihre Kapazitäten zuletzt spürbar ausgeweitet. Dies hat die Auslastung, die in den Sommermonaten 2013 ein Allzeithoch erreicht hatte, deutlich reduziert (Abbildung 18); der Preisdruck wird auch deshalb moderat bleiben.

Außenhandel: Importe etwas dynamischer als Exporte

Die Exporte sind im Schlussquartal 2013 um 2,6 Prozent gegenüber dem Vorquartal gestiegen, auch wenn sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit weiter verschlechtert hat (Abbildung 19).[19] Insbesondere die Warenausfuhren legten kräftig zu, die Dienstleistungsexporte stagnierten nach den beiden starken Sommerquartalen allerdings. Im Zuge der Belebung in den USA wurden die Lieferungen dorthin deutlich ausgeweitet, und auch die Ausfuhren in die EU und nach Asien nahmen wieder zu (Abbildung 20).

Im weiteren Verlauf werden die Exporte dank der anziehenden Weltkonjunktur weiter zulegen. So sind die Aufträge aus dem Ausland im vierten Quartal 2013 merklich gestiegen und auch die Exporterwartungen des Verarbeitenden Gewerbes bleiben seit Beginn des Jahres 2014 trotz eines leichten Rückgangs im Februar auf hohem Niveau (Abbildung 21). Nach dem starken Schlussquartal 2013 dürften die Ausfuhren im ersten Quartal 2014 jedoch etwas weniger stark steigen. Die Auslandsnachfrage, sowohl aus dem Euroraum als auch weltweit, wird sich im weiteren Verlauf nach und nach beleben und damit zu leicht anziehenden Zuwachsraten der Exporte führen (Kasten 2). Auch wenn die Bedeutung der Länder des Euroraums seit der Krise abgenommen hat, macht deren Anteil am Gesamtexport Deutschlands immer noch rund 40 Prozent aus. Darüber hinaus werden die Exporteure im Prognosezeitraum von der anziehenden Nachfrage aus den Schwellenländern profitieren, denn diese Länder nehmen mittlerweile knapp 30 Prozent der deutschen Ausfuhren ab. Allerdings dürfte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit auch weiterhin etwas verschlechtern und damit die Exporttätigkeit leicht dämpfen. Die Exporte haben im Jahr 2013 um 0,8 Prozent expandiert und dürften in diesem Jahr – auch aufgrund des hohen Ausgangsniveaus zu Jahresbeginn – um 6,2 Prozent zulegen. Im kommenden Jahr werden sie wohl um 6,7 Prozent steigen.

Die Einfuhren nahmen im vierten Quartal trotz der kräftigen Ausweitung der Exporte nur mit 0,6 Prozent zu. Während die Importe aus den außereuropäischen Ländern und insbesondere aus Asien rückläufig waren, sind die Lieferungen aus dem Euroraum und aus der EU gestiegen. Bei den Einfuhren von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, Metallen, Vorleistungs- und Investitionsgütern waren deutliche Zuwächse zu verzeichnen, allerdings wurden zuletzt auch deutlich weniger Energie und elektronische Erzeugnisse importiert.

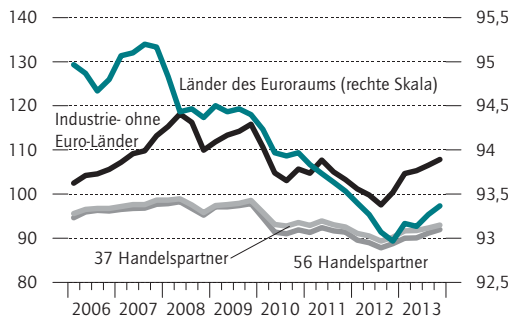
Nach der schwachen Entwicklung im vierten Quartal dürften die Importe im ersten Quartal wieder stärker ausgeweitet werden. Auch in den kommenden Quartalen werden die Einfuhren bei steigender Exporttätigkeit und anziehender Inlandsnachfrage wohl mit Raten von knapp zwei Prozent zulegen. Im Jahr 2015 dürften sich die Zuwächse allerdings leicht verringern, da dann die Binnendynamik etwas abflacht. Insgesamt werden die Importe in diesem Jahr um 6,4 Prozent und im Jahr 2015 um 7,4 Prozent zunehmen.

Auch wenn die Importe im Verlauf des Prognosezeitraums etwas stärker ausgeweitet werden als die Expor-

19 Im Vorjahresvergleich entwickelten sich die Exporte allerdings erstmals seit dem Jahr 2010 schwächer als die Auslandsnachfrage, was unter anderem auf die Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit seit Mitte 2012 zurückzuführen ist. In den Vorjahren waren die Exporte stets kräftiger als die Auslandsnachfrage gestiegen, da die Exporteure auch aufgrund einer Verbesserung ihrer preislichen Wettbewerbsfähigkeit Marktanteile gewinnen konnten.

Abbildung 19

Preisliche Wettbewerbsfähigkeit
Realer effektiver Wechselkurs
auf Basis der Verbraucherpreise



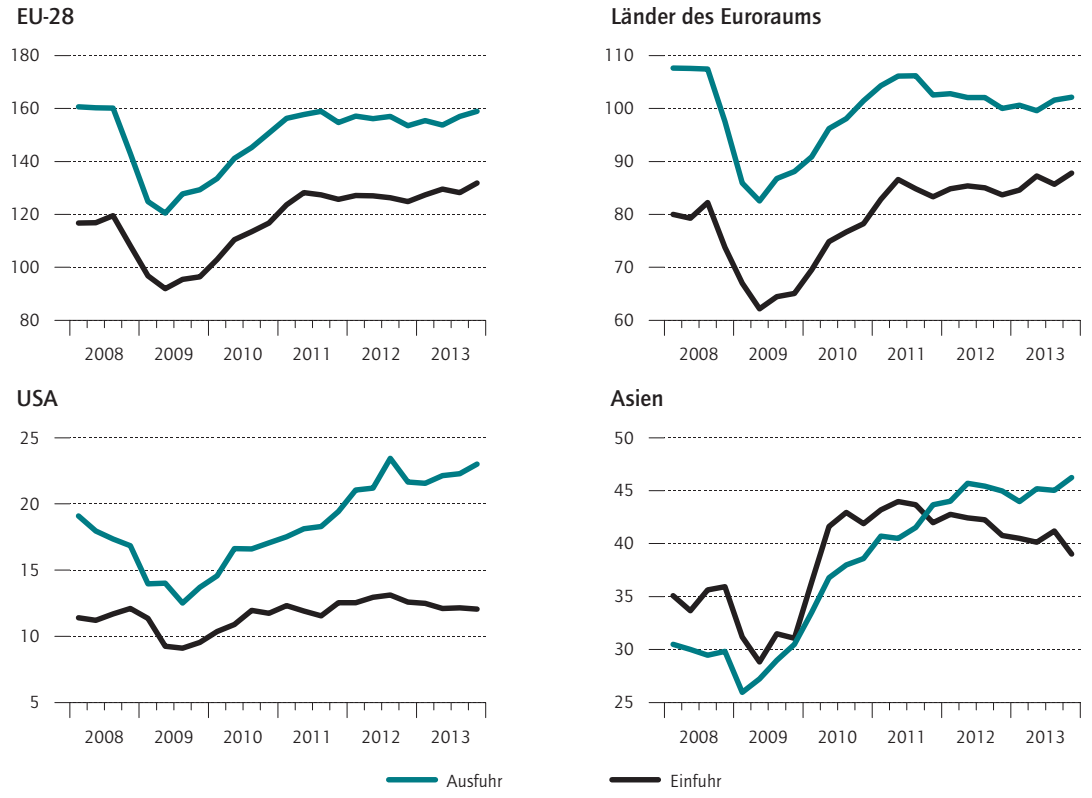
Quellen: Bundesbank; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Aufgrund der realen Aufwertung hat sich die deutsche preisliche Wettbewerbsfähigkeit seit Mitte 2012 weiter verschlechtert.

Abbildung 20

Außenhandel nach Regionen
In Milliarden Euro, saisonbereinigt



Quellen: Bundesbank; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Während die Ausfuhren zuletzt auf breiter Front gestiegen sind, waren die Einfuhren aus den USA und Asien rückläufig.

te, steigt der Außenbeitrag von 6,3 Prozent im vergangenen Jahr auf 6,7 Prozent im Jahr 2014 und 6,6 Prozent im Jahr 2015; schon im Schlussquartal 2013 war er aufgrund der schwachen Entwicklung der Importe auf 7,2 Prozent geklettert. Damit trug der Außenhandel 1,1 Prozentpunkte zum Wachstum im vierten Quartal bei. Insgesamt dürfte der Expansionsbeitrag des Außenhandels ab dem zweiten Quartal jedoch aufgrund der verhältnismäßig starken Importe wieder nahe null liegen.

Die Außenhandelspreise waren im Januar weiter rückläufig, wobei die Einfuhrpreise aufgrund des schwachen Ölpreises deutlicher als die Ausfuhrpreise fielen. Die Terms of Trade haben sich damit weiter verbessert – sowohl im Vergleich zum Vorjahr als auch gegenüber dem Vormonat (Abbildung 22). Für das erste Quartal 2014 weisen die Einfuhrpreise auf einen weiteren Rückgang des Importdeflators um rund 0,2 Prozent hin, der Exportdeflator wird dagegen wohl stagnieren. Bei anziehender Nachfrage in den Abnehmerländern und zunehmender Kapazitätsauslastung hierzulande dürften die Exporteure höhere Produktionskosten teilweise an ihre Kunden weitergeben, so dass die Exportpreise im Prognosezeitraum wieder steigen werden. Auch die Einfuhren werden sich aufgrund der anziehenden Konjunktur wohl wieder verteuern. Dank der leicht rückläufigen Ölpreise dürfte die Inflation der Einfuhrpreise allerdings etwas geringer ausfallen als die der Ausfuhrpreise. Folglich werden sich die Terms of Trade im Prognosezeitraum geringfügig verbessern.

Öffentliche Haushalte: Gelockerter Ausgabenkurs schlägt sich nieder

Zum zweiten Mal in Folge schloss der öffentliche Gesamthaushalt im vergangenen Jahr mit einem Überschuss ab. Die Finanzlage der öffentlichen Hand bleibt

Kasten 2

Die Auslandsnachfrage als Determinante der deutschen Exporte

Seit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich die Struktur des Außenhandels verändert. Während wichtige Abnehmerländer aus dem Euroraum und insbesondere die Krisenländer ihre Nachfrage nach deutschen Produkten verringert haben, ist der Anteil der Ausfuhren in die Schwellenländer gestiegen. Damit hat sich die Zusammensetzung der Auslandsnachfrage und folglich auch die Relevanz einzelner Länder und Regionen für die deutschen Exporteure verändert. Im Folgenden wird die Zusammensetzung der Auslandsnachfrage und deren Bedeutung für die Prognose der Ausfuhren diskutiert.

Neben der preislichen Wettbewerbsfähigkeit wird die Exporttätigkeit maßgeblich durch die weltwirtschaftliche Aktivität bestimmt. Je stärker das weltweite Wachstum, desto höher ist tendenziell auch die Nachfrage nach deutschen Gütern und Dienstleistungen. Eine steigende Weltproduktion geht dementsprechend mit einem steigenden Welthandel und steigenden Ausfuhren einher.

Darüber hinaus spielt für die Erklärung der Exportentwicklung aber auch eine Rolle, inwieweit die deutschen Exporteure vom Wachstum der Weltwirtschaft profitieren. So entwickeln sich die Ausfuhren dann besonders kräftig, wenn das Wachstum in solchen Ländern besonders stark ist, die einen großen Teil der deutschen Ausfuhren aufnehmen.

Die Tabelle zeigt die Anteile der wichtigsten Handelspartner Deutschlands an den deutschen Exporten im Zeitraum 2000 bis 2012. Insgesamt machen die Ausfuhren in die genannten Länder und Regionen rund zwei Drittel der deutschen Ausfuhren aus. Über die vergangene Dekade hinweg haben sich die Gewichte einzelner Länder und Ländergruppen und damit deren Bedeutung für die deutschen Ausfuhren teils deutlich verändert. So ist der Exportanteil der Mitgliedstaaten des Euroraums im Zuge der Finanz- und Schuldenkrise auf knapp 40 Prozent im Jahr 2012 zurückgegangen. Im Jahr 2000 waren noch rund 45 Prozent der deutschen Exporte in den Euroraum geliefert worden. Demgegenüber hat die Bedeutung der Schwellen- und Entwicklungsländer zugenommen. Ihr Anteil an den deutschen Exporten ist seit Beginn des Beobachtungszeitraums um mehr als zehn Prozentpunkte auf knapp 30 Prozent gestiegen. Der Anteil der Ausfuhren nach China lag zuletzt beispielsweise bei über fünf Prozent und damit über dem Anteil der deutschen Ausfuhren nach Spanien. Solche

Tabelle

Exportgewichte einzelner Länder an den deutschen Ausfuhren
In Prozent, Veränderung in Prozentpunkten

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	Veränderung 2000–2012
Frankreich	11,4	11,1	10,7	10,6	10,3	10,2	9,6	9,5	9,5	10,1	9,9	10,1	10,1	**–1,3**
Italien	7,6	7,5	7,3	7,4	7,2	6,9	6,7	6,7	6,3	6,3	6,5	6,2	5,4	**–2,2**
Spanien	4,3	4,5	4,6	4,9	5,0	5,1	4,7	4,9	4,4	3,9	3,8	3,5	3,0	**–1,3**
Niederlande	6,5	6,2	6,1	6,2	6,2	6,1	6,3	6,5	6,7	6,6	7,0	6,9	6,9	**0,4**
Vereinigtes Königreich	8,3	8,4	8,3	8,4	8,3	7,9	7,3	7,2	6,5	6,6	6,5	6,5	7,1	**–1,3**
USA	10,3	10,6	10,3	9,3	8,8	8,8	8,6	7,6	7,2	6,7	5,5	5,6	6,3	**–4,0**
Japan	2,2	2,1	1,9	1,8	1,7	1,7	1,5	1,3	1,3	1,4	1,1	1,1	1,2	**–1,0**
Südkorea	0,8	0,7	0,8	0,8	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	1,0	0,9	1,0	1,0	**0,3**
Osteuropa[1]	8,9	8,7	9,4	9,8	10,0	10,3	11,1	11,7	12,3	11,3	12,2	12,8	12,6	**3,6**
Russland	1,1	1,6	1,8	1,8	2,0	2,2	2,6	2,9	3,3	2,6	2,7	3,1	3,3	**2,2**
China	1,6	1,9	2,2	2,8	2,9	2,7	3,1	3,1	3,5	4,7	4,9	5,1	5,1	**3,5**
Indien	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,5	0,7	0,8	0,8	1,0	1,0	1,0	0,9	**0,6**
Brasilien	0,8	0,9	0,8	0,6	0,6	0,7	0,6	0,7	0,9	0,9	1,0	1,0	1,0	**0,2**
Mexiko	0,8	0,8	0,8	0,7	0,7	0,8	0,7	0,7	0,7	0,6	0,7	0,7	0,8	**0,0**
Summe	65,1	65,2	65,3	65,5	65,1	64,8	64,5	64,5	64,2	63,6	63,7	64,7	64,9	**–0,2**
Euroraum	45,4	44,4	43,8	44,7	44,9	44,6	43,4	43,8	42,8	42,6	43,0	42,0	39,9	**–5,5**
Andere Industrieländer	36,8	36,7	36,3	34,9	33,9	33,4	32,6	31,3	30,3	30,6	29,3	29,6	30,9	**–5,9**
Schwellen-/Entwicklungsländer	17,5	18,6	19,6	20,2	21,0	21,8	23,5	24,6	26,5	26,3	27,6	28,3	29,0	**11,5**

1 Albanien, Bosnien, Bulgarien, Kroatien, Tschechische Republik, Ungarn, Lettland, Litauen, Mazedonien, Polen, Rumänien, Serbien, Türkei.

Quellen: Datastream; IWF DOTS; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Während der Anteil der Ausfuhren in den Euroraum zurückgegangen ist, haben die Schwellenländer an Bedeutung gewonnen.

Strukturverschiebungen mögen langfristig zwar trendbehaftet sein, kurzfristig unterliegen die Absatzstrukturen aber deutlichen Schwankungen.

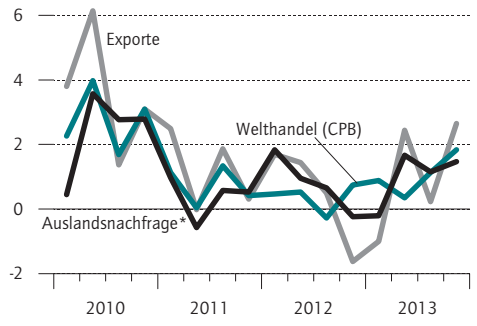
Um die künftige Entwicklung der deutschen Exporte abschätzen zu können, ist eine Prognose der Auslandskonjunktur notwendig. Für die Vorhersage der künftigen Nachfrage aus dem Ausland werden in den Prognosen des DIW Berlin in einem ersten Schritt die Importe der anteilig größten Abnehmerländer prognostiziert. In einem zweiten Schritt wird die Auslandsnachfrage als gewogener Durchschnitt der Importaktivität im Ausland berechnet. Die Gewichte entsprechen dabei den Anteilen dieser Handelspartner an den deutschen Exporten. Ein Blick auf die Abbildung zeigt, dass diese Variable eng mit den Exporten zusammenhängt.

Mit der Verwendung der (export)gewichteten ausländischen Importe als Maß für die Auslandsnachfrage wird sowohl der Entwicklung der Weltwirtschaft, als auch der Partizipation des deutschen Außenhandels daran Rechnung getragen. Insgesamt wird damit die Konsistenz zwischen der Prognose der deutschen Exporte und der Prognose der weltwirtschaftlichen Entwicklung sichergestellt. Darüber hinaus werden strukturelle Veränderungen mit Blick auf die Zusammensetzung der Auslandsnachfrage mit einbezogen.

Abbildung

Auslandsnachfrage und deutsche Exporte

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent



* *Importe der wichtigsten Handelspartner Deutschlands gewichtet mit Anteilen am deutschen Gesamtexport.*

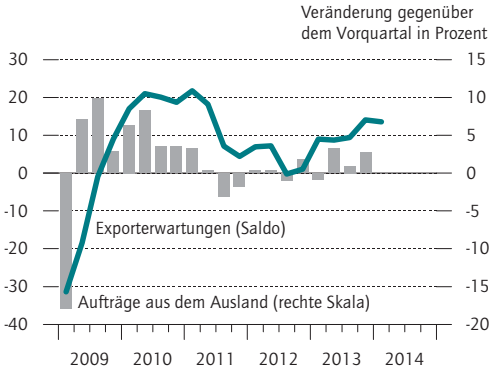
Quellen: CPB; Datastream; Destatis; IWF DOTS; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Die Exporte sind eng mit den gewichteten ausländischen Importen verbunden.

Abbildung 21

Frühindikatoren für die Exportentwicklung



Der vorläufige Wert für das 1. Quartal 2014 ist als Durchschnitt der Monatswerte für Januar und Februar berechnet.

Quellen: Ifo-Institut; Destatis; Berechnungen des DIW Berlin.

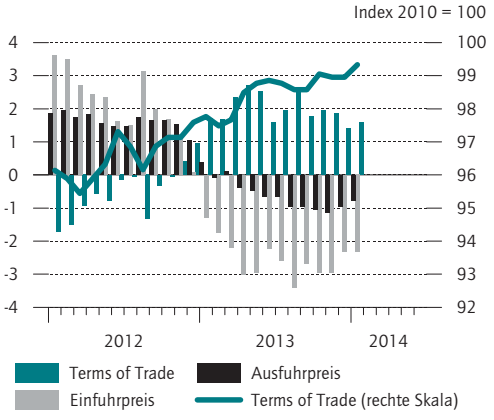
© DIW Berlin 2014

Die Aufträge aus dem Ausland sind im vierten Quartal deutlich gestiegen, die Exporterwartungen des Verarbeitenden Gewebes blieben zu Beginn des Jahres 2014 auf hohem Niveau.

Abbildung 22

Außenhandelspreise

Veränderungen gegenüber dem Vorjahresmonat in Prozent



Quellen: Bundesbank; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Da die Einfuhrpreise stärker als die Ausfuhrpreise gefallen sind, haben sich die Terms of Trade weiter verbessert.

auch im Prognosezeitraum relativ entspannt, allerdings schlägt sich der deutlich gelockerte Ausgabenkurs nieder.

Die Einnahmen des Staates werden im Prognosezeitraum weiter expandieren. Die Steuereinnahmen steigen merklich, allerdings nicht mehr so dynamisch wie in den vergangenen Jahren. Dies gilt vor allem für die Lohnsteuer. Zwar nehmen die Pro-Kopf-Löhne auch in diesem Jahr deutlich zu, so dass progressionsbedingte Mehreinnahmen anfallen. Dem wirkt aber die nochmalige Anhebung des Grundfreibetrags entgegen. Im kommenden Jahr, in dem eine solche Anhebung nicht mehr vorgesehen ist und zudem die Löhne pro Arbeitnehmer kräftiger zunehmen, wird die Lohnsteuer wieder merklich expandieren. Die übrigen Einkommen- und Vermögensteuern legen bereits in diesem Jahr dynamischer als im Vorjahr zu, denn die Gewinneinkommen steigen wieder stärker. Demgegenüber werden sich die indirekten Steuern in diesem Jahr verhalten entwickeln, denn die nominalen Konsumausgaben der privaten Haushalte nehmen ähnlich schwach wie im Vorjahr zu. Erst wenn diese im Jahr 2015 kräftiger zulegen, expandieren auch die indirekten Steuern stärker. Alles in allem werden die Steuereinnahmen in diesem Jahr um 2,9 Prozent und im kommenden Jahr um 4,6 Prozent steigen.

Die Einnahmen des Staates aus Sozialbeiträgen nehmen kräftig zu. Im Prognosezeitraum wird nach wie vor insbesondere die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausgeweitet, denn weder der Mindestlohn noch die „Rente mit 63“ haben gravierende negative Auswirkungen und die Lohnzuwächse sind spürbar. Wurde die Entwicklung der Sozialbeiträge in den vergangenen zwei Jahren durch eine Senkung des Beitragssatzes in der gesetzlichen Rentenversicherung gedämpft, so entfällt eine solche Senkung – obwohl eigentlich angezeigt – in diesem Jahr.[20] Die Beitragseinnahmen steigen um 3,4 Prozent. Im kommenden Jahr wird der Beitragssatz zur Pflegeversicherung leicht erhöht. Allerdings zeichnet sich eine Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Krankenversicherung ab. Zukünftig soll lediglich der paritätisch finanzierte Beitragssatz von 14,6 Prozent einheitlich festgelegt werden. Der darüber hinausgehende, allein von den Arbeitnehmern zu tragende, Beitragssatz soll von den jeweiligen Krankenkassen bestimmt werden. Je nach deren Finanzsituation werden die Beitragssätze damit wieder zu einem Wettbewerbsargument um Versicherte. Dies und die gute Finanzlage einiger Krankenkassen dürften dazu führen, dass der durchschnittlich von den Versicherten zu zahlende Beitragssatz im kommenden Jahr niedriger sein dürfte. In dieser Prognose ist angenommen, dass er im kommenden Jahr um einen halben Prozentpunkt niedriger liegen wird.[21] Da die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse wie auch die Lohnsumme kräftig steigen, werden die Sozialbeiträge alles in allem im kommenden Jahr ebenfalls mit 3,4 Prozent zulegen.

Die weiteren Einnahmen des Staates entwickeln sich eher verhalten. Zwar wird die Gewinnabführung der Bundesbank in diesem Jahr wieder deutlich höher sein als in den durch die Finanzkrise geprägten Vorjahren. Allerdings werden beispielsweise die Zinseinnahmen mit der weiteren Rückführung von Engagements des Staates im Zusammenhang mit der Finanzkrise zurückgehen oder die Entwicklung der Einnahmen aus Verkäufen durch die Abschaffung von Studiengebühren gedämpft. Alles in allem werden die Einnahmen des Staates in diesem Jahr mit 2,9 Prozent und im kommenden Jahr mit 3,8 Prozent steigen.

Auch die Ausgaben des Staates werden im Prognosezeitraum kräftig zulegen. Die Vorleistungen expandieren merklich. Insbesondere auf kommunaler Ebene dürfte die gute Finanzlage mit höheren Ausgaben einhergehen; zudem werden Mittel aus dem Fluthilfefonds auch für Vorleistungskäufe verausgabt. Die Arbeitnehmerentgelte legen ebenfalls spürbar zu. Der im vergangenen Jahr auf Länderebene abgeschlossene Tarifvertrag zieht noch Erhöhungen nach sich, und für Bund und Kommunen steht wieder ein Abschluss an. Die sozialen Sachleistungen legen in den Jahren 2014 und 2015 kräftig zu – allerdings weniger als im Jahr 2013, als die Abschaffung der Praxisgebühr ausgabensteigernd wirkte. Zum einen ist die in diesem Bereich zugrunde liegende Kostendynamik hoch, zum anderen sind im vergangenen Jahr die Leistungen der sozialen Pflegeversicherung ausgeweitet worden, wodurch auch im Prognosezeitraum Mehrausgaben entstehen. Auch die Ärztehonorare dürften nochmals angepasst werden.

Die monetären Sozialleistungen werden im Prognosezeitraum merklich zulegen. Zwar geht die Zahl der Arbeitslosen deutlich zurück und mit ihr sinken die Ausgaben des Staates in diesem Bereich. Demgegenüber werden die Ausgaben der Rentenversicherung allerdings deutlich steigen. Zum einen sind die im Prognosezeitraum zur Jahresmitte erfolgenden Rentenanpassungen kräftig, denn die diesen zugrunde liegende Lohnentwicklung im jeweiligen Vorjahr ist spürbar. Zum

20 Nach der geltenden Rechtslage hätte der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung zu Beginn des Jahres 2014 zurückgeführt werden müssen. Im Hinblick auf die sich abzeichnenden Leistungsausweitungen zur Jahresmitte 2014 unterließ der Gesetzgeber dies aber.

21 Die Finanzsituation der einzelnen Krankenversicherungen weicht deutlich voneinander ab. Einer Senkung des durchschnittlich zu entrichtenden Zusatzbeitrags steht nicht entgegen, dass einzelne Versicherungen gezwungen sein könnten, ihn sogar zu erhöhen. Auch dürften die Krankenversicherungen im darauffolgenden Jahr gezwungen sein, diesen Beitragssatz wieder anzuheben, denn die Ausgaben werden infolge der demografischen Entwicklung dynamisch zulegen.

Tabelle 6

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren[1]

In Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs-saldo	*nachrichtlich:* Zinssteuer-quote[2]	Schuldenstand nach Maastricht
	insgesamt	*darunter:*		insgesamt	*darunter:*				
		Steuern	Sozialbeiträge		Zinsausgaben	Brutto-investitionen			
2000[3]	45,9	23,3	18,5	47,2	3,2	1,9	–1,3	13,6	59,7
2001	44,3	21,7	18,3	47,4	3,1	1,8	–3,1	14,1	58,8
2002	43,8	21,4	18,3	47,7	2,9	1,8	–3,8	13,8	60,4
2003	44,0	21,4	18,4	48,1	3,0	1,6	–4,1	14,0	64,0
2004	43,3	21,1	18,1	47,1	2,9	1,5	–3,8	13,6	66,3
2005	43,6	21,4	17,9	46,9	2,8	1,4	–3,3	13,3	68,6
2006	43,7	22,2	17,3	45,3	2,9	1,5	–1,7	12,9	68,1
2007	43,7	23,0	16,5	43,5	2,8	1,5	0,2	12,3	65,2
2008	44,0	23,1	16,5	44,1	2,8	1,6	–0,1	11,9	66,8
2009	45,2	23,1	17,3	48,3	2,7	1,8	–3,1	11,6	74,5
2010[4]	43,7	22,0	16,9	48,0	2,5	1,7	–4,4	11,5	82,4
2011	44,3	22,7	16,7	45,2	2,5	1,7	–0,8	11,1	79,9
2012	44,8	23,2	16,8	44,7	2,4	1,6	0,1	10,3	81,2
2013	44,7	23,2	16,8	44,7	2,2	1,6	0,0	9,3	79,1
2014	44,4	23,1	16,8	44,5	2,0	1,7	–0,1	8,6	76,8
2015	44,4	23,3	16,7	44,0	1,9	1,6	0,5	8,3	73,5

1 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
2 Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.
3 Ohne Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen (50,8 Milliarden Euro).
4 Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (4,4 Milliarden Euro).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin; 2014 und 2015: Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

anderen zeichnen sich deutliche Leistungsausweitungen ab, die ab Mitte dieses Jahres erhebliche Mehrausgaben nach sich ziehen werden. Alles in allem werden die monetären Sozialleistungen in jahresdurchschnittlicher Betrachtung in diesem Jahr mit 3,4 Prozent und im kommenden Jahr mit 2,8 Prozent steigen.

Die Investitionen des Staates haben im Verlauf des vergangenen Jahres nach und nach angezogen. Zwar sind aus dem Fluthilfefonds bislang kaum Mittel abgerufen worden und Investitionen zur Beseitigung der Flutschäden werden wohl erst nach und nach umgesetzt. Die Investitionstätigkeit der Kommunen, dem Hauptinvestor der öffentlichen Hand, nimmt aber zu, denn ihre Finanzlage verbessert sich zusehends – auch weil der Bund den Kommunen aufgrund des Koalitionsvertrages gegenüber der bisherigen Planung in den Jahren 2015 bis 2017 jeweils eine Milliarde Euro an zusätzlichen Mitteln zur Verfügung stellen wird. Zudem sollen zusätzliche Mittel für den Kita-Ausbau bereitgestellt werden, welche wohl relativ zeitnah verausgabt werden. Die Investitionen des Bundes dürften ebenfalls etwas stärker zulegen, denn im Koalitionsvertrag sind zusätzliche Mittel für Verkehrsinfrastrukturinvestitionen vorgesehen. Alles in allem werden die Bruttoinvestitionen in diesem Jahr mit 9,7 Prozent und im kommenden Jahr mit 2,3 Prozent steigen.

Die Vermögenstransfers des Staates werden in diesem Jahr aufgrund eines Einmaleffekts kräftig zunehmen. Im Jahr 2014 dürfte der EuGH ein Urteil zur Altersdiskriminierung bei der Beamtenbesoldung fällen. Da der EuGH in der Regel dem Gutachten des Generalanwalts folgt, dürfte festgestellt werden, dass bei der Besoldung in Deutschland jüngere Beamte diskriminiert werden. Damit dürften rückwirkende Gehaltszahlungen einschließlich des zurzeit noch nicht abgeschlossenen Haushaltsjahrs 2013 erfolgen; dies wird sich in den Vermögenstransfers des Staates im Jahr 2014 niederschlagen.

Alles in allem werden die Ausgaben des Staates in diesem Jahr mit 3,2 Prozent – und damit etwas stärker als die Einnahmen – und im kommenden Jahr mit 2,5 Prozent zunehmen. Damit dürfte der öffentliche Gesamthaushalt in diesem Jahr mit einem geringen Defizit abschließen. In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt liegt der Finanzierungssaldo bei –0,1 Prozent (Tabelle 6); unterbleibt eine weitere Lockerung des Ausgabenkurses wird im kommenden Jahr ein Überschuss erwirtschaftet, der in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt bei 0,5 Prozent liegt. In struktureller, also um konjunkturelle Überflüsse bereinigter, Betrachtung ist der Finanzierungssaldo in beiden Jahren positiv. In diesem Jahr verschlechtert er sich gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Prozentpunkte auf 0,2 Prozent. Im kommenden Jahr steigt er auf 0,5 Prozent.

Tabelle 7

Erwerbstätige, Produktivität und Wirtschaftswachstum

	Erwerbstätige (Inland)	Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				preisbereinigt, verkettete Voumenswerte			In jeweiligen Preisen	Deflator
				Insgesamt	je Erwerbstätigen	je Erwerbstätigenstunde		
	In Millionen		In Stunden	In Milliarden Euro	In Euro		In Milliarden Euro	2005 = 100
2008	40 348	35 868	1 422	2 408	59 680	42,0	2 473,8	102,7
2013	41 841	37 358	1 388	2 482	59 328	42,7	2 737,6	110,3
2018	42 740	38 200	1 389	2 690	62 932	45,3	3 239,6	120,4
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent								
2013/2008	0,7	0,8	−0,5	0,6	−0,1	0,4	2,0	1,4
2018/2013[1]	½	½	0	1 ½	1	1	3 ½	2

1 In dieser Projektion sind die Vorausschätzungen auf ¼-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Projektion des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Die wirtschaftliche Entwicklung in der mittleren Frist

Für die Projektion in der mittleren Frist wird angenommen, dass sich die Weltwirtschaft insgesamt robust entwickelt. Das Wachstum liegt sowohl in den entwickelten Volkswirtschaften als auch den Schwellenländern gegenüber den Jahren vor der Finanzkrise niedriger, die Dynamik in den Schwellenländern bleibt jedoch relativ hoch. Im Euroraum werden sich die strukturellen Anpassungen noch bis zum Ende des Projektionszeitraums fortsetzen, und die wirtschaftliche Expansion wird gedämpft verlaufen.

Unter diesen Rahmenbedingungen wird der Welthandel real um jahresdurchschnittlich gut sechs Prozent steigen. Der Ölpreis und der Wechselkurs zwischen Dollar und Euro werden für die mittlere Frist als konstant angenommen und beim für Ende 2015 unterstellten Niveau verharren. Der Ölpreis beträgt demnach 105,56 Dollar pro Barrel, der Wechselkurs 1,36 US-Dollar pro Euro.

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank wird vor dem Hintergrund der moderaten konjunkturellen Entwicklung im Euroraum expansiv ausgerichtet bleiben, zumal die Inflation nicht wesentlich ansteigen wird, auch weil die Kapazitätsauslastung niedrig bleibt. Für Deutschland wirkt die Geldpolitik damit sehr expansiv. Die Finanzpolitik wird in den Jahren 2016 bis 2018 in etwa neutral ausgerichtet sein. Die Vorgaben der Schuldenbremse werden im Projektionszeitraum erfüllt.

Auch die inländische Nachfrage expandiert kräftig. Das Arbeitsvolumen wird über den Projektionszeitraum hinweg oberhalb des langjährigen Trends liegen. Der daraus resultierende Anstieg des Realeinkommens wird den privaten Konsum spürbar anregen (Tabelle 7). Auch der Staatskonsum wird kräftig zulegen, vor allem weil sich die Arbeitnehmerentgelte im öffentlichen Dienst in vergleichbarem Ausmaß wie in der Gesamtwirtschaft erhöhen werden.

Tabelle 8

Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Bruttoinlandsprodukt	Konsumausgaben		Bruttoinvestitionen	Außenbeitrag
		private Haushalte	Staat		
In Milliarden Euro					
2008	2 473,8	1 388,5	451,9	476,4	155,8
2013	2 737,6	1 573,0	533,0	458,5	173,7
2018	3 239,6	1 834,7	640,0	579,0	187,1
Anteile am Bruttoinlandsprodukt in Prozent					
2008	100	56,1	18,3	19,3	6,3
2013	100	57,5	19,5	16,7	6,3
2018	100	56 ½	19 ¾	17 ¾	5 ¾
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent					
2013/2008	2	2,5	3,4	−0,8	–
2018/2013[1]	3 ½	3	3 ¾	5	–

1 In dieser Projektion sind die Vorausschätzungen auf ¼-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Projektion des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Der Wohnungsbau und die Ausrüstungsinvestitionen entwickeln sich, auch dank der günstigen Finanzierungsbedingungen, weiter recht kräftig. Angesichts der entspannten Finanzlage wird der öffentliche Bau merklich zulegen. Die Investitionsquote wird mittelfristig steigen. Die Exporte werden aufgrund der weltwirtschaftlichen Nachfragesituation und der sich lohnbedingt leicht verschlechternden preislichen Wettbewerbsfähigkeit weniger stark expandieren als im Durchschnitt des vergangenen Jahrzehnts. Der Anteil der Exporte in die Euroländer wird dabei zurückgehen (Tabelle 8).

Kasten 3

Potentialschätzung

Die mittelfristige Projektion des Produktionspotentials beruht auf dem Methodenrahmen, der von der Europäischen Kommission verwendet wird.[1] Als Grundlage für die Potentialschätzung dient eine Cobb-Douglas-Produktionsfunktion mit den Einsatzfaktoren Arbeit und Kapital. Zusätzlich wird das Trendwachstum der Totalen Faktorproduktivität (TFP) berücksichtigt. Dieser Trend wird aus dem Solow-Residuum berechnet und erfasst jenen Teil des Produktionspotential, der nicht durch die Faktoren Arbeit und Kapital erklärt werden kann.

Die Investitionen werden aufgrund der positiven Nachfrageentwicklung und des günstigen Finanzierungsumfelds bis 2018 stärker ausgeweitet als das Produktionspotential. Daraus ergibt sich bis 2018 ein durchschnittlicher Wachstumsbeitrag des Einsatzfaktors Kapital von 0,4 Prozentpunkten. Das potentielle Arbeitsvolumen in Stunden wird bis 2018 durchschnittlich einen Wachstumsbeitrag von 0,2 Prozentpunkten leisten. Dies wird vor allem durch eine höhere Erwerbsbeteiligung erreicht, die im Projektionszeitraum um jahresdurchschnittlich 0,6 Prozent steigen wird. Die Zunahme wird sich insbesondere über die erhöhte Neigung zur Erwerbstätigkeit von Frauen und Personen über 55 Jahren ergeben. Damit wird angenommen, dass sich die seit Mitte der 2000 er Jahre zu beobachtende Entwicklung fortsetzt, die sich aus dem Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes ergibt.[2]

Die Tendenz hin zu einer höheren Erwerbsbeteiligung wird durch die Einführung der „Rente mit 63" abgemildert. Aufgrund des demografisch bedingten Anwachsens der Anzahl der Anspruchsberechtigten im Zeitablauf wird der Effekt zunehmen. Für die Jahre von 2016 bis 2018 wird angenommen, dass sich 58 000, 66 000 und 70 000 Personen zusätzlich aus dem Erwerbsleben zurückziehen.

Die Anzahl der Stunden je Erwerbstätigen wird weiter rückläufig sein. Dies ist vor allem auf den größer werdenden Anteil älterer Arbeitnehmer zurückzuführen, die häufiger zu einer Teilzeitbeschäftigung neigen.[3] Die strukturelle Erwerbslosenquote als weiterer Bestimmungsfaktor des potentiellen Arbeitsvolumens geht seit rund einem Jahrzehnt zurück und wird sich 2018 auf 4,1 Prozent belaufen.

Tabelle

Wachstum des realen Produktionspotentials
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent

	2008–2013	2013–2018
Produktionspotential	1,2	1,4
Wachstumsbeiträge		
Arbeitsvolumen	0,3	0,2
Kapitalvolumen	0,4	0,4
Totale Faktorproduktivität	0,5	0,7

Differenzen bei der Aggregation entstehen durch Rundungseffekte.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Europäische Kommission; Projektion des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Das Erwerbspersonenpotential, die erwerbsfähigen Personen zwischen 15 und 74 Jahren, sinkt aufgrund der natürlichen Bevölkerungsbewegung im Projektionszeitraum weiter.[4] Dies kann durch den positiven Wanderungssaldo nicht ausgeglichen werden. Der positive Wanderungssaldo von 400 000 Personen im Jahr 2013 wird sich bis zum Ende des Projektionszeitraums auf 100 000 zurückbilden. Die Arbeitslosigkeit und insbesondere auch die Jugendarbeitslosigkeit bleiben in den Krisenländern der Eurozone hoch und werden viele Personen zur Auswanderung in die wenigen stabilen Länder wie Deutschland bewegen. Allerdings ist davon auszugehen, dass sich die Zuwanderung aus den Krisenländern mit der dortigen wirtschaftlichen Entspannung abschwächt. Aus Mittel- und Osteuropa ist weiterhin eine hohe Einwanderung nach Deutschland zu erwarten. In diesem Jahr wird den Arbeitnehmern aus Bulgarien und Rumänien die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit gewährt, so dass es zu einem merklichen Anstieg der Zuwanderung kommen wird. Der mittelfristig deutlich positive Wanderungssaldo wird den Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 2014 und 2018 somit abschwächen. Insgesamt verringert sich das Erwerbspersonenpotential um jahresdurchschnittlich 0,3 Prozent.

Schließlich wird der Trend der Totalen Faktorproduktivität einen Wachstumsbeitrag von 0,7 Prozentpunkten leisten. Alles in allem wird gemäß der vorliegenden Projektion das reale Produktionspotential bis 2018 um jahresdurchschnittlich 1,4 Prozent zunehmen (Tabelle).

1 Für eine ausführliche Beschreibung dieser Methode siehe D'Auria, F., Denis, C., Havik, K., Mc Morrow, K., Planas, C., Raciborski, R., Röger, W., Rossi, A. (2010): The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates and Output Gaps. Europäische Kommission in ihrer Reihe European Economy - Economic Papers Nummer 420.

2 vgl. Statistisches Bundesamt, Mikrozensus.

3 Brenke, K.: Immer mehr Menschen im Rentenalter erwerbstätig. DIW Wochenbericht Nr. 6/2013.

4 Für die natürliche Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials in der mittleren Frist wird die 12. Vorausberechnung des Statistischen Bundesamtes (Modellrechnung „Wanderungssaldo Null") aus dem Jahre 2009 herangezogen und für die vergangenen Jahre an die tatsächliche Entwicklung der Bevölkerung angepasst.

Die kräftige binnenwirtschaftliche Entwicklung wird zu einer spürbaren Zunahme der Importe führen, die etwas stärker als die Exporte steigen. Der Saldo der Handelsbilanz in Relation zum Bruttoinlandsprodukt geht zurück. Da die Auslandseinkommen anteilig zur Wirtschaftsleistung zunehmen, baut sich der Leistungsbilanzsaldo hingegen kaum ab.

Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt zwischen 2013 und 2018 jahresdurchschnittlich um 1,5 Prozent steigen. Die seit der zweiten Jahreshälfte 2013 negative Produktionslücke wird sich 2015 schließen (Kasten 3). Das nominale Bruttoinlandsprodukt wächst jahresdurchschnittlich um 3 ½ Prozent, die Teuerung liegt bei knapp zwei Prozent.

Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | ffichtner@diw.de

Guido Baldi ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Franziska Bremus ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

Karl Brenke ist Wissenschaftlicher Referent beim Vorstand des DIW Berlin

Christian Dreger ist Forschungsdirektor International Economics am DIW Berlin

Hella Engerer ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Christoph Große Steffen ist Doktorand in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Simon Junker ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Claus Michelsen ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik

Philip Müller ist Praktikant in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Maximilian Podstawski ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik

Malte Rieth ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

Kristina van Deuverden ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

A MODEST EXPANSION COURSE

Abstract: In 2014, the German economy is expected to grow by 1.8 %. Next year, GDP will increase by 2.1 %. The output gap will decline significantly this year, but will only be fully closed in the coming year. Inflation will remain low in this environment.

The upward momentum of the global economy weakened slightly in the final quarter of 2013. However, developed countries were almost able to maintain their pace of expansion which was propped up mainly by private consumption. This time, the stimuli also came from corporate investment activity. In contrast, the recovery in emerging countries could not keep pace with the dynamic growth of the previous quarter. Among other things, deteriorating external financing conditions and increases in policy rates impacted growth. Globally, monetary policies will continue to be very expansive. Moreover, the contractive impact of fiscal stimulus policies will also diminish. After a weak start to the year, the rate of growth in the global economy ought to accelerate again. Over time, the continuing low rate of inflation and the gradually improving situation on the labor market will support consumption in industrialized countries. As a result, companies are likely to increase their investment activity. The economies of emerging countries will benefit from increased imports in industrialized countries. On the whole, the average annual growth rate of the global economy in 2014 and 2015 is predicted to reach 3.8 % and 4.0 %, respectively.

The German economy is experiencing an economic upturn. However, there will be no appreciable acceleration. On the one hand, the world economy will not reach the growth rates of the pre-crisis period, and the structural adjustments within the euro area have clouded the prospects of the German export economy long-term; on the other hand, the global economy is gradually gaining momentum, and uncertainties are fading. Companies in Germany are continuing to tentatively increase their investments, and are catching up on those shelved in recent years. The upward trend in the construction industry is continuing, but slowly losing momentum. The employment market will remain buoyant and wages will rise significantly. The introduction of the minimum wage will allow these trends to persist in the coming year. This will drive up private consumption which picked up momentum at the beginning of the year. Exports are gaining some ground in the context of the global economic recovery, while imports rose more significantly in the wake of increasing domestic demand. Foreign trade in net terms is not contributing to growth.

The public budget will end the year with a slight deficit, although next year will see a slight surplus in net borrowing. Without taking cyclical influences into account, the public budget in both years will end with a surplus, which will decrease, however, due to relaxed spending policies.

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

Dr. Ferdinand Fichtner, Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

SIEBEN FRAGEN AN FERDINAND FICHTNER

»Robustes Wachstum in Deutschland – leichte Erholung im Euroraum«

1. Herr Fichtner, am Aufschwung der deutschen Wirtschaft gab es in den letzten Monaten kaum Zweifel. Bleibt es dabei? Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland ist robust, obwohl das weltwirtschaftliche Umfeld sich zurzeit etwas angeschlagen zeigt. Wir haben aber für dieses Jahr eine relativ günstige Wachstumsrate von 1,8 Prozent zu erwarten. Nach 0,4 Prozent im vergangenen Jahr ist das schon ein solider Sprung nach oben.

2. Wie sieht es bei den Exporten aus? Die Exporte können sich vor allem im weiteren Verlauf des Prognosehorizonts relativ kräftig entwickeln. Wir denken, dass sich die Nachfrage sowohl in den Schwellenländern, vor allem aber auch in den Industrieländern ganz gut entwickelt. Die USA stehen zurzeit erstaunlich gut da, aber auch der Euroraum wird sich von seiner Krise ein bisschen erholen und so mehr und mehr zur Auslandsnachfrage für die deutsche Wirtschaft beitragen.

3. Die deutschen Exportüberschüsse werden in Europa kritisiert. Werden sie langsam auch für uns zum Problem? Tatsächlich sind die deutschen Exportüberschüsse ein Problem, auch für die deutsche Volkswirtschaft. Wir geraten damit bis zu einem gewissen Grad in eine einseitige Abhängigkeit und bauen Vermögen im Ausland auf, bei dem nicht klar ist, ob wir das jemals wieder zurückholen können. Insofern ist das schon keine besonders gesunde Entwicklung, wobei weniger die hohen deutschen Exporte ein Problem sind als vielmehr die schwache Importnachfrage der deutschen Volkswirtschaft. Die würde nämlich auch den europäischen Nachbarländern helfen, weil deutsche Importe letztlich die Exporte beispielsweise Frankreichs, Italiens und Spaniens sind.

4. Wie entwickelt sich auf der anderen Seite die Binnenwirtschaft? An sich entwickelt sich die deutsche Wirtschaft auch binnenwirtschaftlich gesehen sehr günstig. Wir haben eine solide Konsumnachfrage in Deutschland, die sich im Wesentlichen auf die sehr gute Arbeitsmarktsituation stützt. Auch die Löhne haben sich zuletzt günstig entwickelt, sodass die privaten Haushalte mehr und mehr für ihren Verbrauch ausgeben können. Aber auch die Investitionsnachfrage dürfte allmählich wieder anziehen, weil das weltwirtschaftliche Umfeld stabiler ist als noch im letzten Jahr.

5. Die Verbraucherpreise haben sich im letzten Jahr moderat entwickelt. Ist hier mit einem Anstieg zu rechnen? Die Verbraucherpreise sind sehr niedrig. Das liegt zum Teil daran, dass die Energiepreise, insbesondere die Ölpreise, in den letzten Monaten relativ deutlich zurückgegangen sind. Das drückt im Inland auf die Preise. Es ist aber auch so, dass die Kerninflation insgesamt noch vergleichsweise niedrig ist. Wenn man die Preise für Energie und Lebensmittel herausrechnet, kommt man trotzdem noch nicht auf hohe Inflationsraten. Das zeigt uns, dass die Auslastung der deutschen Wirtschaft insgesamt noch relativ gering ist, sodass die Spielräume für die Unternehmen, Preissteigerungen an die Nachfrager weiterzugeben, relativ gering sind.

6. Mit welcher Inflationsrate rechnen Sie? Wir rechnen für das Jahr 2014 mit der gleichen Inflationsrate wie im vergangenen Jahr, nämlich 1,5 Prozent. Im nächsten Jahr dürfte die Inflation dann etwas anziehen, weil die Unternehmen vermutlich wegen der höheren Löhne auch höhere Preise durchsetzen wollen. Das schlägt sich dann letztlich auch in den Endverbraucherpreisen nieder, wenn auch nur marginal.

7. Wie schätzen Sie die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum ein? Der Euroraum erholt sich allmählich von der Rezession und von der Krise. Wir erwarten aber keine allzu kräftigen Wachstumsraten. Das Wachstum dürfte in diesem Jahr deutlich höher liegen, bei etwa einem Prozent. Nach einem Rückgang von 0,4 Prozent im vergangenen Jahr ist das sicherlich schon eine Verbesserung. Wir werden dann aber wahrscheinlich im nächsten Jahr kaum etwas drauflegen können. Auch nächstes Jahr wird das Wachstum bei gut einem Prozent liegen. Das zeigt, dass der Euroraum sich zwar allmählich erholt, aber keine richtig kräftige Entwicklung zu erwarten ist.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.

Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

Jahresergebnisse 2014

Milliarden Euro

		Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapital-gesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3		Bruttowertschöpfung	2 545,1	1 681,2	258,9	605,0	–
4	–	Abschreibungen	417,3	236,5	48,0	132,7	–
5	=	Nettowertschöpfung [1]	2 127,8	1 444,7	210,9	472,2	–189,1
6	–	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 457,1	1 023,0	214,1	220,0	11,6
7	–	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	19,7	9,7	0,1	10,0	–
8	+	Empfangene sonstige Subventionen	24,8	23,2	0,2	1,5	–
9	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	675,8	435,2	–3,1	243,7	–200,7
10	+	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 459,1	–	–	1 459,1	9,5
11	–	Geleistete Subventionen	25,8	–	25,8	–	5,4
12	+	Empfangene Produktions- und Importabgaben	306,8	–	306,8	–	8,2
13	–	Geleistete Vermögenseinkommen	838,9	737,0	56,0	45,8	199,0
14	+	Empfangene Vermögenseinkommen	909,2	462,5	21,3	425,4	128,6
15	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 486,4	160,8	243,3	2 082,4	–258,7
16	–	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	342,4	74,3	–	268,1	6,2
17	+	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	348,2	–	348,2	–	0,3
18	–	Geleistete Sozialbeiträge	567,1	–	–	567,1	3,1
19	+	Empfangene Sozialbeiträge	568,0	92,7	474,7	0,6	2,2
20	–	Geleistete monetäre Sozialleistungen	512,0	56,2	455,2	0,6	0,5
21	+	Empfangene monetäre Sozialleistungen	505,6	–	–	505,6	6,9
22	–	Geleistete sonstige laufende Transfers	215,5	79,0	65,2	71,3	6,4
23	+	Empfangene sonstige laufende Transfers	179,2	79,7	18,5	81,0	42,7
24	=	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 450,4	123,7	564,2	1 762,5	–222,8
25	–	Konsumausgaben	2 165,4	–	553,1	1 612,3	–
26	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–28,9	–	28,9	–
27	=	Sparen	285,0	94,8	11,1	179,1	–222,8
28	–	Geleistete Vermögenstransfers	38,4	4,8	26,7	6,9	3,2
29	+	Empfangene Vermögenstransfers	36,6	19,3	10,1	7,2	5,0
30	–	Bruttoinvestitionen	479,6	252,5	46,9	180,2	–
31	+	Abschreibungen	417,3	236,5	48,0	132,7	–
32	–	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	–	0,5	–1,4	0,9	–
33	=	Finanzierungssaldo	221,0	93,0	–3,0	131,0	–221,0
		Nachrichtlich:					
34		Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 450,4	123,7	564,2	1 762,5	–222,8
35	–	Geleistete soziale Sachtransfers	356,3	–	356,3	–	–
36	+	Empfangene soziale Sachtransfers	356,3	–	–	356,3	–
37	=	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 450,4	123,7	208,0	2 118,8	–222,8
38	–	Konsum [2]	2 165,4	–	196,8	1 968,6	–
39	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–28,9	–	28,9	–
40	=	Sparen	285,0	94,8	11,1	179,1	–222,8

1 Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.
2 Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachtransfers).

Jahresergebnisse 2015

Milliarden Euro

		Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapital-gesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3		Bruttowertschöpfung	2 646,8	1 753,3	265,5	628,0	–
4	–	Abschreibungen	427,7	242,5	49,1	136,1	–
5	=	Nettowertschöpfung [1]	2 219,1	1 510,8	216,4	491,8	–194,0
6	–	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 506,2	1 056,8	219,8	229,6	11,9
7	–	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	19,9	9,7	0,1	10,1	–
8	+	Empfangene sonstige Subventionen	25,1	23,5	0,2	1,5	–
9	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	718,2	467,8	–3,3	253,6	–205,9
10	+	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 508,4	–	–	1 508,4	9,7
11	–	Geleistete Subventionen	25,8	–	25,8	–	5,7
12	+	Empfangene Produktions- und Importabgaben	313,9	–	313,9	–	8,2
13	–	Geleistete Vermögenseinkommen	884,0	780,0	56,7	47,3	213,0
14	+	Empfangene Vermögenseinkommen	959,0	492,7	21,1	445,1	137,9
15	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 589,7	180,5	249,3	2 159,9	–268,7
16	–	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	365,2	80,1	–	285,1	6,2
17	+	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	371,1	–	371,1	–	0,3
18	–	Geleistete Sozialbeiträge	586,2	–	–	586,2	3,1
19	+	Empfangene Sozialbeiträge	587,1	95,5	491,0	0,6	2,2
20	–	Geleistete monetäre Sozialleistungen	526,1	57,4	468,1	0,6	0,5
21	+	Empfangene monetäre Sozialleistungen	519,6	–	–	519,6	6,9
22	–	Geleistete sonstige laufende Transfers	221,1	80,8	67,7	72,6	6,7
23	+	Empfangene sonstige laufende Transfers	187,2	81,0	18,7	87,5	40,6
24	=	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 556,2	138,7	594,3	1 823,1	–235,2
25	–	Konsumausgaben	2 239,1	–	573,0	1 666,0	–
26	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–28,0	–	28,0	–
27	=	Sparen	317,1	110,7	21,3	185,1	–235,2
28	–	Geleistete Vermögenstransfers	33,1	5,0	20,7	7,4	3,2
29	+	Empfangene Vermögenstransfers	31,3	13,9	10,2	7,2	5,0
30	–	Bruttoinvestitionen	509,7	272,8	48,0	188,9	–
31	+	Abschreibungen	427,7	242,5	49,1	136,1	–
32	–	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	–	0,5	–1,4	0,9	–
33	=	Finanzierungssaldo	233,4	88,9	13,3	131,2	–233,4
		Nachrichtlich:					
34		Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 556,2	138,7	594,3	1 823,1	–235,2
35	–	Geleistete soziale Sachtransfers	370,3	–	370,3	–	–
36	+	Empfangene soziale Sachtransfers	370,3	–	–	370,3	–
37	=	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 556,2	138,7	224,1	2 193,4	–235,2
38	–	Konsum [2]	2 239,1	–	202,7	2 036,3	–
39	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–28,0	–	28,0	–
40	=	Sparen	317,1	110,7	21,3	185,1	–235,2

1 Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.
2 Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachtransfers).

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2014 und 2015

	2013	2014	2015	2013		2014		2015	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Erwerbstätige	0,6	0,6	0,2	0,6	0,5	0,7	0,5	0,3	0,2
Arbeitszeit, arbeitstäglich	−0,2	0,5	−0,3	0,1	−0,5	1,1	0,0	0,4	−1,0
Arbeitstage	−0,2	0,1	0,9	−1,3	0,8	−0,3	0,6	0,0	1,8
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	0,2	1,3	0,8	−0,6	0,9	1,5	1,0	0,7	1,0
Produktivität[1]	0,3	0,5	1,3	0,2	0,3	0,1	0,9	1,3	1,3
Reales Bruttoinlandsprodukt	**0,4**	**1,8**	**2,1**	**−0,3**	**1,2**	**1,7**	**1,9**	**2,0**	**2,3**
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen a) Mrd. Euro									
Konsumausgaben	2 105,4	2 165,4	2 239,1	1 023,0	1 082,4	1 051,1	1 114,3	1 086,8	1 152,3
Private Haushalte[2]	1 572,4	1 612,3	1 666,0	764,6	807,8	783,0	829,3	809,2	856,9
Staat	533,0	553,1	573,0	258,4	274,6	268,1	285,0	277,6	295,4
Anlageinvestitionen	472,2	502,6	534,3	221,3	250,9	235,8	266,8	249,8	284,4
Ausrüstungen	170,9	182,0	199,7	81,1	89,8	84,7	97,3	92,7	107,0
Bauten	271,3	289,2	301,3	125,9	145,4	136,1	153,1	141,3	160,1
Sonstige Anlageinvestitionen	30,0	31,5	33,3	14,3	15,7	15,0	16,5	15,9	17,4
Vorratsveränderung[3]	−13,7	−23,1	−24,6	4,6	−18,3	−3,6	−19,4	−4,4	−20,2
Inländische Verwendung	2 563,9	2 645,0	2 748,7	1 248,9	1 315,1	1 283,3	1 361,7	1 332,2	1 416,5
Außenbeitrag	173,7	189,1	194,0	87,0	86,7	99,0	90,1	100,1	93,9
Exporte	1 385,5	1 472,1	1 589,7	683,7	701,8	719,8	752,3	773,4	816,3
Importe	1 211,8	1 283,0	1 395,8	596,7	615,1	620,8	662,1	673,4	722,4
Bruttoinlandsprodukt	**2 737,6**	**2 834,1**	**2 942,7**	**1 335,8**	**1 401,8**	**1 382,2**	**1 451,8**	**1 432,2**	**1 510,4**
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	2,8	2,8	3,4	2,5	3,1	2,7	2,9	3,4	3,4
Private Haushalte[2]	2,5	2,5	3,3	2,1	2,9	2,4	2,7	3,3	3,3
Staat	3,6	3,8	3,6	3,5	3,7	3,7	3,8	3,5	3,7
Anlageinvestitionen	0,4	6,4	6,3	−2,3	2,8	6,6	6,3	5,9	6,6
Ausrüstungen	−2,4	6,5	9,7	−4,8	0,0	4,5	8,3	9,4	9,9
Bauten	2,0	6,6	4,2	−1,0	4,7	8,1	5,2	3,8	4,6
Sonstige Anlageinvestitionen	2,1	4,9	5,8	2,1	2,1	4,6	5,2	6,1	5,6
Inländische Verwendung	2,2	3,2	3,9	1,7	2,7	2,8	3,5	3,8	4,0
Exporte	0,3	6,2	8,0	−1,1	1,7	5,3	7,2	7,5	8,5
Importe	−0,9	5,9	8,8	−1,8	0,0	4,0	7,6	8,5	9,1
Bruttoinlandsprodukt	**2,7**	**3,5**	**3,8**	**1,9**	**3,4**	**3,5**	**3,6**	**3,6**	**4,0**
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt a) Verkettete Volumina in Mrd. Euro									
Konsumausgaben	1 876,5	1 899,4	1 929,1	918,5	958,0	929,2	970,2	943,9	985,2
Private Haushalte[2]	1 404,5	1 421,9	1 446,3	685,4	719,1	692,9	729,0	705,1	741,2
Staat	472,2	477,7	483,0	233,2	239,0	236,3	241,4	238,9	244,1
Anlageinvestitionen	428,4	449,6	471,6	200,5	227,9	210,7	238,9	220,2	251,4
Ausrüstungen	172,3	182,7	199,7	81,1	91,2	84,3	98,5	91,8	107,8
Bauten	220,6	229,7	234,1	102,8	117,8	108,7	121,0	110,3	123,8
Sonstige Anlageinvestitionen	33,6	35,7	38,1	15,9	17,8	16,8	18,9	18,0	20,1
Inländische Verwendung	2 299,7	2 336,4	2 387,3	1 130,0	1 169,7	1 144,0	1 192,4	1 168,4	1 218,9
Exporte	1 299,6	1 380,2	1 472,8	639,4	660,2	676,4	703,8	718,8	754,0
Importe	1 116,6	1 187,6	1 276,0	546,0	570,7	575,5	612,1	616,9	659,1
Bruttoinlandsprodukt	**2 482,3**	**2 527,5**	**2 581,7**	**1 223,3**	**1 259,0**	**1 244,1**	**1 283,4**	**1 268,9**	**1 312,8**
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	0,8	1,2	1,6	0,4	1,2	1,2	1,3	1,6	1,5
Private Haushalte[2]	0,9	1,2	1,7	0,4	1,3	1,1	1,4	1,8	1,7
Staat	0,7	1,2	1,1	0,4	1,0	1,3	1,0	1,1	1,1
Anlageinvestitionen	−0,7	4,9	4,9	−3,3	1,8	5,1	4,8	4,5	5,2
Ausrüstungen	−2,4	6,1	9,3	−4,9	−0,1	4,0	7,9	9,0	9,5
Bauten	0,1	4,1	1,9	−2,9	2,8	5,7	2,7	1,4	2,3
Sonstige Anlageinvestitionen	3,0	6,1	6,8	2,7	3,2	5,9	6,3	7,1	6,6
Inländische Verwendung	0,5	1,6	2,2	−0,1	1,0	1,2	1,9	2,1	2,2
Exporte	0,8	6,2	6,7	−0,9	2,5	5,8	6,6	6,3	7,1
Importe	0,9	6,4	7,4	−0,5	2,3	5,4	7,2	7,2	7,7
Bruttoinlandsprodukt	**0,4**	**1,8**	**2,1**	**-0,3**	**1,2**	**1,7**	**1,9**	**2,0**	**2,3**

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2014 und 2015

	2013	2014	2015	2013		2014		2015	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2005 = 100) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Private Konsumausgaben[2]	1,6	1,3	1,6	1,6	1,6	1,3	1,3	1,6	1,6
Konsumausgaben des Staates	2,9	2,6	2,5	3,1	2,7	2,4	2,8	2,4	2,5
Anlageinvestitionen	1,0	1,4	1,4	1,1	1,0	1,4	1,5	1,4	1,3
Ausrüstungen	0,1	0,4	0,4	0,1	0,0	0,5	0,4	0,4	0,4
Bauten	1,9	2,3	2,3	1,9	1,8	2,3	2,4	2,3	2,2
Exporte	−0,5	0,0	1,2	−0,1	−0,8	−0,5	0,6	1,1	1,3
Importe	−1,8	−0,5	1,3	−1,3	−2,3	−1,3	0,4	1,2	1,3
Bruttoinlandsprodukt	**2,2**	**1,7**	**1,7**	**2,3**	**2,2**	**1,7**	**1,6**	**1,6**	**1,7**
5. Einkommensentstehung und -verteilung a) Mrd. Euro									
Primäreinkommen der privaten Haushalte[2]	2 025,7	2 082,4	2 159,9	992,3	1 033,4	1 022,2	1 060,2	1 059	1 101
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	255,2	263,4	273,9	123,6	131,6	128,0	135,4	133	141
Bruttolöhne und -gehälter	1 160,9	1 195,7	1 234,5	553,6	607,2	572,1	623,7	590	644
Übrige Primäreinkommen[4]	609,7	623,2	651,5	315,0	294,7	322,1	301,2	335	316
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	369,9	404,0	429,8	163,2	206,7	179,4	224,6	190	240
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	**2 395,6**	**2 486,4**	**2 589,7**	**1 155,5**	**1 240,2**	**1 201,5**	**1 284,9**	**1 249**	**1 341**
Abschreibungen	408,9	417,3	427,7	204,4	204,6	208,2	209,1	213	214
Bruttonationaleinkommen	**2 804,6**	**2 903,7**	**3 017,4**	**1 359,8**	**1 444,7**	**1 409,7**	**1 494,0**	**1 462**	**1 555**
Nachrichtlich:									
Volkseinkommen	2 118,8	2 205,3	2 301,6	1 018,5	1 100,3	1 062,2	1 143,1	1 106	1 196
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	702,7	746,2	793,2	341,3	361,5	362,1	384,1	382	411
Arbeitnehmerentgelt	1 416,1	1 459,1	1 508,4	677,3	738,8	700,1	759,1	724	785
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte[2]	2,5	2,8	3,7	2,1	2,9	3,0	2,6	3,6	3,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	1,7	3,2	4,0	1,8	1,6	3,5	2,9	3,9	4,0
Bruttolöhne und -gehälter	3,0	3,0	3,2	3,1	3,0	3,3	2,7	3,2	3,3
Übrige Primäreinkommen[4]	1,9	2,2	4,5	0,4	3,5	2,2	2,2	4,1	5,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	5,2	9,2	6,4	2,1	7,8	9,9	8,7	5,9	6,8
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	**2,9**	**3,8**	**4,2**	**2,1**	**3,7**	**4,0**	**3,6**	**3,9**	**4,4**
Abschreibungen	1,7	2,0	2,5	1,8	1,6	1,9	2,2	2,5	2,5
Bruttonationaleinkommen	**2,7**	**3,5**	**3,9**	**2,0**	**3,4**	**3,7**	**3,4**	**3,7**	**4,1**
Nachrichtlich:									
Volkseinkommen	3,1	4,1	4,4	2,2	4,0	4,3	3,9	4,1	4,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	3,9	6,2	6,3	1,0	6,7	6,1	6,3	5,6	7,0
Arbeitnehmerentgelt	2,8	3,0	3,4	2,8	2,7	3,4	2,7	3,3	3,4
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte a) Mrd. Euro									
Masseneinkommen	1 170,2	1 204,1	1 237,8	564,2	606,0	579,8	624,3	597	641
Nettolöhne- und -gehälter	772,8	793,5	815,9	365,0	407,8	376,2	417,2	387	429
Monetäre Sozialleistungen	489,4	505,6	519,6	245,4	244,0	251,0	254,6	259	260
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen[5]	92,0	95,0	97,7	46,2	45,8	47,5	47,5	49	49
Übrige Primäreinkommen[4]	609,7	623,2	651,5	315,0	294,7	322,1	301,2	335	316
Sonstige Transfers (Saldo)[6]	−62,9	−64,8	−66,2	−31,5	−31,5	−32,5	−32,4	−33	−33
Verfügbares Einkommen	**1 716,9**	**1 762,5**	**1 823,1**	**847,8**	**869,2**	**869,4**	**893,1**	**899**	**924**
Nachrichtlich:									
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	29,7	28,9	28,0	14,7	15,0	14,3	14,6	14	14
Konsumausgaben	1 572,4	1 612,3	1 666,0	764,6	807,8	783,0	829,3	809	857
Sparen	174,2	179,1	185,1	97,9	76,4	100,7	78,4	104	81
Sparquote in Prozent[7]	10,0	10,0	10,0	11,3	8,6	11,4	8,6	11,4	8,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Masseneinkommen	2,6	2,9	2,8	2,7	2,4	2,8	3,0	3,0	2,6
Nettolöhne- und -gehälter	2,8	2,7	2,8	2,8	2,7	3,1	2,3	2,8	2,8
Monetäre Sozialleistungen	2,2	3,3	2,8	2,6	1,7	2,3	4,4	3,3	2,2
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen[5]	2,4	3,3	2,9	3,1	1,7	2,7	3,8	3,2	2,6
Übrige Primäreinkommen[4]	1,9	2,2	4,5	0,4	3,5	2,2	2,2	4,1	5,0
Verfügbares Einkommen	**2,2**	**2,7**	**3,4**	**1,6**	**2,8**	**2,6**	**2,8**	**3,4**	**3,4**
Konsumausgaben	2,5	2,5	3,3	2,1	2,9	2,4	2,7	3,3	3,3
Sparen	−1,3	2,8	3,4	-2,7	0,7	2,9	2,7	3,4	3,3

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2013 bis 2015

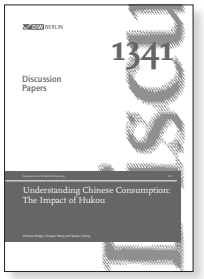
	2013	2014	2015	2013		2014		2015	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates[8]									
a) Mrd. Euro									
Einnahmen									
Steuern	636,4	655,0	685,0	318,5	317,9	329,0	326,0	344,1	340,9
direkte Steuern	333,9	348,2	371,1	169,4	164,5	177,5	170,7	188,9	182,2
indirekte Steuern	302,5	306,8	313,9	149,2	153,4	151,6	155,2	155,2	158,7
Sozialbeiträge	459,1	474,7	491,0	223,1	236,0	231,1	243,6	239,1	251,9
Vermögenseinkommen	21,1	21,3	21,1	12,1	9,1	12,6	8,7	12,7	8,5
Laufende Übertragungen	18,3	18,5	18,7	8,6	9,7	8,8	9,7	8,9	9,8
Vermögenstransfers	10,0	10,1	10,2	4,7	5,3	4,8	5,3	4,8	5,3
Verkäufe	78,4	79,5	81,3	37,4	41,0	37,7	41,8	38,6	42,8
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	26,2	23,8	26,5	23,7
Insgesamt	**1 223,4**	**1 259,3**	**1 307,6**	**604,5**	**618,9**	**624,1**	**635,2**	**648,3**	**659,3**
Ausgaben									
Vorleistungen	135,2	139,6	144,2	62,5	72,7	64,4	75,2	66,6	77,6
Arbeitnehmerentgelte	208,4	214,1	219,8	100,3	108,1	102,7	111,3	105,3	114,5
Soziale Sachleistungen	223,9	234,1	244,7	110,9	113,0	116,0	118,2	121,2	123,5
Vermögenseinkommen (Zinsen)	59,1	56,0	56,7	29,6	29,5	28,3	27,8	28,6	28,1
Subventionen	25,7	25,8	25,8	12,2	13,5	12,2	13,5	12,3	13,5
Monetäre Sozialleistungen	440,1	455,2	468,1	220,7	219,4	225,8	229,4	233,6	234,5
Sonstige laufende Transfers	65,9	65,2	67,7	34,3	31,6	35,0	30,2	36,0	31,7
Bruttoinvestitionen	42,8	46,9	48,0	17,3	25,5	19,6	27,4	20,1	27,9
Vermögenstransfers	23,5	26,7	20,7	9,9	13,6	10,2	16,5	8,6	12,0
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen	–1,4	–1,4	–1,4	–0,7	–0,7	–0,7	–0,7	–0,7	–0,7
Sonstige Produktionsabgaben	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	**1 223,1**	**1 262,3**	**1 294,3**	**596,9**	**626,2**	**613,5**	**648,8**	**631,5**	**662,7**
Finanzierungssaldo	0,3	–3,0	13,3	7,6	–7,3	10,6	–13,6	16,7	–3,4
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	3,0	2,9	4,6	2,9	3,2	3,3	2,5	4,6	4,6
direkte Steuern	4,5	4,3	6,6	4,7	4,4	4,8	3,8	6,4	6,7
indirekte Steuern	1,4	1,4	2,3	0,9	1,9	1,6	1,2	2,4	2,2
Sozialbeiträge	2,3	3,4	3,4	2,4	2,1	3,6	3,2	3,5	3,4
Vermögenseinkommen	–7,5	1,0	–0,9	–0,6	–15,4	4,4	–3,5	0,7	–3,1
Laufende Übertragungen	5,2	1,0	1,1	6,4	4,1	1,9	0,3	1,1	1,0
Vermögenstransfers	–5,0	0,9	0,9	0,9	–9,8	1,3	0,6	1,1	0,8
Verkäufe	2,9	1,5	2,3	4,6	1,5	0,8	2,2	2,3	2,3
Sonstige Subventionen	–39,3	0,0	0,0	–46,2	–33,3	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	**2,5**	**2,9**	**3,8**	**2,8**	**2,2**	**3,2**	**2,6**	**3,9**	**3,8**
Ausgaben									
Vorleistungen	3,2	3,3	3,3	4,4	2,3	3,2	3,4	3,3	3,3
Arbeitnehmerentgelte	2,2	2,7	2,7	2,4	2,1	2,5	3,0	2,4	2,9
Soziale Sachleistungen	5,0	4,6	4,5	4,4	5,7	4,6	4,6	4,5	4,5
Vermögenseinkommen (Zinsen)	–7,4	–5,2	1,2	–7,2	–7,5	–4,5	–5,9	1,2	1,1
Subventionen	4,3	0,3	0,2	2,4	6,0	0,3	0,3	0,2	0,2
Monetäre Sozialleistungen	2,3	3,4	2,8	2,6	1,9	2,3	4,6	3,5	2,2
Sonstige laufende Transfers[9]	15,4	–1,0	3,8	12,2	19,1	2,0	–4,3	2,8	4,9
Bruttoinvestitionen	3,5	9,7	2,3	2,2	4,3	13,0	7,4	2,8	1,9
Vermögenstransfers[9]	–15,4	13,5	–22,6	–6,1	–21,1	2,7	21,4	–15,0	–27,3
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen[9]	3,7	0,0	0,0	13,3	–4,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Produktionsabgaben[9]	0,0	–14,3	0,0	0,0	0,0	0,0	–25,0	0,0	0,0
Insgesamt	**2,7**	**3,2**	**2,5**	**2,9**	**2,4**	**2,8**	**3,6**	**2,9**	**2,1**

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.
2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.
4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen
5 Einschließlich verbrauchsnaher Steuern.
6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.
7 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.
8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.
9 Absolute Änderung gegenüber dem Vorjahr in Mrd EUR.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Discussion Papers Nr. 1341
2013 | Christian Dreger, Tongsan Wang and Yanqun Zhang

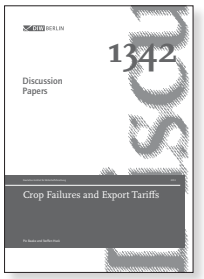


Understanding Chinese Consumption: The Impact of Hukou

The Chinese growth miracle was based on exports and investment in recent years. While strong output growth has been maintained even during the financial crisis, the imbalances within the country increased. To return to a more sustainable path of development, policies are directed to improve the role of private consumption. However, the institutional framework is an impediment to the transformation, as it weakens the incentives of households to consume. Besides a low degree of social security and highly regulated financial markets, we stress the relevance of the hukou system as the main driver for modest consumption, especially in recent years. After controlling for different income levels, the average propensity to consume is significantly lower for migrants, as their access to public services is limited. The downward pressure on consumption will increase in the future. The urbanization strategy of the government will likely raise the number of migrants with limited hukou rights, if it is not accompanied by respective reforms. Therefore, the transformation towards consumption driven growth is endangered without further reforms.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere

Discussion Papers Nr. 1342
2013 | Pio Baake and Steffen Huck

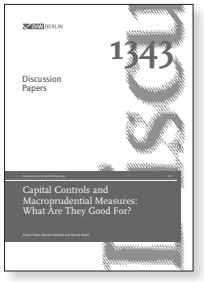


Crop Failures and Export Tariffs

We analyse a stylized model of the world grain market characterized by a small oligopoly of traders with market power on both the supply and demand side. Crops are stochastic and exporting countries can impose export tariffs to protect domestic food prices. Our first results is that export tariffs are strategic complements and that for poor harvests equilibrium tariffs can explode (shedding some light on recent volatility in world food prices). We also show that the strategic interplay between governments of export countries and traders can give rise to a number of peculiar comparative statics. For example, it can be in the interest of traders to have poor harvests in one of the countries. Finally, we demonstrate that traders as well as consumers in import countries can benefit from cooperation between grain exporting countries.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere

Discussion Papers Nr. 1343
2013 | Kristin Forbes, Marcel Fratzscherand Roland Straub

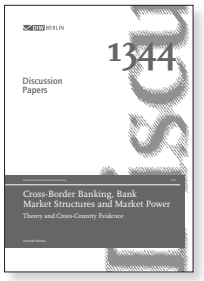


Capital Controls and Macroprudential Measures: What Are They Good For?

Are capital controls and macroprudential measures successful in achieving their objectives? Assessing their effectiveness is complicated by selection bias and endogeneity; countries which change their capital-flow management measures (CFMs) often share specific characteristics and are responding to changes in variables that the CFMs are intended to influence. This paper addresses these challenges by using a propensity-score matching methodology. We also create a new database with detailed information on weekly changes in controls on capital inflows, capital outflows, and macroprudential measures from 2009 to 2011 for 60 countries. Results show that macroprudential measures can significantly reduce some measures of financial fragility. Most CFMs do not significantly affect other key targets, however, such as exchange rates, capital flows, interest-rate differentials, inflation, equity indices, and different volatilities. One exception is that removing controls on capital outflows may reduce real exchange rate appreciation. Therefore, certain CFMs can be effective in accomplishing specific goals-but most popular measures are not "good for" accomplishing their stated aims.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere

Discussion Papers Nr. 1344
2013 | Franziska Bremus

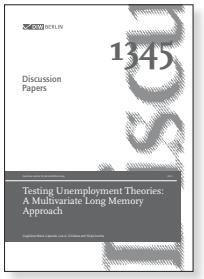


Cross-Border Banking, Bank Market Structures and Market Power: Theory and Cross-Country Evidence

Patterns in cross-border banking have changed since the global financial crisis. This may affect domestic bank market structures and macroeconomic stability in the longer term. In this study, I theoretically and empirically analyze how different modes of cross-border banking impact bank concentration. I use a two- country general equilibrium model with heterogeneous banks developed by De Blas and Russ (2010) to grasp the effect of cross-border lending and foreign direct investment in the banking sector on bank market structures. The model suggests that both cross-border lending and bank FDI mitigate concentration. Empirical evidence from a linked micro-macro panel dataset of 18 OECD countries supports the theoretical predictions: higher volumes of bank FDI and of cross-border lending coincide with lower Herfindahl-indexes in bank credit markets.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere

Discussion Papers Nr. 1345
2013 | Guglielmo Maria Caporale, Luis A. Gil-Alana and Yuliya Lovcha

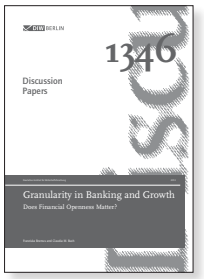


Testing Unemployment Theories: A Multivariate Long Memory Approach

This paper investigates the empirical relevance of different unemployment theories in three major economies, namely the UK, the US and Japan, by estimating the degree of dependence in the unemployment series. Both univariate and multivariate long memory methods are used. The results vary depending on whether the former or the latter approach is followed. Specifically, when taking a univariate approach, the unit root null cannot be rejected in case of the UK and Japanese unemployment series, and some degree of mean reversion (d < 1) is found in the case of the US unemployment rate. When applying multivariate methods instead, higher orders of integration are still found for the UK and Japanese series, but the NAIRU hypothesis cannot be rejected in the case of the US.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere

Discussion Papers Nr. 1346
2013 | Franziska Bremus and Claudia M. Buch



Granularity in Banking and Growth: Does Financial Openness Matter?

We explore the impact of large banks and of financial openness for aggregate growth. Large banks matter because of granular effects: if markets are very concentrated in terms of the size distribution of banks, idiosyncratic shocks at the bank-level do not cancel out in the aggregate but can affect macroeconomic outcomes. Financial openness may affect GDP growth in and of itself, and it may also influence concentration in banking and thus the impact of bank-specific shocks for the aggregate economy. To test these relationships, we use different measures of de jure and de facto financial openness in a linked micro-macro panel dataset. Our research has three main findings: First, bank-level shocks significantly impact on GDP. Second, financial openness lowers GDP growth. Third, granular effects tend to be stronger in financially closed economies.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere

Bitcoin: Ein Zahlungsmittel mit Risiken und Nebenwirkungen

Dr. Georg Erber ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Wettbewerb und Verbraucher am DIW Berlin.
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Es wäre so schön gewesen. In einer Zeit, in der Zentralbanken durch das hemmungslose Drucken von Geld ihrer jeweiligen Währungen das Vertrauen der privaten Anleger verspielten, trat Bitcoin mit dem Versprechen an, ein werthaltiges Zahlungsmittel für den globalen Zahlungsverkehr zu sein. Anstelle von US-Dollar, Euro, Yen oder Yuan sollten Bitcoins ein von der Willkür der Zentralbanken unabhängiges virtuelles Zahlungsmittel sein, eine echte Alternative.

Ein Wertverlust schien theoretisch nahezu vollkommen ausgeschlossen zu sein, da aufgrund der technischen Voraussetzungen die Menge der Bitcoins auf rund 21 Millionen limitiert ist. Da zunächst der Kurs der Bitcoins rasant nach oben schoss, schienen Theorie und Empirie miteinander im Einklang zu stehen Allerdings traten bereits frühzeitig einige Probleme mit der Sicherheit der Bitcoin-Konten auf, als das elektronische Geld urplötzlich durch Hackerangriffe von den Konten zahlreicher Kunden verschwand. Auch konnten Festplattencrashs von Bitcoin-Kunden deren elektronisches Geld auf Nimmerwiedersehen im digitalen Nirwana verschwinden lassen. Es waren also durchaus Risiken mit Bitcoins verbunden, die mit den vollmundigen Versprechen der Bitcoin-Betreiber nicht vereinbar waren.

Nachdem die Fed unter Ben Bernanke Bitcoins zunächst als zukunftsträchtiges Zahlungsmittel eingestuft hatte, muss sie unter Janet Yellen jetzt einräumen, dass sie über die Cyberwährung keine wirksame Kontrolle ausüben kann. Es verwundert jedenfalls sehr, dass die Wirtschaftspresse weltweit dem Phänomen Bitcoin wochenlang eine extrem positive hohe Aufmerksamkeit schenkte. Damit trug sie indirekt maßgeblich zum Hype um Bitcoins bei. Im Unterschied hierzu hat die Deutsche Bundesbank frühzeitig vor Bitcoin als Anlegerprodukt gewarnt.

Trotz dieser offensichtlichen Probleme setzen zahlreiche Anleger weltweit weiterhin auf Bitcoin. Zum einen konnte es dazu dienen, der Finanzmarktaufsicht zu entgehen und ländergrenzenübergreifend Geldwäsche zu betreiben. Das schien für zahlreiche dubiose Finanzgeschäfte außerordentlich verführerisch zu sein.

Insbesondere auch in der Volksrepublik China fand Bitcoin aufgrund dieser Möglichkeiten plötzlich rasanten Zulauf. Allerdings traf dann dieses Geschäftsmodell auf wenig Sympathie bei der chinesischen Regierung beziehungsweise der chinesischen Zentralbank, die gerade das Schattenbankensystem austrocknen möchte.

Trotz extrem hoher Volatilität – der Bitcoin-Kurs zum US-Dollar veranstaltete innerhalb weniger Monate oftmals nur Tage oder auch nur Stunden wahre Berg- und Talfahrten von Höchstständen bis über 1 200 US-Dollar zu Kursstürzen bis unter 200 US-Dollar – gab es weiterhin willige Anleger. Wer also sein Geld in hochspekulative Anlagen – wie diese Zockerwährung – investieren wollte, der hoffte auf extrem hohe Gewinne, wenn er rechtzeitig zu Niedrigkursen einstieg und noch rechtzeitig vor dem nächsten Bitcoin-Crash den Absprung schaffte. Es war bereits ein Bitcoin-Derivatemarkt für Super-Zocker im Entstehen.

Nun scheint doch langsam das Spiel vorbei zu sein. Mt Gox, eine der großen Bitcoin-Handelsplattformen weltweit, und nun auch Flexcoin mussten aufgrund eines dramatischen Verlusts ihrer digitalen Einlagen einen Insolvenzantrag stellen. Es werden bereits Verluste von hunderten von Millionen US-Dollar befürchtet. Das Spiel ist aus. Wer so dumm war, dort größere Geldsummen zu investieren, wird jetzt nach der Pleite von Mt Gox um eine schmerzvolle Erfahrung reicher sein.

Es wäre daher an der Zeit, seitens der Finanzaufsicht und auf europäischer Ebene den Bitcoin-Handel innerhalb der EU insgesamt zu verbieten. Die Finanzmarktregulierung sollte derartige Auswüchse in Zukunft rechtzeitig verhindern, um die Stabilität der Finanzmärkte besser als bisher zu gewährleisten. Lange genug hat man der absehbaren Entwicklung nur tatenlos zugesehen.